

02.03.2023

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Die für das Unterrichtswesen zuständige Ministerin wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MAßNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2023

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.

Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Hausaufgaben
- Anpassungen im Bereich der beruflichen Orientierung
- Anpassung der Normen betreffend die Befreiung der Grundschulleiter von der Lehrtätigkeit
- Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sekundarschulwesen
- Einführung eines Bachelorstudiengangs in Sozialer Arbeit
- Anpassung des Stellenkapitals im Kindergarten

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Begründung.....	4	Allgemeine Erläuterungen.....	4
Vorentwurf	34		

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1 Schaffung eines rechtlichen Rahmens für Hausaufgaben (Art. 41 Nummer 2 und 45 bis 48)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Hausaufgaben sind Aufgaben, die der Lehrer den Schülern erteilt und die die Schüler in der unterrichtsfreien Zeit in der Schule oder zu Hause erledigen sollen. So können Lehrer in angemessenem Umfang Hausaufgaben zum Vertiefen der in der Klasse erarbeiteten Kompetenzen und zur Vorbereitung auf Tests sowie Prüfungen erteilen. Das Mitbringen verschiedener Materialien, die in direktem Bezug zum Unterricht stehen, kann ebenfalls als Hausaufgabe erteilt werden. Den Erziehungsberechtigten wird somit ein Einblick in den Schulalltag ermöglicht. Darüber hinaus liefern die Lehrer ein zusätzliches Instrument, um die Schülerschaft zum eigenverantwortlichen Lernen zu motivieren und sie durch abwechslungsreiche Aufgabenstellungen dazu zu bewegen, sich autonom mit den im Unterricht erarbeiteten Kompetenzen auseinander zu setzen. Der Lernprozess, der in der Schule stattfindet, kann in Form von Hausaufgaben vertieft und durch eine formative Rückmeldung der Lehrer unterstützt werden.

Vor dem Hintergrund, dass die Gestaltung der Hausaufgaben in den Einzelschulen unterschiedlich gehandhabt wird, schlägt die Regierung unter Berücksichtigung der pädagogischen Freiheit einen Rahmen vor, in dem sich die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bewegen können, um zu vermeiden, dass Schüler aufgrund zu umfangreicher Hausaufgaben unnötig unter Druck geraten.

Für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und vor dem Hintergrund, dass die Schüler einen Großteil des Tages die Schule besuchen, ist es von großer Bedeutung, dass die Zeit, die die Hausaufgaben in Anspruch nehmen, dem Studienjahr gemäß angepasst ist. Die Zeitdauer, die zum Bearbeiten der Hausaufgaben festgelegt wird, erhöht sich progressiv von der ersten bis zur letzten Stufe der Primarschule, d. h. von höchstens 15 Minuten in der Unter-, über höchstens 20 in der Mittel- und bis höchstens 30 Minuten in der Oberstufe. Ab dem ersten Sekundarjahr wird kein Zeitfenster zum Bearbeiten der Hausaufgaben festgelegt, allerdings bedarf es schulinterner Absprachen, um eine stimmige Hausaufgabenpraxis an den Einzelschulen aufzubauen.

Artikel 41 Nummer 2 fügt die Definition der Hausaufgaben in das Dekret vom 31. August 1998 (Grundlagendekret) ein.

Artikel 45 ändert die Nummerierung von Artikel 75bis in Artikel 75.1, damit die Nummerierung der nachfolgenden Artikel in arabischen Zahlen fortgesetzt werden kann, was das Lesen des Grundlagendekrets vereinfacht.

Artikel 46 fügt einen neuen Abschnitt zu den Hausaufgaben in das Kapitel VIII des Grundlagendekrets über Unterrichtsinhalte, Bewertung und Abschlüsse ein.

Artikel 47 fügt den Artikel 75.2 ins Grundlagendekret ein, der die allgemeinen Grundsätze zu den Hausaufgaben einfügt, die für alle Primar- und Sekundarschulen gelten.

Artikel 48 fügt den Artikel 75.3 ins Grundlagendekret ein, der die Regeln über die Hausaufgaben für die verschiedenen Studienjahre in der Primar- und Sekundarschule festlegen.

2 Anpassungen im Bereich der beruflichen Orientierung (Art. 42)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode 2014-2019 wurden erste Maßnahmen im Kontext der beruflichen Orientierung auf den Weg gebracht, die nun im laufenden Regionalen Entwicklungskonzept im Rahmen des Projekts „Auf das echte Leben vorbereiten“ in Zusammenarbeit der Ministerinnen Weykmans und Klinkenberg bis 2025 umgesetzt werden sollen. Kernpunkt ist die Ausarbeitung einer kontinuierlichen Berufswahlvorbereitung und -orientierung in der schulischen und mittelständischen Ausbildung. Die Schüler stehen hierbei im Mittelpunkt. Sie sollen eine bestmögliche Übersicht über ihre beruflichen Möglichkeiten erhalten und im Laufe ihrer Schulzeit ihre Talente und Interessen entdecken und entfalten können, um eine positive Wahl – und kein Ausschlussverfahren – hinsichtlich ihrer beruflichen Entwicklung treffen zu können.

In den letzten Jahren haben verschiedene Einrichtungen Befragungen zur beruflichen Orientierung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt. Eine Analyse dieser Umfragen zeigt, dass die Schüler sich nicht ausreichend begleitet und informiert fühlen. Ferner geht aus den Umfragen hervor, dass die berufliche Orientierung zwar präsent ist, aber sehr unterschiedlich intensiv eingesetzt wird und in allen Schulen ausbaufähig ist. Auch weisen alle diesbezüglichen Umfragen der letzten Jahre auf eine große Inhomogenität in der Wahrnehmung und in der Inanspruchnahme schulexterner berufsbegleitender oder -orientierender Angebote hin. Schulen, Schüler und allen voran die Eltern waren angesichts dieser Polyphonie der Angebote und Ansprechpartner oftmals überfordert.

Auch die Studien der OECD und des VDI im Rahmen des REK-Projekts „Gesamtvision: Bildung zukunftsfähig gestalten“ bestätigen, dass die Qualität der beruflichen Orientierung durch verstärkte und altersgerechte Berufsorientierung gefördert, die Einführung von Praktika für alle Unterrichtsformen konzipiert, die Vernetzung der inner- und außerschulischen Berufsberatung ausgebaut werden muss. Die Einbindung externer Partner, die Stärkung der Schülerkompetenzen im Bereich der beruflichen Orientierung und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der mittelständischen Ausbildung sollen verstärkt ausgebaut werden.

Aufgrund der Analyse der Umfragen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Empfehlungen der OECD und des VDI sowie des Kennenlernens von Konzepten zur beruflichen Orientierung aus sechs ausländischen Gebietskörperschaften wurden zwei Schlussfolgerungen gezogen: die Notwendigkeit eines generellen Konzepts zur beruflichen

Orientierung und die Umsetzung verpflichtender Berufspraktika für Sekundarschüler aller Unterrichtsformen und Studienrichtungen.

Das Ziel, ein ganzheitliches Konzept für die berufliche Orientierung zu erarbeiten, erfordert strukturelle Änderungen im berufsbegleitenden und -orientierenden Angebot. Die bestehenden Angebote müssen sichtbarer, gebündelter und in ein abgestimmtes Konzept eingebettet werden.

Dazu wurde im Frühjahr 2021 eine Denkfabrik in Form eines breit aufgestellten Begleitausschusses gegründet, mit Vertretern aus allen betroffenen Einrichtungen wie Arbeitsamt, Kaleido, Schulnetze, RDJ, Jugendinfo, den Sozialpartnern und den involvierten Fachbereichen des Ministeriums. Der Begleitausschuss hatte die Aufgabe, während zehn Monaten in sechs Arbeitssitzungen die Umsetzung der verschiedenen Arbeitspakete in Bezug auf das ausgearbeitete Konzept kritisch zu begleiten und mit Impulsen, Ideen und Lösungen zu bereichern. Bei den fünf großen Arbeitspaketen handelt es sich um die begleitete Selbstreflexion, Berufs- und Betriebserkundungen, Hospitation und Praktikum, Schülerportfolio sowie Entwicklung eines schulinternen Konzeptes zur Förderung der Schülerkompetenzen im Bereich der beruflichen Orientierung. Das Ergebnis dieser Arbeit ist eine innovative und vor allem partizipative Grundlage zur Vernetzung, Bündelung und komplementären Ergänzung aller Aktionen im Bereich der beruflichen Orientierung.

Im Anschluss wurden die konkret betroffenen Akteure zu einem Austausch kontaktiert. Erste Anregungen zu den fünf o.e. Arbeitspaketen konnten im Mai 2022 bei einem Workshop mit Sekundarschulleitern und Middle Manager des freien subventionierten und des Gemeinschaftsunterrichtswesens gesammelt werden. Da die Grundschulen nur von der Berufserkundung betroffen sind, die von vielen Schulen ohnehin bereits organisiert wird, wurden nur die Sekundarschulen im Workshopformat konsultiert. Im Juni 2022 fand ein Workshop statt mit den externen Partnern, die den Schulen buchbare Angebote im Bereich der beruflichen Orientierung anbieten, um diese Angebote möglichst passgenau für die Schulen ausarbeiten zu können. Diese Ergebnisse werden in die weitere konzeptionelle Arbeit sowohl des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch des Ministeriums einfließen.

Nebst der konzeptionellen Arbeit gibt es mit dem Rahmenplan eine von der Regierung vorgegebene Struktur. Im Jahr 2010 wurde der Rahmenplan „Schulische Berufsvorbereitung und Berufsorientierung“ für alle Schulen verabschiedet, in dem die verbindlichen Bildungsziele für alle Schulen festgelegt werden. Bei der Berufswahlkompetenz handelt es sich um eine überfachliche Kompetenz. So soll diese Kompetenz fächerübergreifend zum Tragen kommen und integriert werden. Einer der im REK III verankerten Arbeitsschritte ist die Überarbeitung des aktuellen Rahmenplans „Schulische Berufswahlvorbereitung und -orientierung“. Auf der Grundlage der erläuterten konzeptionellen Arbeit wurde der Rahmenplan unter der Mitwirkung einer wissenschaftlichen Expertin und Akteuren aus dem Bildungswesen angepasst und soll nach Verabschiedung im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im September 2023 Einzug in die Schulen finden.

Das neue Konzept zur beruflichen Orientierung sieht ab dem 5. Primarschuljahr für alle Schulstufen Aktivitäten vor, die durch die Schule umgesetzt werden: von der Berufserkundung in der Oberstufe der Primarschule über eine eintägige Hospitation in der ersten Sekundarstufe und eine Betriebserkundung in der zweiten Sekundarstufe zu einem mindestens dreitägigen Praktikum im 4. Sekundarschuljahr und einer begleiteten Selbstreflexion in der dritten Stufe der Sekundarschule. Diese Aktivitäten werden ergänzt durch ein digitales Schülerportfolio zur beruflichen Orientierung, das jeden Schüler durch seine Schullaufbahn in der Sekundarschule begleitet.

Für die Primarschulen soll die vollständige Umsetzung bereits ab dem Schuljahr 2023-2024 erfolgen. Dabei wird das bisherige Angebot von Kaleido Ostbelgien im Bereich der beruflichen Orientierung in der Übergangszeit für die Primarschulen bis zum Ende des Schuljahres 2022-2023 aufrechterhalten. Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernimmt ab dem kommenden Schuljahr für die Sekundarschulen vollumfänglich die Arbeit und dann ab dem Schuljahr 2023-24 für alle Schulen einschließlich Primarschulen die koordinierende Funktion.

In **Artikel 42** wird festgelegt, dass die Schulen im Rahmen der verpflichtenden beruflichen Orientierung ihrer Schüler fortan nicht mehr durch Kaleido Ostbelgien, sondern durch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft begleitet werden. Ferner werden die durch die Schulen und Schüler mindestens umzusetzenden Aktivitäten in der beruflichen Orientierung von der Oberstufe der Primar- bis zur dritten Stufe der Sekundarschule festgelegt.

3 Kaleido - Übertragung der Zuständigkeit für die berufliche Orientierung an das Arbeitsamt (Art. 2 und 102)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Im Zuge der Reform der beruflichen Orientierung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des REK-Projekts „Auf das echte Leben vorbereiten“ hat die Regierung entschieden, dass die Schulen im Rahmen der verpflichtenden beruflichen Orientierung ihrer Schüler fortan nicht mehr durch Kaleido Ostbelgien, sondern durch das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft begleitet werden sollen.

Im Arbeitsamt war und ist die Berufswahlorientierung ab der Sekundarschule und die berufliche Orientierung für alle Jugendlichen und Erwachsenen strukturell verortet. Das Arbeitsamt hat die Angebote gesammelt, strukturiert und digital aufbereitet und präsentiert (Berufsbilder, externe Angebote etc.). Die Infrastruktur, Erfahrung und Vorarbeit für die meisten Zielgruppen besteht daher bereits beim ADG und Angebote der beruflichen Orientierung wurden bereits mit externen Partnern gestaltet.

Aufgrund von Kaleidos dekretalem Auftrag fokussierten sich dessen Angebote in der beruflichen Orientierung auf die jüngere Untergruppe der Primar- und Sekundarschüler.

Es lag daher also nahe, bei einer thematischen Zusammenlegung das Thema der beruflichen Orientierung beim größeren Partner anzusiedeln. Daher schlägt die Regierung vor, die Zuständigkeit für die berufliche Orientierung der Primarschüler an das Arbeitsamt zu übertragen inklusive des Auftrags der Erstellung eines weitergefassten Konzepts.

Das führt dazu, dass bei Kaleido Potential frei wird, um ihre Kernkompetenz, nämlich die psychosoziale Begleitung von Kindern und Jugendlichen, zu erweitern.

Das bisherige Angebot von Kaleido Ostbelgien wird in der Übergangszeit für die Primarschulen bis zum Ende des Schuljahres 2022-2023 aufrechterhalten. Das ADG übernimmt bereits ab dem Schuljahr 2022-2023 für die Sekundarschulen vollumfänglich die Arbeit und dann ab dem Schuljahr 2023-24 für alle Primar- und Sekundarschulen die koordinierende Funktion.

Artikel 2 nimmt diese Abänderung im Königlichen Erlass vom 13. August 1962 über die PMS-Zentren vor.

Artikel 102 nimmt diese Abänderung im Kaleido-Dekret vor.

4 Anpassung des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen (Art. 14)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen, den ein Personalmitglied während maximal 60 Monaten im Laufe der Karriere in Anspruch nehmen kann, kann zu gleich welchem Zeitpunkt im Schuljahr beginnen. Er wird allerdings immer für Zeitspannen von jeweils 12 Monaten gewährt. Eine vorzeitige Kündigung des Urlaubs ist aus außergewöhnlichen Gründen, unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist und mit Einverständnis des für das Bildungswesen zuständigen Ministers möglich.

Beginnt der Urlaub somit nicht am 1. September des laufenden Schuljahres, sondern zu einem anderen Zeitpunkt, so endet er nicht am 31. August des laufenden Schuljahres, sondern im Laufe des darauffolgenden Schuljahres. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Urlaub z.B. nach einem Mutterschafts- oder Elternurlaub in Anspruch genommen wird. Sehr häufig möchten die betroffenen Personalmitglieder zu Beginn des folgenden Schuljahres jedoch mitunter wieder vollzeitig unterrichten oder ggf. eine andere Urlaubsform in Anspruch nehmen und beantragen demzufolge eine vorzeitige Kündigung des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen zum 31. August des laufenden Schuljahres. Dieses Kündigungsverfahren ist mit einem gewissen administrativen Aufwand für die Personalmitglieder, die Schulsekretariate und die Unterrichtsverwaltung verbunden. Um diesen Aufwand zu reduzieren, wird vorgeschlagen, dass der Urlaub, insofern er nicht am 1. September des Schuljahres beginnt, auf Antrag des Personalmitglieds für eine Zeitspanne von weniger als 12 Monaten gewährt werden kann. In diesem Fall wird der Urlaub bis zum 31. August des laufenden Schuljahres genehmigt.

Artikel 14 nimmt die Anpassung im Königlichen Erlass vom 15. Januar 1974 vor.

5 Anpassung des FSU-Statuts betreffend die Ausübung einer nebenberuflichen Tätigkeit (Art. 51 bis 53)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Das Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens sieht derzeit vor, dass der Dienst und jedes Mandat in privaten Angelegenheiten mit Gewinnerzielungszweck, selbst wenn diese unentgeltlich verrichtet beziehungsweise ausgeübt werden, unvereinbar sind mit der Eigenschaft als Personalmitglied einer freien subventionierten Unterrichtseinrichtung oder eines freien subventionierten PMS-Zentrums. Auf Anfrage des Schulträgers wird diese recht einschränkende Bestimmung, die im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens sowie im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens nicht vorkommt, im Statut des FSU aufgehoben. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass Personalmitglieder, die eine Beschäftigung mit Gewinnerzielungsabsicht außerhalb des Unterrichtswesens ausüben, ihren Schulträger schriftlich über Art und Umfang der Beschäftigung informieren.

Artikel 51 bis 53 nehmen die Anpassung im Dekret vom 14. Dezember 1998 vor.

6 Anpassung des Besoldungsstatuts (Art. 1)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Im Amt des Lehrers für technische und berufsbildende Kurse in der Regelsekundarschule sowie im Amt des Lehrers für technische Kurse, für Berufspraxis oder für technische Kurse und Berufspraxis im Förderschulwesen entspricht ein voller Stundenplan 24 Stunden. Demzufolge werden diese Lehrer, insofern sie einen vollen Stundenplan erteilen, in 24teln bezahlt. Erteilt ein Lehrer, der in diesen hierüber angeführten Ämtern beschäftigt ist, allerdings keinen vollen Stundenplan, so werden die Stunden in 25teln besoldet. Da eine solch ungünstigere Besoldung bei unvollständigem Stundenplan in keinem anderen Amt im Unterrichtswesen Anwendung findet, wird vorgeschlagen, diese Regelung, die sich zum Nachteil des Personalmitglieds erweist, aufzuheben. Gleichzeitig wird der entsprechende Artikel im Besoldungsstatut, der die Besoldung bei unvollständigem Stundenplan in der Tageschule regelt, aktualisiert. Veraltete Teiler (8, 16, 25 und 34) werden aufgehoben. Im Gegenzug werden aktuell gültige Teiler (22, 24, 28, 29 und 38) eingefügt.

Artikel 1 nimmt die Anpassung in Artikel 41 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens vor.

7 Anpassung der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung (Art. 40)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die teilzeitige Laufbahnunterbrechung für ein Fünftel oder ein Viertel eines vollen Stundenplans ist derzeit ausschließlich einem Personalmitglied zugänglich, das definitiv ernannt oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet ist und ein Dienstalter von mindestens zehn Jahren aufweist. Es wird vorgeschlagen, diese Anforderung betreffend das Dienstalter im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren aufzuheben, so dass künftig auch Personalmitglieder, die noch kein Dienstalter von mindestens 10 Jahren aufweisen, eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung für ein Fünftel oder ein Viertel eines vollen Stundenplans in Anspruch nehmen können.

Diese Anpassung erfolgt nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer föderalen Anpassung betreffend die Berücksichtigung bestimmter Urlaubsformen im Rahmen der Pension. Diese föderale Regelung, die sich nachteilig für zeitweilige Personalmitglieder im Unterrichtswesen auswirkt, sieht vor, dass verschiedene Formen der verringerten Dienstleistung (Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus sozialen und familienbedingten Gründen; Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen wegen zwei Kinder unter 14 Jahre oder ab 50 Jahre) bei zeitweiligen Personalmitgliedern nicht mehr bei der Berechnung der Pension berücksichtigt werden. Ausschließlich definitiv ernannte Personalmitglieder können die betreffenden Urlaubsformen im Rahmen des Zeitkredits noch für die Pension geltend machen. Um dieser Ungleichbehandlung entgegenzuwirken, wird vorgeschlagen, die teilzeitige Laufbahnunterbrechung, die unter bestimmten Bedingungen auch bei zeitweiligen Personalmitgliedern für die Pension anerkannt wird, künftig dienstjüngeren Personalmitgliedern zugänglich zu machen, damit sie – solange sie sich im zeitweiligen Statut befinden – vorrangig auf diese Urlaubsform zurückgreifen können, wenn sie einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen wollen.

Artikel 40 nimmt die Anpassung im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren vor.

8 Anpassung betreffend die Stellenaufteilung im Amt des IT-Beauftragten (Art. 16)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Jede Regelsekundarschule erhält seit dem Schuljahr 2021-2022 eine Stelle im Amt des IT-Beauftragten. Diese Stelle darf auf maximal zwei Personen verteilt werden, wobei jede Person dann eine halbe Stelle in diesem Amt bekleidet. Auf Wunsch gewisser Schulleiter und aus organisatorischen Gründen wird vorgeschlagen, dass diese Stelle künftig ebenfalls in eine Dreiviertelstelle und eine Viertelstelle aufgeteilt und entsprechend auf zwei Personalmitglieder verteilt werden darf.

Artikel 16 nimmt die Anpassung im Königlichen Erlass vom 15. April 1977 vor.

9 Anpassung der wöchentlichen Unterrichtsleistung im Amt des Lehrers für Berufspraxis (Art. 13, 17, 18 und 19)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Regierung schlägt vor, die Anzahl wöchentlich zu leistender Unterrichtsstunden im Amt des Lehrers für Berufspraxis in der zweiten und dritten Stufe des Regelsekundarschulwesens anzupassen. Bislang sind in diesem Amt bei Vollzeitbeschäftigung mindestens 30 und höchstens 33 Unterrichtsstunden pro Woche zu erbringen. Da insbesondere die Lehrer im berufsbildenden Unterricht mitunter sehr herausfordernde Schüler unterrichten, die häufig eine sehr enge Begleitung und einen damit verbundenen intensiven Mehreinsatz des Lehrers benötigen, wird vorgeschlagen die Anzahl wöchentlich zu leistender Unterrichtsstunden in diesem Amt zu reduzieren und fortan auf mindestens 29 und höchstens 31 Stunden festzulegen.

Infolge dieser Abänderung ist es erforderlich, bei der halbbeitigen Wiederaufnahme, beim halbbeitigen Vorruhestand sowie bei der Altersteilzeit vorzusehen, dass die Stundenanzahl aufgerundet wird, wenn der Bruch der Verringerung der Stundenanzahl keine ganze Zahl ergibt.

Artikel 13 nimmt die Änderung in Bezug auf die halbbeitige Wiederaufnahme vor.

Artikel 17 legt die zu leistenden Unterrichtsstunden auf mindestens 29 und höchstens 31 Stunden im Amt des Lehrers für Berufspraxis in der zweiten und dritten Stufe des Regelsekundarschulwesens fest.

Artikel 18 nimmt die Änderung in Bezug auf den halbbeitigen Vorruhestand vor.

Artikel 19 nimmt die Änderung in Bezug auf die Altersteilzeit vor.

10 Anpassung des Gelegenheitsurlaubs bei Erstkommunion eines Kindes (Art. 71)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die zeitweiligen und definitiven Personalmitglieder des Unterrichtswesens haben Anrecht auf einen Tag Gelegenheitsurlaub bei Erstkommunion ihres Kindes, eines Kindes des Ehepartners oder Lebensgefährten bzw. im Falle jeder gleichgestellten religiösen oder laizistischen Feier, an der das Kind teilnimmt. Dieser Urlaubstag ist in Anwendung der im Unterrichtswesen gültigen Gesetzgebung am Tag des Ereignisses oder am darauffolgenden Tag in Anspruch zu nehmen.

Nun ist es jedoch so, dass in einigen Ortschaften die Erstkommunion mitunter samstags stattfindet. Dies führt dazu, dass die betroffenen Personalmitglieder de facto keinen zusätzlichen Urlaubstag in Anspruch nehmen können. Es wird daher vorgeschlagen, die bisherige Regelung dahingehend anzupassen, dass der freie Tag künftig am Tag der Erstkommunion oder – wenn dieser Tag auf einen Sonntag, einen Feiertag oder einen normalerweise arbeitsfreien Tag fällt – am Tag, der dem Tag der Erstkommunion vorangeht oder folgt, in Anspruch genommen werden darf.

Dieselbe Regelung gilt bereits für BVA-Beschäftigte und das vertraglich eingestellte Unterhaltungspersonal, da diese beiden Personengruppen in Anwendung des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge eingestellt werden und somit den föderal festgelegten Urlaubsregelungen in diesem Bereich unterliegen.

Artikel 71 nimmt die entsprechende Anpassung im Dekret vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 vor.

11 Statutanpassung betreffend Quereinsteiger im Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung im Grundschulwesen (Art. 100)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Derzeit haben Quereinsteiger im Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung im Grundschulwesen, die nicht über einen der erforderlichen oder für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise verfügen, keine Möglichkeit, sich dienstrechtlich zu regularisieren. Die betroffenen Personen können somit nur im Falle von Lehrermangel befristet eingestellt werden. Dadurch dass sie die Bezeichnungsbedingungen für das betreffende Amt nicht erfüllen, sammeln sie keine Dienstage und erhalten kein Anrecht auf eine unbefristete Bezeichnung oder eine definitive Ernennung.

Um diesen Personen insbesondere vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels eine dienstrechtliche Perspektive zu bieten, schlägt die Regierung vor, dass Quereinsteiger im Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung im Grundschulwesen sich fortan dienstrechtlich in Ordnung bringen können, indem sie das im Statut vorgesehene Abweichungsverfahren durchlaufen (d.h. drei Abweichungen von mindestens 15 Wochen innerhalb von fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren absolvieren) und eine Lehrbefähigung von mindestens 30 ECTS erwerben. Bei dieser Lehrbefähigung handelt es sich konkret um die Agrégation oder um das von der AHS angebotene CAP+. Zudem müssen sie im Rahmen der Beurteilung, die im Laufe der dritten Abweichung erfolgt, mindestens die Note „ausreichend“ erhalten,

um den Bezeichnungsbedingungen für das Amt des Fachlehrers für Leibeserziehung letztendlich zu genügen.

Artikel 100 nimmt die entsprechende Anpassung im Dekret vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen vor.

12 Anpassung der Normen betreffend die Befreiung der Grundschulleiter von der Lehrtätigkeit (Art. 61)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Pro Grundschule wird eine Stelle als Grundschulleiter organisiert bzw. subventioniert. Je nach Schülerzahl ist der Schulleiter aber nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit. In der Tat sieht das Regelgrundschuldekret vom 26. April 1999 derzeit vor, dass der Schulträger für die betreffende Grundschule entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen erhält:

- von 50 bis 99 Schüler: eine Viertelstelle (d.h. der Schulleiter muss einen Dreiviertelstundenplan unterrichten);
- von 100 bis 149 Schüler: zwei Viertelstellen (d.h. der Schulleiter muss einen halben Stundenplan unterrichten);
- von 150 bis 179 Schüler: drei Viertelstellen (d.h. der Schulleiter muss einen Viertelstundenplan unterrichten);
- ab 180 Schülern: eine Vollzeitstelle (d.h. der Schulleiter ist von jeglicher Lehrtätigkeit befreit).

Ein Schulleiter ist ebenfalls ganz von seiner Lehrtätigkeit befreit, wenn die Schule mindestens 125 Schüler zählt und mindestens drei Niederlassungen umfasst. In diesem Fall erhält der Schulträger ebenfalls eine Vollzeitstelle.

Da die Anforderungen an die Tätigkeit des Schulleiters in den letzten Jahren stetig gestiegen sind, wird in vorliegendem Kapitel vorgeschlagen, die hierüber angeführten Normen zur Befreiung der Grundschulleiter von der Lehrtätigkeit anzupassen, um auf diese Weise eine Entlastung der Grundschulleiter herbeizuführen und zu gewährleisten, dass sie sich vorrangig auf die mit der Leitung der Grundschule verbundenen Aufgaben konzentrieren können. Vor diesem Hintergrund wird vorgesehen, dass ein Schulträger für die betreffende Grundschule künftig entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen erhält:

- von 50 bis 99 Schüler: zwei Viertelstellen (d.h. der Schulleiter muss einen halben Stundenplan unterrichten);
- von 100 bis 149 Schüler: drei Viertelstellen (d.h. der Schulleiter muss einen Viertelstundenplan unterrichten);
- ab 150 Schülern: eine Vollzeitstelle (d.h. der Schulleiter ist von jeglicher Lehrtätigkeit befreit).

Weiterhin gilt die Regelung, dass ein Schulleiter ebenfalls ganz von seiner Lehrtätigkeit befreit ist und der betreffende Schulträger eine Vollzeitstelle für die Grundschule erhält, wenn die Schule mindestens 125 Schüler zählt und mindestens drei Niederlassungen umfasst.

Artikel 61 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vor.

13 Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse (Art. 10)

Inkrafttreten: 1. Januar 2024

Die Regierung schlägt vor, die Titelbedingungen für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse im Grundschulwesen dahingehend anzupassen, dass der Zugang zum Amt auch Personen eröffnet wird, die über das Diplom eines Kindergärtners verfügen. Kindergärtner gelten fortan somit als Titelinhaber für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse wenn sie die erforderliche Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache bzw. Französisch als Zweitsprache absolviert haben und ein Zertifikat besitzen, aus dem hervorgeht, dass sie der Kompetenzstufe C1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen in der betreffenden Sprache genügen, oder Inhaber eines in der betreffenden Sprache ausgestellten Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, Abschlusssdiploms des Vollzeit-Hochschulwesens kurzer oder langer Studiendauer oder Universitätsdiploms sind. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich als schwierig erweist, die Stellen im Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse mit Titelinhabern zu besetzen und derzeit immer häufiger auf ausgebildete Kindergärtner zurückgegriffen wird. Um diesen Personen eine Karriereperspektive zu bieten, wird eine Anpassung der Titelgesetzgebung vorgeschlagen, da eine Regularisierung in diesem Amt auf anderem Wege für Kindergärtner nicht möglich ist.

Artikel 10 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

14 Anpassung des Dienstauftrags der Kindergarten- und Fördergrundschulassistenten (Art. 49 Nummern 1, 2, 4 und 5)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Regierung schlägt vor, den Dienstauftrag der Kindergartenassistenten sowie der Fördergrundschulassistenten auszuweiten und vorzusehen, dass Kindergartenassistenten und Fördergrundschulassistenten vom Schulleiter damit beauftragt werden können, während der Mittagspause Aufsichten in der Grundschule zu verrichten. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund der Problematik, dass zahlreiche Schulleiter immer mehr Schwierigkeiten haben, eine angemessene Mittagsaufsicht zu organisieren, weil nicht genügend Personal hierfür zur Verfügung steht.

Artikel 49 Nummern 1, 2, 4 und 5 nehmen die entsprechenden Anpassungen im Grundlagendekret vom 31. August 1998 vor.

15 Textpräzisierung der Diplomstufen (Art. 98)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Im Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, in dem unter anderem die der Besoldung in Anwerbungsämtern zugrunde liegenden Diplomstufen definiert werden, soll präzisiert werden, dass ein Masterdiplom bzw. ein Bachelordiplom nur dann der

Diplomstufe I beziehungsweise II+ zuzuordnen ist, wenn das Master- bzw. Bachelordiplom von einer anerkannten Hochschule oder Universität ausgestellt wurde. Diese Präzisierung erfolgt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auch nicht anerkannte Hochschulen oder Universitäten Diplome mit der Bezeichnung Bachelor oder Master ausstellen. Diese Diplome entsprechen jedoch nicht dem Hochschulgrad eines Bachelors oder Masters, so dass sie nicht in die Diplomstufe I beziehungsweise II+ einzuordnen sind.

Artikel 98 nimmt die Anpassung im Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrberufs vor.

16 Textpräzisierungen im Dienstrecht (Art. 6 bis 9 und 57 bis 60)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Regierung schlägt vor, einige Verweisfehler im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens und des freien subventionierten Unterrichtswesens in Bezug auf die Ämter des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule, des Direktionssekretärs, des Finanz- und Gebäudeverwalters und des förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiters zu korrigieren. Die Verweise betreffen vor allem die Verweise auf die Artikel, die die verschiedenen Möglichkeiten zur Beendigung der Bezeichnung bzw. Ernennung festlegen.

Die **Artikel 6 bis 9** verbessern die Verweise im GUW-Statut.

Die **Artikel 57 bis 60** verbessern die Verweise im FSU-Statut.

17 Anpassung der Definition des Begriffs „erstankommender Schüler“ (Art. 41 Nummer 1)

Inkrafttreten: 1. September 2024

Vor dem Hintergrund der Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters auf 2,5 Jahre, die am 1. September 2024 in Kraft tritt, sollte auch die Altersbedingung, die ein Kind oder Jugendlicher erfüllen muss, um als erstankommender Schüler zu gelten, von „zwischen 3 und 18 Jahren“ auf „zwischen 2,5 und 18 Jahren“ abgeändert werden. Daher schlägt die Regierung diese Abänderung vor.

Artikel 41 Nummer 1 ändert die Altersbedingung in der Definition des Begriffs „erstankommender Schüler“ im Grundlagendekret aufgrund der Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters von drei auf zweieinhalb Jahre ab.

18 Organisation der Stellen im Amt des Middle Managers (Art. 3, 4, 5, 15, 53, 54 und 55)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Bisher werden die Stellen im Amt des Middle Managers an den Regelsekundarschulen lediglich als Halbtagsstellen organisiert. Um den Stundenplan aufzustocken, können die Middle Manager weiterhin Unterrichtsstunden erteilen.

Die Maßnahme soll den Regelsekundarschulen ermöglichen, die Stellen, die ihnen im Amt des Middle Managers zur Verfügung stehen, zukünftig auch in Form von Dreiviertelstellen zu organisieren. Diese Maßnahme basiert auf einer Anfrage einer Schulleitung, die berichtete, dass es schwierig sei, die halben Stellen zu besetzen, dass es jedoch Personalmitglieder gebe, die bereit seien, mehr als halbezeitig der Tätigkeit als Middle Manager nachzugehen. Daher schlägt die Regierung die Abänderung vor.

Da die Stellen im Amt des Middle Managers künftig nicht mehr nur halbezeitig, sondern auch im Rahmen eines Dreiviertelstundenplans besetzt werden können, werden im Dienstrecht entsprechende textliche Anpassungen vorgenommen. Zum einen soll vorgesehen werden, dass sich die monatliche Prämie bei einer Dreiviertelstelle auf 375 Euro brutto (nicht indexiert) beläuft. Zum anderen soll vorgesehen werden, dass sich die Wochenarbeitszeit bei einer Dreiviertelstelle durchschnittlich auf 28,5 Stunden zu 60 Minuten beläuft.

Artikel 3, 4 und 5 nehmen die entsprechenden Anpassungen im Dienstrecht des GUW vor (Königlicher Erlass vom 22. März 1969).

Artikel 15 legt fest, dass die Stellen als Middle Manager künftig nicht nur halbezeitig, sondern auch in Form von Dreiviertelstellen organisiert oder subventioniert werden können.

Artikel 53, 54 und 55 nehmen die entsprechende Anpassung im Dienstrecht des FSU vor (Dekret vom 14. Dezember 1998).

19 Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sekundarschulwesen (Art. 43, 69 und 70)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Reduzierung der Schulbesuchskosten für die Erziehungsberechtigten ist seit vielen Jahren ein wichtiges Ziel. Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und Chancengleichheit, doch stellt beides auch die Erziehungsberechtigten vor große finanzielle Herausforderungen. Aus der im Schuljahr 2016-2017 vom Bund der Familien durchgeführten Studie zu den Schulbesuchskosten in Ostbelgien ging unter anderem hervor, dass im Sekundarschulbereich weiterer Handlungsbedarf besteht.

Eine Folgerhebung von November 2020 bis Februar 2021 untersuchte das Ausmaß des Handlungsbedarfs und lieferte aufschlussreiche Details über jene Kosten, die die Schulen an die Erziehungsberechtigten weitergeben. Auf der Grundlage dieser Informationen wurden die großen Kostenfaktoren festgestellt, unter denen sich insbesondere die Verwaltungskosten als kostenintensiver Faktor erwiesen – unabhängig von Jahrgang und Studienrichtung.

Diese Verwaltungskosten bestehen aus den Kosten für die Kopien, die an die Schüler verteilt werden, den Unkosten für das Tagebuch und den Kosten für die Diplomerstellung.

Diese Elemente betreffen zentrale Elemente des Schulalltags jedes Schülers. Da vor allem die an die Schüler verteilten Kopien trotz der fortschreitenden Digitalisierung im Unterrichtswesen weiterhin wichtige Instrumente des schulischen Alltags sind und als

Kopierkosten hohe Auslagen für die Erziehungsberechtigten verursachen, eignen sie sich besonders, um durch die Maßnahme abgedeckt zu werden.

Um zu verhindern, dass in Zukunft derartige Kosten von den Schulen auf die Erziehungsberechtigten umgelegt werden, und um die Bildungschancen aller Schüler des Sekundarschulwesens zu verbessern, schlägt die Regierung ein Umlageverbot vor. Sekundarschulen soll untersagt werden, Kosten für verteilte Kopien, das Tagebuch und die Diplomausstellung den Erziehungsberechtigten in Rechnung zu stellen. Damit die Schulen durch diese Maßnahme nicht finanziell benachteiligt werden, soll den Sekundarschulen eine jährlich indexierte Subvention in Höhe von 100 Euro pro Schüler gewährt werden.

Durch diese Maßnahme reduziert sich der finanzielle Druck auf die Erziehungsberechtigten und sie schafft neue finanzielle Freiräume in den Familien, ohne Rücksicht auf deren sozio-ökonomische Hintergründe.

Auch dem Ziel der Chancengleichheit kann die Maßnahme auf diese Weise gerecht werden, da keine Schule, kein Jahrgang und keine Studienrichtung bevorzugt wird. Zudem entstehen auf diese Weise allen Schülern dieselben Kosten in Bezug auf die Kopien, das Tagebuch und die Diplomerstellung.

Zuletzt soll durch die Auswahl dieser Elemente dem Klimaschutz Rechnung getragen werden, indem sie die Anzahl der Kopien auf wichtige und unverzichtbare Dokumente beschränkt. Ebenso erlaubt es die zunehmende Digitalisierung, den Gebrauch der Kopien einzuschränken.

Artikel 43 ergänzt Artikel 32 des Dekrets vom 31. August 1998 um einen §4. Er untersagt den Regel- und Fördersekundarschulen, den Erziehungsberechtigten die Kosten für verteilte Kopien, Tagebücher und die Diplomerstellung in Rechnung zu stellen.

Artikel 69 ergänzt Artikel 3 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Dezember 2002, der festlegt, zu welchem Zweck die finanziellen Mittel eingesetzt werden dürfen, die aufgrund dieses Dekrets gewährt werden.

Artikel 70 ergänzt Artikel 4 desselben Dekrets vom 16. Dezember 2002 in Absatz 3 um die Regel- und Fördersekundarschulen, legt die zusätzlichen finanziellen Mittel in Höhe von 100€ pro Schüler für die Regel- sowie für die Fördersekundarschule fest und passt §5 Absatz 2 an, um den Basisindex für die zusätzlichen Mittel festzulegen.

20 Einführung einer Subvention für die Notenbibliothek im Teilzeit-Kunstunterricht (Art. 99)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Durch die Ergänzung des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts um Artikel 58.1 soll Kunstakademien eine pauschale Subvention zum Aufbau und Unterhalt einer Notenbibliothek in Höhe von 2.000 EUR zugewiesen werden. Der Leiter der Kunstakademie verwaltet die Subvention.

Der festgelegte Betrag wird jährlich indexiert. Als Basisindex gilt der Index des Monats September 2023. Eine Anpassung erfolgt jedes Jahr im Monat September auf Basis des Index zu diesem Zeitpunkt.

Das Notenmaterial kann mithilfe der Subvention zentral angeschafft und so allen Lehrenden der Kunstakademie zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahme senkt also die Kosten für den Notenankauf, der bislang individuell durch die einzelnen Personalmitglieder erfolgt.

Artikel 99 fügt den Artikel 58.1 ein, der die Höhe und die Bedingungen der Subventionierung einer Notenbibliothek einer Kunstakademie regelt.

21 Anpassung der Zulassungsbedingungen zum 5. Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts (Art. 20)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Eine Einschreibung ins 5. Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts ist gemäß Artikel 15 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens möglich, wenn ein Schüler das vierte Jahr des Sekundarunterrichts erfolgreich abgeschlossen hat oder wenn er im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts ist, insofern letzteres vor dem schulexternen Prüfungsausschuss erlangt wurde. Um Schüler, die das Abschlusszeugnis der Unterstufe in der Sekundarschule erlangt haben, nicht anders zu behandeln als solche, die den gleichen Studiennachweis vor dem schulexternen Prüfungsausschuss erhalten haben, schlägt die Regierung vor, den Artikel dahingehend anzupassen, dass das Abschlusszeugnis der Unterstufe, gleich welche Einrichtung es ausgestellt hat, Zugang zum 5. Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts gibt. Es wird hinzugefügt, dass die Schüler in diesem Fall mindestens sechzehn Jahre alt sein müssen.

Artikel 20 legt fest, dass das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts Zugang zum 5. Jahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts gibt.

22 Jährliche Einschreibung volljähriger Schüler in der Sekundarstufe (Art. 44)

Inkrafttreten: 1. September 2023

In Anlehnung an die Dekrete in der Französischen Gemeinschaft schlägt die Regierung vor, volljährige Schüler, die weiterhin die Schule besuchen, dazu zu verpflichten, sich jedes Schuljahr erneut in eine Sekundarschule einzuschreiben. Bislang gilt die Einschreibung volljähriger Schüler, bis sie sich abmelden. Sie generieren auf diese Weise Stundenkapital und Subventionen, nehmen in Einzelfällen aber nur unregelmäßig am Unterricht teil. Die Maßnahme soll den Schulleitern erlauben, Einschreibungen volljähriger Schüler abzulehnen.

Um eine ungerechtfertigte Ablehnung der Einschreibung zu verhindern, sind die Schulleiter dazu verpflichtet, diese schriftlich zu begründen. Die Begründung muss den volljährigen Schülern per Einschreiben mitgeteilt werden.

Artikel 44 regelt die jährliche Einschreibung von Schülern und verpflichtet die Schüler oder Erziehungsberechtigten zur formalen Anerkennung der Schulordnung, des Erziehungs- und des Schulprojekts. Zugleich müssen sich volljährige Schüler nun jedes Jahr erneut in eine Schule einschreiben, wenn sie weiterhin an den Unterrichten teilnehmen möchten; sie gelten im Gegensatz zu minderjährigen Schülern nicht mehr automatisch als eingeschrieben.

23 Punktuelle Ausdehnung des Auftrags der Kindergartenassistenten (Art. 50 Nummer 3)

Inkrafttreten: 1. September 2023

In Folge einer Anfrage einer Grundschulleitung auf mögliche Ausdehnung der Tätigkeiten, die ein Kindergartenassistent ohne das Beisein eines Kindergärtners übernehmen darf, wurden die Vor- und Nachteile einer solchen punktuellen Ausdehnung des Auftrags der Kindergartenassistenten im Rahmen einer Schulleiterversammlung diskutiert. Die Schulleiter äußerten, dass bereits in den vergangenen Monaten Kindergartenassistenten gelegentlich bei Ausfall von Kindergärtnern die Betreuung kleiner Gruppen auf begrenzte Zeit übernommen hätten, wenn es schulintern keine andere Möglichkeit gegeben habe. Im Allgemeinen standen die Schulleiter der Idee, dekretal die Möglichkeit dafür zu schaffen, dass Kindergartenassistenten punktuell kleine Gruppen ohne das Beisein eines Kindergärtners betreuen können, positiv gegenüber. Wichtig ist den Schulleitern, dass die Kindergartenassistenten trotzdem weiterhin unter der Verantwortung und Anleitung der Kindergärtner arbeiten.

Die Schulleiter betonten zudem, dass es wichtig sei, dass die Aufgaben, die die Kindergartenassistenten künftig für begrenzte Zeit ohne die Anwesenheit eines Kindergärtners wahrnehmen können sollen, klar definiert seien. Es handelt sich um folgende Aufgaben, die in Artikel 98 § 5 des Dekrets vom 31. August 1998 festgelegt sind: mit den Kindern spielen; mit den Kindern malen, basteln und werken; mit den Kindern musizieren; mit den Kindern turnen, schwimmen und spazieren gehen.

Schulintern wird entschieden, ob und inwiefern ein Kindergartenassistent diese Aufgaben punktuell übernehmen kann. Aus diesem Grund wurde die Ausdehnung des Auftrags der Kindergartenassistenten auf Wunsch der Schulleiter als Kann-Bestimmung formuliert. Der Kindergärtner bleibt den Kindergartenassistenten gegenüber daher weisungsbefugt.

Artikel 50 Nummer 3 dehnt den Auftrag der Kindergartenassistenten aus und legt fest, dass der Kindergartenassistent punktuell die in Artikel 98 §5 Nummern 2 bis 4 des Dekrets vom 31. August 1998 Aufgaben ohne die Anwesenheit eines Kindergärtners wahrnehmen kann.

24 Anpassung der Zugangsbedingungen zum Amt des Externen Evaluators (Art. 11)

Inkrafttreten: 1. Juli 2023

Die Regierung schlägt vor, die Titelbedingungen für das Amt des externen Evaluators anzupassen. Bislang sieht die Gesetzgebung vor, dass das Amt des externen Evaluators Personen zugänglich ist, die mindestens ein Diplom des Hochschulwesens ersten Grades besitzen und eine Berufserfahrung von mindestens zehn Jahren in einem Amt mit vollständigem Stundenplan im Grund- oder Sekundarschulwesen aufweisen. Da es sich als schwierig erweist, die Stellen in der externen Evaluation zu besetzen, was nicht zuletzt daran liegt, dass die Kandidaten mitunter nicht die geforderte Berufserfahrung in einem Lehramt aufweisen können, und eine Einstellung über Abweichung in diesem Auswahlamt nicht gestattet ist,

wird vorgeschlagen, die Titelgesetzgebung dahingehend anzupassen, dass zusätzlich zur Diplomanforderung eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in einem Amt mit vollständigem Stundenplan im Grund- oder Sekundarschulwesen ausreichend ist. Teilzeitige Dienste werden dabei verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung anerkannt.

Artikel 11 nimmt die entsprechenden Anpassungen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 vor.

25 Schaffung einer dekretalen Grundlage für die Datenverarbeitung und den -austausch in der mittelständischen Ausbildung (Art. 21, 27 und 31 bis 38)

Inkrafttreten: 1. Juli 2023

Für die Datenschutzbehörde (siehe Gutachten Nr. 07/2022 vom 21. Januar 2022 zum Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über den Nachteilsausgleich und den Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung) stellt Artikel 7 §7 Nummer 6 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen keine zureichende Grundlage für die Datenverarbeitung der Auszubildenden dar, die einen besonderen Förderbedarf benötigen.

Die vorgeschlagenen Bestimmungen schaffen nicht nur für den Nachteilsausgleich und den Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung eine explizite Grundlage, sondern ebenfalls eine umfassende Grundlage für alle Daten, die vom IAWM/ZAWM verarbeitet werden.

Artikel 21 fügt die Definitionen der Schulinspektion und des Förderausschusses in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 27 fügt die Definition der Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 31 fügt das Kapitel über Vertraulichkeit und Datenschutz in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 32 fügt den Artikel über die Vertraulichkeit in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 33 fügt einen Artikel über die Verarbeitung personenbezogener Daten in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 34 fügt einen Artikel über die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 35 fügt einen Artikel über Datenkategorien in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 36 fügt einen Artikel über die Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 37 fügt einen Artikel über die Verpflichtung zur Zusammenarbeit in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

Artikel 38 fügt einen Artikel über die Dauer der Datenverarbeitung in das Dekret vom 16. Dezember 1991 ein.

26 Anpassung der Zusammensetzung des Förderausschusses für Beschwerden im Zusammenhang mit Nachteilsausgleich und Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung (Art. 49)

Inkrafttreten: 1. Juli 2023

Die vorhergehende Maßnahme schlägt vor, eine Grundlage für den Nachteilsausgleich und den Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung zu schaffen.

Sind die Erziehungsberechtigten oder der volljährige Lehrling mit einer diesbezüglichen Entscheidung nicht einverstanden, können sie in Analogie zur Vorgehensweise im Sekundarschulwesen innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung Einspruch beim Vorsitzenden des Förderausschusses einlegen.

Der Förderausschuss setzt sich gemäß Artikel 93.24 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen zusammen aus einem Präsidenten, einem Sekretär, einem Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, einer Person mit einer besonderen Erfahrung oder Qualifikation im Bereich der Förderpädagogik und einem Vertreter des Fachbereichs Pädagogik des Ministeriums. Zudem sieht das Grundlagendekret vor, dass der Schulträger der Regelschule, die der Schüler besucht oder entsprechend dem Wunsch der Eltern besuchen soll, eine Person, die nicht dem Personal der betreffenden Regelschule angehört, in den Förderausschuss entsendet.

Die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gelten nicht als Regelschule im Sinne desselben Dekrets vom 31. August 1998. Folglich findet die Bestimmung, dass der Schulträger der Regelschule einen Vertreter für den Förderausschuss bestimmt, keine Anwendung auf die mittelständische Ausbildung. Damit für die Beschwerden im Zusammenhang mit Nachteilsausgleich und Notenschutz in der mittelständischen Ausbildung dennoch ein Vertreter des Ausbildungsträgers anwesend ist, schlägt die Regierung vor, in diesen Fällen an der Stelle des Vertreters des Regelschulwesens einen Vertreter des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen in den Förderausschuss zu entsenden.

In **Artikel 49** wird festgelegt, dass in Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen bei den Sitzungen, in denen der Förderausschuss über Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen oder den Notenschutz eines Auszubildenden mit besonderem Förderbedarf berät, eine vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vorgeschlagene Person anwesend ist.

27 Erhöhung des Stellenkapitals von Kaleido (Art. 104)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Um für mehr Stabilität und zudem die notwendige inhaltliche Unterstützung zu sorgen, wird jedem der drei Koordinatoren von Kaleido Ostbelgien je ein Referent zur Seite gestellt. Dieser Referent ist eine wertvolle Ressource für die Weiterentwicklung und Führung der umfangreichen Koordinationsbereiche und kann zudem dann einspringen, wenn der Koordinator ausfällt oder bei einem Weggang des Koordinators für Kontinuität sorgen.

Eine der drei erforderlichen Referentenstellen konnte bereits innerhalb des Stellenkontingents von Kaleido Ostbelgien besetzt werden. Daher schlägt die Regierung vor, das Stellenkapital um zwei Stellen zu erhöhen. Bei diesen beiden Referentenstellen handelt es sich um die Regularisierung von BVA Stellen, die bereits vor einiger Zeit gewährt wurden.

Artikel 104 nimmt diese Abänderung im Kaleido-Dekret vor.

28 Verlängerung der Vernichtungsfrist der integrierten Begleitakte (Art. 103)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Kaleido Ostbelgien erstellt eine integrierte Begleitakte für jedes Kind und jeden Jugendlichen, der durch Kaleido begleitet wird. Kaleido Ostbelgien erhält immer wieder Anfragen von Eltern und jungen Erwachsenen in Bezug auf ihre medizinische und psychosoziale Situation. Kaleido möchte dem Dienst am Bürger nachkommen und beantragt daher die Verlängerung der Frist zur Aktenvernichtung von zwei auf vier Jahre nach Ende der Begleitung oder Erreichen der Volljährigkeit.

Beispielsweise werden bei Kindergeldanpassungen, insbesondere für Schüler mit einem Schulparcours im Förderschulwesen, oftmals IQ-Testungen für weitere administrative Abläufe wie Akten bei der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben benötigt. Bei Vernichtung nach zwei Jahren müssen umfangreiche Testungen erneut durchgeführt werden.

Zudem trägt Kaleido seit 2013 die Impfdaten der eigens durchgeführten Impfungen sowie der Impfungen von Haus- und Kinderärzten, die die Eintragung nicht selbst vorgenommen haben, in die Datenbank E-Vax ein. Noch besteht keine lückenlose Datenbank, da die Kinder, deren Daten ab Geburt in der Datenbank enthalten sind, erst im Jahr 2025 in die Sekundarschule kommen. Im Jahr 2031 werden die Impfdaten der ersten Jugendlichen vollständig in E-Vax abrufbar sein. Zurzeit gehen wöchentlich Anfragen zu Impfdaten bei Kaleido ein. Mit einer Verlängerung der Frist zur Aktenaufbewahrung könnten die Anfragen meist beantwortet werden.

Da Kaleido ebenfalls Ansprechpartner für die Autonome Hochschule Ostbelgien ist und die dort Studierenden meist aus den Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kommen, kann eine Kontinuität gewährleistet sein.

Daher schlägt die Regierung vor, die Frist zur Aktenvernichtung von zwei auf vier Jahre nach Ende der Begleitung oder Erreichen der Volljährigkeit zu erhöhen.

Artikel 103 hält fest, dass die integrierte Begleitakte des Jugendlichen künftig erst vier statt bislang zwei Jahre nach seiner Volljährigkeit bzw. nach Abschluss der Begleitung, insofern die Begleitung über die Volljährigkeit hinausgeht, vernichtet werden muss.

29 Einführung eines Bachelorstudiengangs in Sozialer Arbeit (Art. 73, 74, 75, 79, 96 und 97)

Inkrafttreten: 1. September 2023

In Ostbelgien ist das Berufsfeld der sozialen Arbeit von einem beträchtlichen Fachkräftemangel betroffen. Dies wurde in einer vom Ministerium im Sektor durchgeführten Umfrage Mitte 2019 bestätigt. Neben einem ersten Überblick über die Beschäftigungssituation der Fachkräfte lieferte diese Umfrage Einblicke in den Bedarf und die Erwartungen der Arbeitgeber an die Kompetenzen dieser Fachkräfte. Im Anschluss wurde ein Vergleich der bestehenden Studiengänge innerhalb Belgiens und des näheren Auslands erstellt.

Obschon an benachbarten Hochschulen im frankophonen Bereich und in Deutschland ein konstanter Anteil an Studierenden aus Ostbelgien vertreten ist und einen Bachelorabschluss erwirbt, können Stellen im Bereich der Sozialen Arbeit in Ostbelgien nicht in hinreichendem Maß besetzt werden. Die Gründe hierfür sind vielfältig, zwei stechen jedoch hervor, wie ein Rundtischgespräch mit zahlreichen Akteuren und Arbeitgebern aus dem ostbelgischen Sozialsektor ergeben hat:

Zum einen sind die Zulassungsbedingungen an den deutschen Hochschulen – insbesondere in Bezug auf das vorzuweisende dreimonatige Praktikum vor Studienbeginn – von belgischen Abiturienten kaum zu erfüllen. Zum anderen verlangt die soziale Arbeit in Ostbelgien nach ortsspezifischen Inhalten und speziellen Kompetenzen, die in den Curricula der Hochschulen in Deutschland und der Französischen Gemeinschaft nicht verankert sind.

Am 16. Mai 2019 traf die Regierung einen Prinzipbeschluss zur inhaltlichen Ausarbeitung eines praxisnahen Bachelorstudiengangs „Soziale Arbeit“, der an der Autonomen Hochschule Ostbelgien angeboten werden soll. Der Bachelorstudiengang soll sich von den bestehenden Studiengängen an Hochschulen in der Französischen Gemeinschaft und in Nordrhein-Westfalen dadurch abgrenzen, dass es sich um ein generalistisches Studium in Sozialer Arbeit mit Abgrenzung zum Sozialassistenten und Erzieher handeln soll, einen hohen Praktikumsanteil beinhalten sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft betreffende Studieninhalte und belgisches Recht eingehen soll. Zudem steht die Vermittlung ausreichender fachbezogener Französischkenntnisse im Fokus. Vermittelt werden Kompetenzen, die zu selbstständigem beruflichen Handeln in allen Handlungsfeldern und Bereichen der Sozialen Arbeit befähigen und somit die Ausübung eines sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Berufes erlauben.

Der Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften wird durch **Artikel 73** umbenannt in den Fachbereich Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften. Die Bezeichnung wird in allen betroffenen Artikeln ausgetauscht.

Artikel 74 legt fest, dass zum Fachbereich Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften künftig auch der Studienbereich Soziale Arbeit gehört, der mit dem Bachelor in Soziale Arbeit abgeschlossen wird. Absolventen des Studienbereichs Soziale Arbeit sind berechtigt, in Belgien den Titel „Sozialarbeiter“ bzw. „Sozialarbeiterin“ tragen

Artikel 75 legt die Kompetenzen, die die Studierenden im Studienbereich Soziale Arbeit entwickeln sollen, sowie die Bildungsbereiche der Ausbildungsaktivitäten fest.

Artikel 79 legt die Zulassungsbedingungen zum Studienbereich Soziale Arbeit fest: Neben der Hochschulzugangsberechtigung und der Entrichtung der Einschreibgebühr wird ein Führungszeugnis verlangt. Soziale Arbeit ist immer auch Beziehungsarbeit, oftmals auch mit vulnerablen Personen(gruppen) in schwierigen Lebenssituationen. Deshalb ist für eine

Tätigkeit im Bereich der Sozialen Arbeit das Vertrauensverhältnis zwischen dem Sozialarbeitenden und seinen Klienten grundlegend. Themen wie Beziehungsarbeit und Vertrauensverhältnis sowie das damit verbundene professionelle Selbstverständnis sind somit auch ein wichtiger Bestandteil des Studiengangs Soziale Arbeit. Über die Reflektion ihrer Person und ihrer Rolle hinaus ist es wichtig, dass die Studienbewerber bereits als Grundvoraussetzung für das Studium einen einwandfreien Leumund besitzen, d.h. dass kein Eintrag im Strafregister für sie vorliegt. Außerdem soll der Studiengang bereits ab dem ersten Studienjahr stark praxisausgerichtet sein mit Praxisphasen im Umfang von voraussichtlich insgesamt 47 ECTS (1.175 Stunden bzw. 147 Tagen). In der Regel verlangen auch die sozialen Einrichtungen, in der die Praktika stattfinden werden, bei der Anwerbung ihrer Mitarbeiter ebenfalls ein Führungszeugnis.

Außerdem muss der Studienbewerber ausreichende Französischkenntnisse vorweisen. Diese gelten als nachgewiesen durch das Abschlusszeugnis der Unter- oder der Oberstufe des Sekundarunterrichts, das in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlangt wurde, durch in französischer Sprache ausgestellte Abschlusszeugnisse der Unter- und der Oberstufe des Sekundarunterrichts sowie Hochschul- und Universitätsnachweise in französischer Sprache sowie durch DELF-DALF-Zertifikate, insofern der Studienbewerber in jedem Prüfungsteil der Kompetenzstufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen mindestens 60 % erreicht hat.

Darüber hinaus legt dieser Artikel fest, dass die Studienplätze im Studienbereich Soziale Arbeit auf 25 Plätze pro Studienjahr begrenzt sind. Die Studienbewerber reichen ein Motivationsschreiben ein, das neben der Motivation für das Studium und die Ausübung des angestrebten Berufs auch Auskünfte über das bisherige soziale Engagement und die Beziehung zur Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt. Der Fachbereichsleiter entscheidet über die Vergabe der Studienplätze.

Zum zweiten und dritten Jahr werden die Personen zugelassen, die entweder das erste bzw. zweite Studienjahr an der Autonomen Hochschule Ostbelgien erfolgreich absolviert haben oder ein gleichwertiges Studienjahr an einer anderen Hochschule erfolgreich abgeschlossen haben. Zudem müssen, ebenso wie für die Aufnahme des Studiums, ausreichende Französischkenntnisse belegt und ein Führungszeugnis vorgelegt werden. Ein Motivationsschreiben ist nicht erforderlich, da die Motivation für das angestrebte Studium durch das erfolgreiche Bestehen von Studienjahren bereits als nachgewiesen angesehen werden kann.

Durch **Artikel 96** wird das Stellenkapital für das unterstützende Personal der Autonomen Hochschule Ostbelgien von 12,00 auf 12,50 Stellen erhöht. Entsprechend der Erfahrungen aus den anderen Studiengängen an der Autonomen Hochschule Ostbelgien werden zusätzliche 0,5 VZÄ für die allgemeine Verwaltung des neuen Studiengangs benötigt.

Artikel 97 erhöht das Stellenkapital des Fachbereichs Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften um 7,5 VZÄ von 19,75 auf 27,25 Stellen. Die zusätzlichen 7,5 VZÄ werden benötigt, um die zur Durchführung der Kurse erforderlichen Dozenten einzustellen. Da die Kurse aller Studienbereiche, die an der Hochschule angeboten werden, fachspezifisch sind, besteht wenig Synergiepotential zwischen den verschiedenen Studienbereichen.

Im Modellentwurf für den Bachelor Soziale Arbeit, d.h. im o.e. Prinzipbeschluss der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 16. Mai 2019, wurde ein Stellenkapital zur Etablierung des neuen Bachelor-Studiengangs von 8-10 Vollzeitstellen festgehalten. Zudem wurde im Modellentwurf angemerkt, dass eine potentielle Reduzierung auf 8 oder 9 Stellen, möglich wäre, wenn Synergien innerhalb der Hochschule genutzt werden könnten, d.h. wenn Veranstaltungen für mehrere Studiengänge gemeinsam angeboten werden könnten.

Nach einer detaillierten Berechnung des Stellenkapitals auf Grundlage von maximal 25 Studierenden pro Studienjahr – also einer Gesamtstudierendenzahl von maximal 75 Studierenden für den Studiengang Soziale Arbeit – konnte im Detail folgender Bedarf erhoben werden: 5,5 VZÄ für unterrichtendes Personal (Dozenten), 0,5 VZÄ für Jahrgangsbegleiter, 0,3 VZÄ für die Begleitung der Praxisphasen, 0,2 VZÄ für die Begleitung der Bachelorarbeiten und 1 VZÄ für die Koordination und die Ausbildung der Praktikumsbetreuer.

30 Datenschutz und Vertraulichkeit im AHS-Dekret (Art. 87 bis 95)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Aufgrund der Tatsache, dass bei der Einschreibung im Studienbereich Soziale Arbeit ein Auszug aus dem Strafregister verlangt wird, sind datenschutzrechtliche Bestimmungen erforderlich. Die Regierung schlägt daher vor, eine allgemeine Grundlage zum Datenschutz in das AHS-Dekret vom 27. Juni 2005 einzufügen, die sowohl die Studierenden als auch die Personalmitglieder und Dienstleister, wie z. B. Gastdozenten, betrifft.

Artikel 87 ersetzt die Überschrift des Titels IV des Dekrets vom 27. Juni 2005 und fügt den Datenschutz ein.

Artikel 88 fügt den Untertitel über Vertraulichkeit und Datenschutz in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 89 fügt den Artikel über die Vertraulichkeit in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 90 fügt einen Artikel über die Verarbeitung personenbezogener Daten in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 91 fügt einen Artikel über die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 92 fügt einen Artikel über Datenkategorien in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 93 fügt einen Artikel über die Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 94 fügt einen Artikel über die Verpflichtung zur Zusammenarbeit in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

Artikel 95 fügt einen Artikel über die Dauer der Datenverarbeitung in das Dekret vom 27. Juni 2005 ein.

31 Anpassung der Definition des Vorbereitungsjahres (Art. 72)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Ab 1964 gab es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Vorbereitung auf das Brevet in Krankenpflege. Seit 1988 wurde das Vorbereitungsjahr ausgeweitet auf den Erhalt des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der

Studienrichtung „Animator(in) für Kindergemeinschaften“ vor dem schulexternen Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht. Im vergangenen Jahrzehnt gab es jedoch kaum Teilnehmer, die das Abschlusszeugnis in diesem Zusammenhang erwerben konnten; ebenso gab es kaum mehr Bewerber für das Brevet in Krankenpflege.

Das Programm des Vorbereitungsjahres, das an der Hochschule angeboten wird, wurde zum Schuljahr 2018-2019 vollständig überarbeitet, unter anderem um den gemäß dem Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen erforderlichen Französischunterricht in den Vorbereitungskurs aufzunehmen und das Programm generell inhaltlich und strukturell an die aktuellen Rechtsnormen, Bildungsziele und Vorgaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzupassen. Das vorherige Programm war sehr inhaltszentriert und zu wenig auf Kompetenzerwerb und individuelle und differenzierte Förderung ausgelegt.

Das aktuelle Programm ist die Vorbereitung auf die Prüfungen vor dem schulexternen Prüfungsausschuss für den Sekundarunterricht zwecks Erhalts des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung „Kinderanimator“.

Die Vorprüfung zwecks Zulassung zum ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterricht im Studienbereich Krankenpflege (Brevet) wurde per Erlass der Regierung vom 8. Oktober 2020 abgeschafft.

Artikel 72 ersetzt die Definition des Begriffs „Vorbereitungsjahr“ in Artikel 1.3 des Dekrets vom 27. Juni 2005.

32 Anpassung der Kompetenzen im Studienbereich Lehramt (Art. 76)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Ausgehend von den Anforderungen und Herausforderungen, mit denen Lehrpersonen der Kindergärten und Primarschulen aktuell und in Zukunft konfrontiert sind, können erforderliche professionelle Handlungskompetenzen abgeleitet werden. Bereits 2017 hat der Fachbereich Bildungswissenschaften der Autonomen Hochschule Ostbelgien begonnen, in einem Zukunftspapier die anzustrebenden Kompetenzen zu aktualisieren. Nach intensivem Austausch mit Akteuren aus dem Unterrichtswesen wurden diese weiterentwickelt und in einem Kompetenzprofil verankert, welches im Studienjahr 2021-2022 implementiert wurde. Um eine Kohärenz zwischen der gelebten Realität im Studium an der Autonomen Hochschule Ostbelgien und der dekretalen Grundlage zu schaffen, werden die Kompetenzbereiche des Kompetenzprofils im Dekret verankert.

Darüber hinaus werden auch die Bildungsbereiche angepasst. Die neue Formulierung ermöglicht eine höhere Flexibilität in der Gestaltung einer kompetenzorientierten und fächerverbindenden Hochschullehre, sodass gewisse Fächerstrukturen aktuell und in Zukunft zu Gunsten einer Erarbeitung der Kompetenzbereiche aus multidisziplinärer Perspektive gefördert werden.

Artikel 76 legt die Kompetenzen, die im Rahmen der Erstausbildungen zum Kindergärtner und zum Primarschullehrer vermittelt werden, fest sowie die Ausbildungsaktivitäten, die zur Kompetenzerlangung führen.

33 Einführung von Prüfungsbefreiungen (Art. 82 und 84)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Bislang sieht das Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule vor, dass Personen, die von der Hochschule anerkannte Vorleistungen erbracht haben, Unterrichtsbefreiungen erhalten können. Die Regierung schlägt vor, dass die Hochschule einen Studierenden nicht nur von der Teilnahme an Unterricht, sondern auch von der Erbringung von Prüfungsleistungen befreien können soll. In einem vorherigen Studium erbrachte Leistungen müssen demnach nicht erneut von der Hochschule geprüft werden. Es besteht daher die erweiterte Möglichkeit für die Hochschule, neben Befreiungen von Unterricht auch die Befreiung von Prüfungsleistungen zu gewähren.

Die Anfrage insbesondere zur Reduzierung der Studiendauer aufgrund von anzuerkennenden Vorleistungen wird in der Realität bereits vor der Einschreibung zum Studium getätigt. Um Planungssicherheit zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, dass die Hochschule eine Frist für die Einreichung des schriftlichen Antrages festlegt.

Im Sinne der ECTS-Richtlinien gilt ein Fach als bestanden, wenn eine angemessene Beurteilung vorliegt, aus der hervorgeht, dass die definierten Lernergebnisse auf dem entsprechenden Niveau erreicht wurden. In diesem Falle werden die angegebenen ECTS-Punkte vergeben. Bislang sieht das Dekret vor, dass eine Unterrichtsbefreiung gewährt wird, wenn mindestens 60% erreicht wurden. Den ECTS-Richtlinien nach ist diese Vorgehensweise nicht kohärent und teilweise nicht durchführbar, wenn für absolvierte Fächer keine Note oder Prozentangabe vorliegt. Daher schlägt die Regierung vor, die Formulierung dahingehend anzupassen, dass lediglich das Bestehen eines Unterrichts nachgewiesen werden muss.

Artikel 82 präzisiert, dass Studierende nicht nur Unterrichtsbefreiungen, sondern Unterrichts- und/oder Prüfungsbefreiungen erhalten können, wenn sie vergleichbare Fächer bereits bestanden haben und einen entsprechenden Antrag bis zu einem von der Hochschule in der Studienordnung vorgegebenen Zeitpunkt einreichen.

Artikel 84 hält fest, dass die Modalitäten, die gegebenenfalls eine Unterrichts- und/oder Prüfungsbefreiung gestatten, in der Studienordnung festgehalten werden.

34 Anpassung der Zulassungsbedingungen zur Zusatzausbildung (Art. 80 und 83)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Seit Gründung der Autonomen Hochschule im Jahr 2005 gab es die Möglichkeit, zusätzlich zu den Pflichtkursen in Französisch (5 ECTS), Einführung in die Förderpädagogik (3 ECTS) sowie Philosophie und Religionskunde (4 ECTS) innerhalb des dreijährigen Bachelorstudiums Lehramt Primarschule eines der sogenannten „Wahlfächer“ im 2. und 3. Studienjahr Lehramt Primarschule zu belegen, nämlich Französisch und Fachdidaktik (6 ECTS), Förderpädagogik (4 ECTS), katholischer Religionsunterricht und Fachdidaktik (6 ECTS) oder nichtkonfessionelle Sittenlehre und Fachdidaktik (6 ECTS).

Das Ausbildungsprogramm der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften sieht jedoch seit einigen Jahren keine Wahlfächer mehr vor. Daher schlägt die Regierung vor, dass sie im Dekret gestrichen werden.

Mit der Abschaffung der Möglichkeit, Wahlfächer in der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften zu absolvieren, wurde die Möglichkeit eröffnet, eine Zusatzausbildung zu absolvieren.

Unterschiedliche Gründe haben zu diesen Änderungen geführt. So wurde mit dem sogenannten Förderdekret im Jahr 2009 und mit der Einführung der Förderpädagogen in Regelschulen im Jahr 2015 die Zusatzausbildung Förderpädagogik (zunächst 10 ECTS, dann 15 ECTS) sowie eine zweijährige Berufserfahrung im Unterrichtswesen schrittweise zu einer Bezeichnungsbedingung für die Lehrkräfte im Amt des Förderpädagogen.

Darüber hinaus gab es einen Fachkräftemangel bei den Lehrern der Philosophischen Fächer Ethik und Katholische Religion, sodass eine Zusatzausbildung von 10 bzw. 15 ECTS für diplomierte Lehrkräfte angeboten wurde.

Die Ausweitung aller Zusatzausbildungen auf 15 ECTS, die im Juni 2016 erfolgte, verfolgte den Anspruch einer qualitativ umfangreicheren Ausbildung mit dem Ziel, die Teilnehmer für ihre beruflichen spezifischen Aufgaben bestmöglich vorzubereiten. Wahlfächer mit diesem Umfang konnten nicht in das reguläre Studienprogramm aufgenommen werden.

In der Erstausbildung wurde im Zuge der Organisation der Zusatzausbildungen nach Überprüfungen der Bachelorstudiengänge im Inland und Ausland der Anteil der Praxis entsprechend erhöht. Ebenfalls ist ein zusätzlicher Unterricht im Bereich Förderpädagogik „Einführung in die ICF“ (1 ECTS) seit dem Studienjahr 2011-2012 Teil des Ausbildungsprogramms des ersten Studienjahrs.

Ausschließlich die Zusatzausbildung Französisch kann bereits während der Erstausbildung zum Primarschullehrer/-in belegt werden. Bedingungen zur Aufnahme der Zusatzausbildung Französisch sind das Französischniveau B1 mit 60% in jeder Kompetenz sowie die Einschreibung ins zweite Studienjahr im Lehramt Primarschule.

Artikel 80 führt ein, dass der Fachbereichsleiter einen Studierenden vor Abschluss der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften zur Zusatzausbildung Französisch zulassen kann, jedoch kann das Diplom der Zusatzausbildung erst nach erfolgreichem Abschluss der Erstausbildung verliehen werden.

Artikel 83 streicht die Wahlfächer im Rahmen der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften.

35 Berücksichtigung von Praktika für Versetzungsentscheidungen in der autonomen Hochschule (Art. 85)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Praktika sind die zentralen Aktivitäten im berufsqualifizierenden Studium. Zunächst dienen sie der Einschätzung der Berufseignung. Sie dienen ebenfalls der Entwicklung von professionellen Kompetenzen in realen Situationen, um im späteren Berufsfeld in anforderungsreichen Situationen entscheidungs- und handlungsfähig zu sein. Im Rahmen der Praxisbegleitung kann die Performanz dieser Kompetenzen beobachtet und beurteilt werden,

wodurch eine studienjahrbezogene Weiterentwicklung und Erreichung der erforderlichen Kompetenzen berufspraktisch eingeschätzt werden können. Daher spielen diese Praktika bei den Versetzungsentscheidungen eine unabdingliche Rolle. Um jegliche diesbezügliche Unklarheit zu beseitigen, schlägt die Regierung vor, Prüfungen und Praktikum im Dekret gleichzusetzen.

Artikel 85 hält fest, dass neben den Prüfungen auch die Praktika – bzw. die Praktikumsphase im Studienbereich Bildungswissenschaften – bestanden sein müssen, damit ein Studierender ins nächsthöhere Studienjahr versetzt werden kann.

36 Anpassung der Bestimmungen hinsichtlich des Diplomzusatzes (Art. 86)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Der Diplomzusatz wird von Hochschuleinrichtungen gemäß den von der EU-Kommission, vom Europarat und der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vereinbarten Standards erstellt. Der Diplomzusatz ist als Hilfe zur Förderung der Anerkennung akademischer Qualifikationen gedacht. Der Diplomzusatz ist ein wichtiges Instrument des Europäischen Hochschulraums für Absolventen, mit dem gewährleistet ist, dass ihre Abschlüsse von Hochschuleinrichtungen, Behörden und Arbeitgebern in ihren Heimatländern und im Ausland anerkannt werden. Er ist allerdings kein Ersatz für den Originalabschluss.

In der Realität benötigen die Studenten der Autonomen Hochschule Ostbelgien lediglich die deutsche Version des Diplomzusatzes. Um den administrativen Aufwand zu verringern, schlägt die Regierung vor, den Diplomzusatz nur auf Anfrage in englischer und/oder französischer Sprache auszustellen.

Artikel 86 legt fest, dass der Diplomzusatz erst auf Anfrage des Studierenden in Englisch und Französisch ausgestellt wird. Die Hochschule stellt den Diplomzusatz für alle Studierenden in deutscher Sprache aus.

37 Anpassung der Kompetenzen im Studienbereich Buchhaltung (Art. 77)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Rechtsgrundlage für die reglementierten Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen wurde 2019 abgeändert, sodass der Verweis im Hochschuldekret abgeändert werden muss.

Artikel 77 passt den Verweis auf das Gesetz über die Berufe im Buchführungs- und Steuerwesen vor dem Hintergrund einer Anpassung dieser gesetzlichen Grundlage an.

38 Ergänzung der Zulassungsbedingungen zur Erstausbildung im Fachbereich Finanzen (Art. 78 und 81)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Es gehört zu den Voraussetzungen eines dualen Studiengangs, dass ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis im Fach vorliegen muss, um den betrieblichen Teil der Ausbildung im Umfang von 20 von 60 ECTS pro Ausbildungsjahr erfüllen zu können. Ein Verlust des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes im Studienfach führt automatisch zum Ausschluss vom Studium, insofern nicht innerhalb von sechs Wochen ein neuer Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag im Studienfach vorgelegt werden kann. Sobald der Student diese Zulassungsbedingung wieder erfüllt, kann das Studium wieder aufgenommen, bzw. fortgeführt werden.

Artikel 78 legt fest, dass zwecks Zulassung zur dualen Erstausbildung in den Studienbereichen Buchhaltung, Bank, Versicherungen und Public and Business Administration neben der Hochschulzugangsberechtigung und der Entrichtung der Einschreibgebühr ein Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag im jeweiligen Studienfach nachgewiesen werden muss.

Artikel 81 legt fest, dass der Verlust des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes von Amts wegen zum Ausschluss vom Studium führt, insofern nicht innerhalb von sechs Wochen ein neuer Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag im Studienfach vorgelegt werden kann.

39 Anpassung des Stellenkapitals im Kindergarten (Art. 62 bis 68)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Regierung schlägt vor, das Stellenkapital im Kindergarten in vier Punkten anzupassen.

Erstens: Nach zahlreichen Gesprächen mit Schulträgern, Schulleitern und Kindergärtnern hat sich als zentrale Herausforderung herauskristallisiert, dass den Kindergärten mit Viertelstellen, halben Stellen und Dreiviertelstellen insofern nicht geholfen ist, als dass mit diesen Teilzeitstellen keine neue Klassengruppen eingerichtet werden können. Punktuell können zwar Klassen in Doppelbesetzung unterrichtet werden, jedoch bleibt die Klassengröße dadurch groß. Daher wird vorgeschlagen, die Normen dahingehend anzupassen, dass künftig nur noch Vollzeitstellen gewährt werden, und zwar bei Erreichen der Norm, ab der zuvor eine zusätzliche Viertel- oder halbe Stelle gewährt wurde. Die neuen Normen haben größere Schülertranchen zur Folge, aber es wird deutlich früher eine zusätzliche Vollzeitstelle geschaffen als bislang. Im laufenden Schuljahr 2022-2023 hätten 28 Kindergartenniederlassungen mehr Stellenkapital erhalten; es hätten sich 14 zusätzliche Stellen im Amt des Kindergärtners ergeben. Negative Auswirkungen hat dieser Vorschlag für keinen Kindergarten.

Zweitens: Es wird vorgeschlagen, einen zusätzlichen Stichtag für die Neuberechnung des Stellenkapitals einzuführen, um Schülerzuwachsen im Laufe des Schuljahres besser Rechnung tragen zu können. Bislang wird das Stellenkapital am 30. September und am fünften Schultag im April Neuberechnet. Ab dem 1. September 2024 werden Kinder, die das Alter von zweieinhalb Jahren erreicht haben, immer nur nach den darauffolgenden Ferien zum Kindergarten zugelassen. Daher wird vorgeschlagen, die Neuberechnung nicht am fünften Schultag im April, sondern am fünften Schultag nach den Osterferien vorzunehmen. Künftig soll es zudem am fünften Schultag im Januar eine Neuberechnung geben.

Drittens: Die Stellenkapitalberechnung im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten orientiert sich an der Anzahl Vollzeitstellen, die einem Kindergarten im Amt des Kindergärtners zur Verfügung stehen. Wenn die Normen im Amt des Kindergärtners ändern, sollten auch die für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten angepasst werden, sodass weiterhin pro Vollzeitäquivalent im Amt des Kindergärtners eine Stunde für fremdsprachliche Aktivitäten gewährt wird. Im Schuljahr 2022-2023 hätten sich durch diese Anpassung 26 Stunden zusätzlich ergeben.

Zudem wird vorgeschlagen, die Regelung für die Neuberechnung dieses Stellenkapitals im Laufe des Schuljahres zu präzisieren, da dies im Rahmen des Dekrets vom 27. Juni 2022 versäumt wurde. Außerdem soll auch dieses Stellenkapital zusätzlich am fünften Schultag im Januar Neuberechnet werden.

Viertens: Um den Schulträgern mehr Flexibilität zu geben und ihnen zu erlauben, besser auf die unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Niederlassungen in ihrer Trägerschaft eingehen zu können, wird vorgeschlagen, dass die Schulträger künftig 50 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten in einem anderen Amt organisieren können sollen. Sie können dabei wählen, ob sie das Stellenkapital im Amt des Kindergartenassistenten, des Kindergärtners, des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten oder im Amt des Fachlehrers für Musik in der Grundschule organisieren.

Da im Schuljahr 2023-2024 lediglich 75 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten gewährt wird, sollte eine Übergangsbestimmung festgelegt werden, nach der in diesem Schuljahr nur 25 % dieses Stellenkapitals in einem anderen Amt organisiert werden kann.

Artikel 62 legt die neuen Normen für die Stellenkapitalzuweisung im Amt des Kindergärtners fest. Die neuen Normen sehen keine Viertel-, halben und Dreiviertelstellen mehr vor, sondern lediglich ganze Stellen. Die Kindergärten erhalten ab dem Zeitpunkt, ab dem bislang eine weitere Viertel- oder halbe Stelle gewährt wurde, künftig sofort die nächste Vollzeitstelle.

Da das Stellenkapital im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten, das per Dekret vom 27. Juni 2022 über die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen im Unterrichtswesen eingeführt wurde, sich an den Normen für die Kindergärtnerstellen orientiert, werden diese Normen ebenfalls angepasst, sodass weiterhin gewährleistet ist, dass ein Kindergarten pro Vollzeitstelle im Amt des Kindergärtners eine Stunde im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten erhält.

Artikel 63 passt den Zeitpunkt der Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners im April an. Zudem führt er einen zusätzlichen Stichtag für die Neuberechnung ein und legt ihn fest auf den fünften Schultag im Monat Januar.

Artikel 64 passt die Regelungen in Bezug auf die Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners und des Fachlehrers für fremdsprachlichen Aktivitäten im Kindergarten an. Zum einen werden die Regelungen für die Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten festgelegt, da dies im Dekret vom 27. Juni 2022 über die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen im Unterrichtswesen versäumt wurde. Zum anderen werden die Modalitäten für die Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners im Laufe des Schuljahres vor dem Hintergrund der Einführung eines zusätzlichen Zeitpunkts für die Neuberechnung im Januar angepasst.

Artikel 65 führt ein, dass der Schulträger 50 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten im Amt des Kindergärtners, des Aufseher-Erziehers, des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten oder des Fachlehrers für Musik in der Grundschule organisieren kann, insofern diese Umwandlung keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge hat.

Artikel 66 führt in Analogie zur Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners einen zusätzlichen Stichtag im Januar für die Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten ein.

Artikel 67 passt die Modalitäten für die Neuberechnung des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten im Laufe des Schuljahres vor dem Hintergrund der Einführung eines zusätzlichen Zeitpunkts für die Neuberechnung im Januar an.

Artikel 68 hält für die Möglichkeit, Stellenkapital im Amt des Kindergartenassistenten in einem anderen Amt zu organisieren, eine Übergangsbestimmung für das Schuljahr 2023-2024 fest. Da im Schuljahr 2023-2024 lediglich 75 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten gewährt werden, können im Schuljahr 2023-2024 lediglich bis zu 25 % des Stellenkapitals im Amt des Kindergartenassistenten in einem anderen Amt organisiert werden.

40 Anpassung der Titelbedingungen im Amt des Aufseher-Erziehers (Art. 12)

Inkrafttreten: 1. Januar 2024

Vor dem Hintergrund des breiten Aufgabenspektrums der Aufseher-Erzieher schlägt die Regierung vor, das Diplom eines Bachelors in sozialer Arbeit als Titel für das Amt des Aufseher-Erziehers einzufügen.

Artikel 12 fügt das Diplom eines Bachelors in sozialer Arbeit als Titel für das Amt des Aufseher-Erziehers hinzu.

41 Schaffung einer zusätzlichen Stelle als Referent für Inklusion und Integration (Art. 101)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Die Regierung schlägt vor, Artikel 4 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration anzupassen.

Hiermit beabsichtigt die Regierung, eine zusätzliche Referentenstelle für den Bereich der Schulberatung für Inklusion und Integration strukturell zu verankern.

Der Aufgabenumfang an die Schulberatung für Inklusion und Integration ist in letzter Zeit stetig gestiegen. Auch ist die Bearbeitung der Aufgaben in ihrer Art und Weise komplexer geworden.

Um die Umsetzung des dekretal festgelegten Auftrags an die Schulberatung für Inklusion und Integration weiterhin zu gewährleisten und inhaltliche Arbeit auf Ebene der Förderpädagogik weiter auszuarbeiten, sind zusätzliche Ressourcen notwendig.

Vor diesem Hintergrund soll eine zusätzliche Vollzeitstelle für den Referenten für Inklusion und Integration geschaffen werden.

Artikel 101 nimmt diese Abänderung des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration vor.

42 Institutionalisierung der Anlehre (Art. 22 bis 26)

Inkrafttreten: 1. Oktober 2022

Nach Abschluss der erfolgreichen ESF-Pilotprojekte berufliche Integration durch Ausbildungsbegleitung in der dualen Ausbildung (BIDA) I, II und II+ wird die Anlehre institutionalisiert.

Die Anlehre, als mögliche Vorbereitung auf die Lehre für Auszubildende mit Vermittlungshemmnissen, sei es auf schulischer oder auf persönlicher und sozialer Ebene wird institutionalisiert. Der Bedarf an Vorbereitung befindet sich auf der Ebene der Förderung von sowohl fachlichen als auch personalen, methodischen und sozialer Kompetenzen. Durch individuelle Betreuung sollen die Auszubildenden die Chance erhalten, trotz zunächst nicht erfüllter Bedingungen für den Einstieg in die Lehre eine klassische Ausbildung zum Gesellen zu absolvieren.

43 Interne und externe Evaluation in den ZAWM (Art. 28, 29 und 30)

Inkrafttreten: 1. Juli 2023

Artikel 28

Aufgrund der Tatsache, dass die aktuelle Formulierung insbesondere zu dem Thema pädagogische Weiterentwicklung der Aktivitäten der Zentren noch nicht explizit genug vorsieht, was an Maßnahmen ergriffen werden kann, erscheint es opportun, dies nochmals zu präzisieren. Da die Zentren einen erheblichen Anteil an der Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte in Ostbelgien haben und das IAWM die Aufgabe hat „zur Entwicklung der Kurse und Tätigkeiten im Rahmen der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen beizutragen, diese zu koordinieren sowie deren pädagogische, administrative und finanzielle Aufsicht zu gewährleisten,“ soll an dieser Stelle präzisiert werden wie dies geschehen kann, nämlich durch interne und externe Evaluation, durch Zielvereinbarungsgespräche mit den einzelnen Direktionsmitgliedern der Zentren, und bei Feststellung gewisser Mängel durch einen durch die ZAWM vorzulegenden Entwicklungsplan und bei Bedarf durch Vorgaben zur Behebung der Qualitätsmängel durch das IAWM. Damit das IAWM seine Aufgabe als Aufsichtsbehörde wahrnehmen kann, braucht es auch adäquate Mittel, um diesen Auftrag zu erfüllen und dies insbesondere in den Punkten 2 und 3 in enger Anlehnung an das, was im Unterrichtswesen bereits seit einigen Jahren üblich ist im Rahmen der Evaluation und der Begleitung der Schulen. (siehe Art. 68ff des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen).

Artikel 29

An dieser Stelle soll dem Thema Qualitätsmanagement nochmals eine ganz besondere Bedeutung zukommen und für den Verwaltungsrat nochmal explizit verdeutlicht werden, dass neben der finanziellen Aufsicht auch das Thema Qualität eine große Rolle spielt und die Geschäftsführung dahingehend Unterstützung des Verwaltungsrates benötigt und dieses Thema auch in der täglichen Arbeit des IAWM einen hohen Stellenwert einnimmt.

Artikel 30

Ansichts der Tatsache, dass der Dekrettext aus dem Jahr 1991 stammt, wurde bisher

die pädagogische Arbeit und das Qualitätsmanagement der Zentren im Dekret nicht angemessen vorgebracht und auch nicht explizit erörtert, woraus sie bestehen. Daher soll auch an dieser Stelle dem Thema Qualitätsmanagement nochmals eine ganz besondere Bedeutung zukommen und verdeutlicht werden. Des Weiteren ist es natürlich nicht tragbar, dass alle Schulen sich in diesem Bereich weiterentwickelt haben und auch im Dekret von 1998 definierte Kriterien zu erfüllen sind und in der dualen Ausbildung aktuell noch nicht einmal die Rede im Dekrettext davon ist, obwohl auch hier auf dem Terrain bereits vieles geleistet und umgesetzt wird, aber nicht die notwendige Sichtbarkeit und Wertschätzung erhält. Daher erscheint es höchste Zeit auch in der dualen Ausbildung Kriterien festzulegen, die die pädagogische Arbeit und das Qualitätsmanagement der Zentren insbesondere mit Fokus auf die pädagogische Entwicklung in den Vordergrund rücken.

44 Erhöhung des Prozentsatzes zur Einforderung und Umverteilung von gewährten Funktionssubventionen zwischen den Schulen eines Trägers (Art. 39)

Inkrafttreten: 1. Juli 2023

Der Träger kann seit dem 1. September 2021 10% der seinen Schulen gewährten Funktionssubventionen von diesen einfordern und an jene Schulen unter seiner Trägerschaft verteilen, deren finanzieller Bedarf größer ist. Diese Maßnahme diene der Sicherung der Solidarität zwischen den Schulen des Trägers und zielte darauf ab, unter möglichst günstigen Voraussetzungen einen qualitativ hochwertigen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler anzubieten.

Ausbildungsangebote und laufende Kosten – bspw. für Gebäude – der Schulen stehen aber nicht zwingend in Relation zu den Funktionssubventionen, die anhand der Schülerzahlen festgelegt werden. Damit der Träger diesen und unvorhersehbaren Herausforderungen flexibler entgegentreten kann, wird auf Anfrage des Trägers des freien subventionierten Unterrichtswesens vorgeschlagen, die Möglichkeit zur Solidarität zwischen den Schulen gleicher Trägerschaft auszuweiten. Ein Träger soll künftig bis zu 30% der seinen Schulen gewährten Funktionssubventionen einfordern und anderen Schulen unter seiner Trägerschaft zuteilen können. Bei der Verteilung der Funktionssubventionen liegt es weiterhin in der Verantwortung des Trägers, auf die Gleichbehandlung seiner Schulen und der sie besuchenden Schüler zu achten.

Artikel 39 hält fest, dass der Schulträger statt 10 % nun 30 % der Funktionssubventionen, die seinen Schulen gewährt wurden, einfordern kann, um diese an jene Schulen unter seiner Trägerschaft zu verteilen, bei denen der größte finanzielle Bedarf besteht.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2023

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1958 ÜBER DAS BESOLDUNGSSTATUT DES LEHR- UND WISSENSCHAFTLICHEN SOWIE DES IHM GLEICHGESTELLTEN PERSONALS DES MINISTERIUMS DES UNTERRICHTSWESENS

Artikel 1 – In Artikel 41 §2 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

„Mindestanzahl Unterrichtsstunden	Teiler
20	20
22	22
24	24
28	28
29	29
30	30
32	32
36	36
38	38“

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 13. AUGUST 1962 ÜBER DIE PMS-ZENTREN

Art. 2 – In Artikel 3 §1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 13. August 1962 über die PMS-Zentren wird die Wortfolge „et professionnelles“ gestrichen.

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 3 – In Artikel 91sexiesdecies Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „die halbe Stelle“ durch die Wortfolge „die halbe oder Dreiviertelstelle“ ersetzt.

Art. 4 – In Artikel 91duodevicies Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch die Dekrete vom 18. Juni 2018 und 28. Juni 2021, wird das Wort „Euro“ durch die Wortfolge „Euro, wenn es sich um eine halbe Stelle handelt, beziehungsweise in Höhe von 375 Euro, wenn es sich um eine Dreiviertelstelle handelt“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel 91undevicies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die

Wortfolge „pro Woche durchschnittlich auf 19 Stunden zu 60 Minuten“ durch die Wortfolge „bei einer halben Stelle pro Woche durchschnittlich auf 19 Stunden zu 60 Minuten. Handelt es sich um eine Dreiviertelstelle beläuft sich die Arbeitszeit pro Woche durchschnittlich auf 28,5 Stunden zu 60 Minuten“ ersetzt.

Art. 6 - Artikel 91viciester desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2017 und 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2 Absatz 1“ gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 91duodetricies definitiv ernannten Berater finden die Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 91octies §1 Absatz 1 und Artikel 169 Nummern 2 bis 4 ebenfalls Anwendung.“

Art. 7 - Artikel 91undequadagries desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 91septies §3 definitiv ernannten Direktionssekretär finden die Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 91octies §1 Absatz 1 und Artikel 169 Nummern 2 bis 4 ebenfalls Anwendung.“

Art. 8 - Artikel 91quadragessexies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 91septies §3 definitiv ernannten Finanz- und Gebäudeverwalter finden die Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 91octies §1 Absatz 1 und Artikel 169 Nummern 2 bis 4 ebenfalls Anwendung.“

Art. 9 - Artikel 91quintagiessemel desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 91septies §3 definitiv ernannten förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiter finden die Artikel 91septies §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 91octies §1 Absatz 1 und Artikel 169 Nummern 2 bis 4 ebenfalls Anwendung.“

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

Art. 10 - In Artikel 7 Nummer 9.1.1. des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-

, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird das Wort „oder“ durch die Wortfolge „oder eines Kindergärtners oder“ ersetzt.

Art. 11 - In Artikel 10 Nummer 18sexies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird das Wort „zehn“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 14 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. April 1977 und den Erlass der Regierung vom 31. August 2000, wird folgender Buchstabe k hinzugefügt:

„k) das Diplom eines Bachelors in Sozialer Arbeit;“

KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 13 - In Artikel 19 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, abgeändert durch den Erlass der Regierung 25. Juni 1996, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Während Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen leistet das Personalmitglied die Hälfte eines vollen Stundenplans. Ergibt der Bruch der Verringerung keine ganze Zahl, wird bei Personalmitgliedern der Kategorie des Lehrpersonals mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonals bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.“

Art. 14 - In Artikel 24 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Beginnt der Urlaub nicht am 1. September des laufenden Schuljahres, sondern zu einem anderen Zeitpunkt, kann er in Abweichung von Absatz 1 auf Antrag des Personalmitglieds bis zum 31. August des laufenden Schuljahres gewährt werden.“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

Art. 15 - In Artikel 3 §1.2 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch die Dekrete vom 18. Juni 2018 und vom 27. Juni 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 können die Stellen im Amt des Middle Managers in Form von Halbtags- oder Dreiviertelstellen organisiert oder subventioniert werden.“

Art. 16 – In Artikel 7 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass Nummer 61 vom 20. Juli 1982, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 darf die Stelle des IT-Beauftragten ebenfalls in eine Viertelstelle und eine Dreiviertelstelle aufgeteilt und entsprechend auf zwei Personalmitglieder verteilt werden.“

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 297 VOM 31. MÄRZ 1984 ÜBER DIE PLANSTELLEN, GEHÄLTER, GEHALTSSUBVENTIONEN UND DIE URLAUBE WEGEN VERKÜRZTER DIENSTLEISTUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PMS-ZENTREN

Art. 17 – In Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, abgeändert durch das Gesetz vom 31. Juli 1984 und den Königlichen Erlass Nummer 453 vom 29. August 1986, wird folgender §3 eingefügt:

„§3 - In der zweiten und dritten Stufe des Regelsekundarschulwesens beläuft sich die Anzahl wöchentlich zu leistender Unterrichtsstunden im Amt des Lehrers für Berufspraxis im Falle einer Vollzeitbeschäftigung auf mindestens 29 Stunden und höchstens 31 Stunden.“

Art. 18 – In Artikel 10 §1 Absatz 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996, wird folgender Satz eingefügt:

„Ergibt der Bruch der Verringerung keine ganze Zahl, wird bei Personalmitgliedern der Kategorie des Lehrpersonals mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonals bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.“

Art. 19 – In Artikel 10bis §2 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird folgender Satz eingefügt:

„Ergibt der Bruch der Verringerung keine ganze Zahl, wird außer bei den Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und dem an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonal bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.“

KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 29. JUNI 1984 ÜBER DIE ORGANISATION DES SEKUNDARSCHULWESENS

Art. 20 – Artikel 15 Nummer 3 Buchstabe b) des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 22. Juni 1989, wird wie folgt ersetzt:

„b) die Schüler, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines diesem gleichgestellten Studiennachweises sind und mindestens 16 Jahre alt sind; die Wahl einer Studienrichtung unterliegt jedoch dem positiven Gutachten des Zulassungsrates.“

KAPITEL 9 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Art. 21 - In Artikel 1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, werden folgende Nummern 4, 5 und 6 eingefügt:

„4. Schulinspektion: gemäß dem Dekret vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration eingesetzter Dienst, der die ihm durch dasselbe Dekret zugewiesenen Aufgaben wahrnimmt;

5. Förderausschuss: der in Artikel 93.24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführte Förderausschuss;

6. Datenschutz-Grundverordnung die Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.“

Art. 22 - Artikel 5 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

2. Folgende Nummer 1 wird eingefügt:

„1. die Anlehre, als individuelle Vorbereitung auf die Lehre für Personen, die aufgrund unzureichender schulischer oder sozialer Kompetenzen einer gezielten Förderung vor der Lehre bedürfen;“

3. Die bisherigen Nummern 1 und 2 werden zu den Nummern 2 und 3.

Art. 23 - In Artikel 6 desselben Dekrets wird vor dem Wort „Lehre“ das Wort „Anlehre,“ eingefügt.

Art. 24 - In das Kapitel II Abschnitt I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Unterabschnitt 1, der den Artikel 6.2 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 1- Die Anlehre“

Art. 25 - In das Kapitel II Abschnitt I Unterabschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 6.2 eingefügt:

„Art. 6.2 - §1 - Die Anlehre umfasst eine praktische Ausbildung in einem durch das Institut anerkannten Ausbildungsbetrieb, die durch Vorbereitungskurse auf die Lehre ergänzt wird.

Unter Ausbildungsbetrieb versteht man einen Betrieb der Wirtschaft, eine vergleichbare Einrichtung der Angehörigen freier Berufe oder eine vergleichbare Einrichtung des öffentlichen Dienstes.

§2 - Die Anlehre setzt voraus, dass für dessen Dauer ein Lehrvertrag durch die Vermittlung eines Lehrlingssekretärs abgeschlossen wird.

§3 - Durch den Lehrvertrag:

1. verpflichtet sich der Betriebsleiter, dem Auszubildenden eine allgemeine, technische und praktische Grundausbildung als Vorbereitung auf die Lehre zu erteilen oder erteilen zu lassen;

2. verpflichtet sich der Auszubildende, die Berufspraxis unter der Leitung und Aufsicht des Betriebsleiters und oder Ausbilders zu erlernen und an den für seine Ausbildung notwendigen Kursen, Tests und Prüfungen teilzunehmen.

§4 - Die Teilnahme an den in §3 erwähnten Kursen, Tests und Prüfungen und die in den §§2 und 3 erwähnte Intervention des Lehrlingssekretärs sind für den Lehrling beziehungsweise für die Eltern oder den Vormund des Lehrlings kostenlos.

§5 - Die Regierung legt nach Gutachten des Instituts fest:

1. die Bedingungen für die Zulassung zur Anlehre;
2. die Bedingungen, die die Betriebe erfüllen müssen, um eine praktische Ausbildung im Rahmen des Lehrvertrages zu erteilen, sowie die Bedingungen, gemäß denen einem Betrieb die Genehmigung zur Ausbildung von Auszubildenden entzogen werden kann.
3. die Dauer der Anlehre;
4. die Periode für den Abschluss der Lehrverträge;
5. die Bestimmungen in Bezug auf Inhalt, Form, Genehmigung und Entzug des Lehrvertrages;
6. die Bedingungen für die Durchführung der Kurse, Tests und Prüfungen;
7. die Bedingungen, unter denen Zertifikate über erbrachte Teilleistungen vergeben werden können.“

Art. 26 – Das bisherige Kapitel II Abschnitt I Unterabschnitt 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird zu Kapitel II Abschnitt I Unterabschnitt 1.1.

Art. 27 - In Artikel 7 §7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird folgende Nummer 6.1 eingefügt:

„6.1. die Bedingungen, unter denen Auszubildende mit besonderem Förderbedarf zusätzlich unterstützt werden können; unter Auszubildende mit besonderem Förderbedarf versteht man:

- a) Auszubildende mit einer sensorischen Beeinträchtigung oder einer Wahrnehmungsstörung;
- b) Auszubildende mit Teilleistungsstörungen;
- c) Auszubildende mit einer körperlichen Beeinträchtigung oder einer vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung.“

Art. 28 - Artikel 16 desselben Dekretes, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird folgende Wortfolge eingefügt:

„hierzu finden halbjährlich Zielvereinbarungsgespräche zwischen der Direktion des Instituts und der Direktion der Zentren statt, in deren Rahmen konkrete Zielsetzungen vereinbart werden und Zielsetzungen zur Qualitätssicherung gegebenenfalls durch die Direktion des IAWM vorgegeben werden können.“

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Zur Ausführung der in Absatz 1 Nummer 1 angeführten Aufgaben kann das Institut interne und externe Evaluationsverfahren einsetzen, die darauf abzielen:

1. zu prüfen, mit welcher Qualität die Zentren dem im vorliegenden Dekret festgelegten Auftrag gerecht werden;
2. ob und in welchem Maße die Organisationsstrukturen und die Methoden und Ergebnisse der pädagogischen Arbeit der Zentren geeignet sind, die Ziele des pädagogischen Projektes zu erreichen;
3. eine wissenschaftliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Zentren zu bieten.“

3. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Zur Ausführung der in Absatz 1 Nummer 1 angeführten Aufgaben kann das Institut begründeten Fällen Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung anordnen, initiieren und die Ergebnisse überprüfen. Sollte die Evaluation ergeben, dass die Qualität der Aktivitäten an den Zentren unzureichend ist, erfolgt eine Weisung durch das Institut

in einem bestimmten Zeitrahmen die festgestellten Qualitätsmängel zu beheben. Zu diesem Zweck reichen die Zentren einen durch das Institut zu genehmigenden Entwicklungsplan ein, der die konkreten Maßnahmen benennt, terminiert und deren Umsetzung beschreibt. Im Rahmen einer durch das Institut zeitlich festgelegten Nachevaluation wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen anschließend erneut überprüft.“

Art. 29 - In Artikel 21 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Verwaltungsrat unterstützt die Direktion bei der Entwicklung des Qualitätsmanagements in den anerkannten Zentren und bei der Umsetzung der in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 angeführten halbjährlichen Zielvereinbarungsgesprächen mit den Direktionsmitgliedern der Zentren festgehaltenen Zielen.“

Art. 30 - In Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021 wird folgender Artikel 28.1 eingefügt:

„Art. 28.1 - Um die nachhaltige Qualitätssicherung und -entwicklung zu gewährleisten und anerkannt zu bleiben, legen die Zentren dem Institut jährlich bis zum 31. Mai ein pädagogisches Projekt vor, das durch den Verwaltungsrat des Instituts genehmigt werden muss. Dieses pädagogische Projekt umfasst mindestens folgende Elemente:

1. die Ausgangslage der Zentren, d. h. den aktuellen Entwicklungsstand der Zentren unter Berücksichtigung der außerschulischen und innerschulischen Gegebenheiten;
2. das pädagogische Leitbild der Zentren, das die Grundhaltung oder Wertvorstellungen beinhaltet, an denen die Zentren sich in all ihren Tätigkeiten orientieren;
3. das Ausführungsprogramm, das die Maßnahmen zur Umsetzung des pädagogischen Gesamtkonzepts beinhaltet und die Umsetzung der zentrumsinternen Entwicklungsschwerpunkte festhält. Dazu gehören:
 - a) die Festlegung der Entwicklungsziele
 - b) den Entwicklungsplan mit Maßnahmen zur Umsetzung
 - c) im Rahmen eines festgelegten internen Evaluationsverfahrens die konkrete Überprüfung der Zielerreichung
 - d) die Festlegung neuer oder zusätzlicher Entwicklungsschwerpunkte bzw. deren Anpassung
4. ein Konzept zur kompetenzorientierten Leistungsermittlung und -bewertung
5. das zentrumsinterne Curriculum, das sich aus Fachcurricula und Teilcurricula zu zentrumsinternen Entwicklungsschwerpunkten zusammensetzt;
6. ein Konzept zum Beschwerdemanagement und einen jährlichen Ergebnisbericht.“

Art. 31 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IV.1, das die Artikel 34.1 bis 34.7 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IV.1 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ“

Art. 32 - In das Kapitel IV.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 34.1 eingefügt:

„Art. 34.1 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Institut, die anerkannten Zentren sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 33 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.2 eingefügt:

„Art. 34.2 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 34.3 sind das Institut und die anerkannten Zentren unter Beachtung der Befugnis- und Aufgabenverteilung für die Verarbeitung der in Artikel 34.4

erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Das Institut und die anerkannten Zentren gelten für ihre Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Das Institut und die anerkannten Zentren erheben und verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben, insbesondere was die in Kapitel IV angeführten Aufgaben des Instituts und Ziele der anerkannten Zentren betreffen. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.“

Art. 34 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.3 eingefügt:

„Art. 34.3 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit, die die körperliche Tauglichkeit der betroffenen Auszubildenden betreffen, den vereinbarten Beruf auszuüben, findet unter der Verantwortung des Direktors des Instituts statt. Der Direktor des Instituts weist in diesem Zusammenhang den betroffenen Lehrlingssekretär auf seine Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit in Bezug auf Auszubildende mit besonderem Förderbedarf findet unter der Verantwortung des Direktors des betroffenen anerkannten Zentrums, der Schulinspektion, des zuständigen Dienstes des Zentrums für Förderpädagogik, des betroffenen Lehrlingssekretärs und des Förderausschusses statt.“

Art. 35 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.4 eingefügt:

„Art. 34.4 - Datenkategorien

Das Institut und die Zentren sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, können alle gemäß Artikel 34.2 Absatz 2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. folgende Daten in Bezug auf den Auszubildenden:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben des Auszubildenden;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten;
 - d) Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung des Auszubildenden;
 - e) Daten zur Familiensituation des Auszubildenden;
 - f) Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Auszubildenden in Verbindung mit Abhilfemaßnahmen im Bildungsbereich;
 - g) Daten zur Inanspruchnahme von Prämien im Rahmen von Systemen der dualen Ausbildung;
2. folgende Daten in Bezug auf die anerkannten Zentren, ihre Dienstleister und ihre jeweiligen Personalmitglieder:
 - a) Daten zur Identität der Personalmitglieder des Zentrums und seiner Dienstleister;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur beruflichen Situation und zur beruflichen Qualifikation der Personalmitglieder des Zentrums und seiner Dienstleister;
 - d) gerichtliche Daten in Bezug auf Personalmitglieder des Zentrums und seiner Dienstleister;

3. folgende Daten in Bezug auf die anerkannten Betriebsleiter, Ausbilder und Mentoren im Betrieb:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben der anerkannten Betriebsleiter, Ausbilder und Mentoren im Betrieb;
- b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Ausbildung beziehungsweise beruflichen Erfahrung der anerkannten Betriebsleiter, Ausbilder und Mentoren im Betrieb;
- d) Daten zu den pädagogischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der anerkannten Betriebsleiter, Ausbilder und Mentoren im Betrieb;
- e) Daten zur Inanspruchnahme von Prämien im Rahmen von Systemen der dualen Ausbildung;
- f) gerichtliche Daten in Bezug auf die anerkannten Betriebsleiter, Ausbilder und Mentoren im Betrieb.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 angeführten Datenkategorien.“

Art. 36 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.5 eingefügt:

„Art. 34.5 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Das Institut greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung seiner Aufgaben gemäß Artikel 16 bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt das Institut in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 37 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.6 eingefügt:

„Art. 34.6 - Verpflichtung zur Zusammenarbeit

§1 – Die Beschäftigten des Instituts und der Zentren arbeiten mit öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen zusammen, die im Interesse der Ausbildung oder Weiterbildung, der sozialen Absicherung, der gesunden Entwicklung und der beruflichen Eingliederung des Auszubildenden Dienstleistungen anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann das Institut mit dem Einverständnis des Auszubildenden Informationen austauschen, die den Auszubildenden oder die in Anspruch genommenen oder empfohlenen Ausbildungen oder Weiterbildung betreffen.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

§2 – Zur Ausübung seiner in Kapitel IV angeführten Aufgaben arbeitet das Institut mit Arbeitgebern und Dienstleistern zusammen, die Ausbildungen oder Weiterbildungen anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann das Institut mit dem Einverständnis des Auszubildenden Informationen austauschen, die den Auszubildenden oder die Qualifizierungen betreffen.

§3 – Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde:
1. die Personengruppen, mit denen Informationen ausgetauscht werden können;
2. die Datenkategorien, die mit dem Einverständnis des Auszubildenden ausgetauscht werden können.“

Art. 38 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 34.7 eingefügt:
„Art. 34.7 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten werden nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die Dauer der Datenverarbeitung.“

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. APRIL 1994 ZUR FESTLEGUNG DES BETRAGES DER FUNKTIONSSUBVENTIONEN FÜR DAS SUBVENTIONIERTES UNTERRICHTSWESEN

Art. 39 – In Artikel 2quinquies Absatz 1 des Dekrets vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Angabe „10 %“ durch die Angabe „30 %“ ersetzt.

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 40 – Artikel 3bis §1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001, wird aufgehoben.

KAPITEL 12 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 41 - Artikel 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. – In Nummer 37 Buchstabe a) wird die Angabe „3“ durch die Angabe „2,5“ ersetzt.
2. Folgende Nummer 44 wird eingefügt:
„44. Hausaufgaben: Aufgaben, die der Lehrer den Schülern zum Vertiefen der in der Klasse erarbeiteten Kompetenzen und zur Vorbereitung auf Tests sowie Prüfungen erteilt und die die Schüler in der unterrichtsfreien Zeit in der Schule oder zu Hause erledigen.“

Art. 42 – Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge „den Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beziehungsweise“ wird durch die Wortfolge „dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft und“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„Um dem in Absatz 1 angeführten Auftrag gerecht zu werden, setzen die Regelschulen mindestens folgende Aktivitäten um, die im Unterricht vor- und nachbereitet werden:

1. Mit dem Ziel der praktischen Veranschaulichung der Arbeitswelt organisieren die Primarschulen eine Berufserkundung für die Schüler der Oberstufe. Diese Erkundung eines Berufsfelds vor Ort erfolgt als kollektives Instrument im Klassenverband.

2. Die Sekundarschule gewährleistet, dass jeder Schüler ein digitales Schülerportfolio zur beruflichen Orientierung anlegt, das den Schüler durch seine Schullaufbahn in der Sekundarschule begleitet, und dass dieses fortlaufend erweitert wird.

3. Mit dem Ziel, die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche in einem individuell ausgewählten Berufsfeld kennenzulernen und seinen Berufswunsch mit der Realität zu konfrontieren, absolviert der Schüler in der ersten Sekundarstufe eine mindestens eintägige Hospitation, die der Schüler selbst organisiert. Die Schule unterstützt den Schüler bei Bedarf.

4. Mit dem Ziel, sich einen Gesamtüberblick über den Aufbau, die möglichen Funktionen, die verschiedenen Betriebsabläufe und Abteilungen eines Betriebs zu gewähren, organisieren die Sekundarschulen eine Betriebserkundung für die Schüler des 3. Sekundarschuljahres. Diese Betriebserkundung erfolgt als kollektives Instrument im Klassenverband.

5. Im 4. Sekundarschuljahr absolvieren die mindestens 15 Jahre alten Schüler ein mindestens dreitägiges Praktikum, welches während der Unterrichtszeit stattfindet und vom Schüler selbst organisiert wird. Die Schule unterstützt den Schüler bei Bedarf. Schüler des 4. Sekundarschuljahres, die das Alter von 15 Jahren nicht erreicht haben, absolvieren eine Hospitation.

6. Mit dem Ziel, dem Schüler seine Stärken, Fähigkeiten und besonderen Interessen bewusst zu machen, organisiert die Sekundarschule in der dritten Stufe eine begleitete Selbstreflexion als Kollektivangebot. Ausgehend von dieser ersten Selbstreflexion in der Gruppe kann der Schüler im Anschluss auf freiwilliger Basis individuelle Angebote in Anspruch nehmen, die die Schule in Zusammenarbeit mit externen Experten gewährleistet.“

Art. 43 – In Artikel 32 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 – Eine Regelsekundar- oder Fördersekundarschule darf keine Entschädigung von den Erziehungsberechtigten verlangen für:

1. verteilte Kopien;
2. Tagebücher;
3. die Funktionskosten der Schule;
4. die Kosten für die Diplomausstellung.“

Art. 44 – In Kapitel IV Abschnitt 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 33.1 eingefügt:

„Art. 33.1 – *Pflicht zur Einschreibung*

Mit der Einschreibung an einer Schule akzeptieren die Erziehungsberechtigten für den minderjährigen Schüler oder die volljährigen Schüler die Schulordnung, das Erziehungs- und das Schulprojekt.

Unbeschadet der Artikel 25, 26, 27, 33, 35, 36 und 37 gilt der minderjährige Schüler als von Jahr zu Jahr in derselben Schule eingeschrieben, solange die Erziehungsberechtigten die Schule nicht schriftlich über eine Abmeldung in Kenntnis setzen.

Ein volljähriger Schüler ist verpflichtet, sich jedes Jahr erneut einzuschreiben, wenn er seine Schulausbildung an derselben Schule fortsetzen möchte. Im Falle einer Ablehnung der

Einschreibung ist dem volljährigen Schüler die Begründung durch einen eingeschriebenen Brief mitzuteilen.“

Art. 45 - Artikel 75bis desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2008 und abgeändert durch die Dekrete vom 25. Mai 2009 und vom 25. Juni 2012, wird zu Artikel 75.1.

Art. 46 - In das Kapitel VIII desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Abschnitt 1.1, der die Artikel 75.2 und 75.3 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 1.1 – Hausaufgaben“

Art. 47 - In das Kapitel VIII Abschnitt 1.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 75.2 eingefügt:

„Art. 75.2 - Allgemeine Grundsätze zu den Hausaufgaben

Hausaufgaben in allen Primar- und Sekundarschulen sind dem Unterrichtsniveau der Schüler angepasst.

Die Lehrer erteilen Hausaufgaben in einer Weise, dass die Schüler diese inhaltlich ohne die Hilfe einer Drittperson erledigen können.

Die Schule stellt die zum Bearbeiten der Hausaufgaben notwendigen Dokumente kostenlos zur Verfügung. Bei Bedarf ermöglicht sie dem Schüler zudem den Zugang zur Schulmediothek und die Nutzung von digitalen Geräten in der Schule.“

Art. 48 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 75.3 eingefügt:

„Art. 75.3. – Hausaufgaben in Grund- und Sekundarschule

§1 - Im Kindergarten werden keine Hausaufgaben erteilt.

§2 - In den ersten beiden Studienjahren der Primarschule können ausschließlich Hausaufgaben zur Förderung wesentlicher Kompetenzen in den Fächern Unterrichtssprache, Mathematik und erste Fremdsprache erteilt werden. Die Dauer der Hausaufgaben beträgt höchstens 15 Minuten pro Werktag. Die Schulferien gelten hier nicht als Werktag. Für jede Hausaufgabe wird zeitnah eine Bewertung vorgenommen, die ausschließlich einen formativen Charakter hat.

§3 – Im dritten bis sechsten Studienjahr der Primarschule und im ersten bis dritten Studienjahr der Sekundarschule sorgt der Schulträger dafür, dass jede Schule durch Verankerung der Hausaufgabenregelung in der Schulordnung und unter Wahrung der pädagogischen Verantwortung jedes Lehrers oder jeder Einzelschule:

1. die Dauer der Hausaufgaben auf höchstens 20 Minuten pro Werktag im dritten und vierten Studienjahr der Primarschule und auf höchstens 30 Minuten pro Werktag im fünften und sechsten Studienjahr der Primarschule begrenzt. Die Schulferien gelten hier nicht als Werktag.

2. die Hausaufgaben in Verbindung mit Lernprozessen konzipiert, die während der Unterrichtszeit stattgefunden haben oder stattfinden werden. In keinem Fall dürfen sich die Hausaufgaben auf den Erwerb von Voraussetzungen beziehen, die für den Einstieg in die im Unterricht organisierten Lernprozesse unerlässlich sind;

3. bei der Festlegung des Inhalts der Hausaufgaben, die durch den Lehrer individuell gestaltet wird, den Kompetenzstand und das Tempo jedes Schülers berücksichtigt;

4. für jede Hausaufgabe zeitnah eine Bewertung oder eine Rückmeldung vornimmt, die ausschließlich einen formativen Charakter hat;

5. dem Schüler eine angemessene Zeit für die Erledigung der Hausaufgaben einräumt, so dass diese dem Erlernen von Zeitmanagement und Selbstständigkeit dienen.

§4 – Im vierten bis siebten Studienjahr der Sekundarschule sorgt der Schulträger dafür, dass jede Schule durch Verankerung der Hausaufgabenregelung in der Schulordnung und unter Wahrung der pädagogischen Verantwortung jedes Lehrers oder jeder Einzelschule die in §3 Nummern 3 bis 5 angeführten Bestimmungen einhält, wobei die Bewertung der Hausaufgabe vorrangig einen formativen Charakter hat.“

Art. 49 – In Artikel 93.24 §1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 4 ist bei den Sitzungen, in denen der Förderausschuss über Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen oder den Notenschutz oder über die Verlängerung dieser Maßnahmen in Bezug auf Auszubildende mit besonderem Förderbedarf berät, eine vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vorgeschlagene Person anwesend.“

Art. 50 – Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In §5 Absatz 1 Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In §5 Absatz 1 wird folgende Nummer 11 eingefügt:

„11. Aufsichten während der Mittagspause in der Grundschule verrichten.“

3. In §5 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 2 kann der Kindergartenassistent die in Absatz 1 Nummern 2 bis 4 angeführten Aufgaben punktuell ohne die Anwesenheit eines Kindergärtners wahrnehmen.“

4. In §7 Absatz 1 Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. In §7 Absatz 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8. Aufsichten während der Mittagspause in der Grundschule verrichten.“

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 51 – In das Kapitel II Abschnitt 2 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums wird folgender Artikel 20.1 eingefügt:

„Art. 20.1 - Personalmitglieder, die eine Beschäftigung mit Gewinnerzielungsabsicht außerhalb des Unterrichtswesens ausüben oder ausüben werden, informieren den Schulträger schriftlich über Art und Umfang der Beschäftigung.“

Art. 52 – Artikel 23 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 53 – In Artikel 27 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und Artikel 23“ gestrichen.

Art. 54 – In Artikel 62.15 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „die halbe Stelle“ durch die Wortfolge „die halbe oder Dreiviertelstelle“ ersetzt.

Art. 55 – In Artikel 62.17 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch die Dekrete vom 18. Juni 2018 und 28. Juni 2021, wird das Wort „Euro“ durch die Wortfolge „Euro, wenn es sich um eine halbe Stelle handelt, beziehungsweise in Höhe von 375 Euro, wenn es sich um eine Dreiviertelstelle handelt“ ersetzt.

Art. 56 – In Artikel 62.18 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „pro Woche durchschnittlich auf 19 Stunden zu 60 Minuten“ durch die Wortfolge „bei einer halben Stelle pro Woche durchschnittlich auf 19 Stunden zu 60 Minuten. Handelt es sich um eine Dreiviertelstelle beläuft sich die Arbeitszeit pro Woche durchschnittlich auf 28,5 Stunden zu 60 Minuten“ ersetzt.

Art. 57 - Artikel 62.21 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2017 und 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „sowie §2 Absatz 1“ gestrichen.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 62.26 definitiv eingestellten Berater finden die Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 ebenfalls Anwendung.“

Art. 58 - Artikel 62.37 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch die Dekrete vom 22. Juni 2020 und vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 62.6 §3 definitiv eingestellten Direktionssekretär finden die Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 ebenfalls Anwendung.“

Art. 59 - Artikel 62.44 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 62.6 §3 definitiv eingestellten Finanz- und Gebäudeverwalter finden die Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 – 5, Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 ebenfalls Anwendung.“

Art. 60 - Artikel 62.49 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „und §2“ gestrichen.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Auf den in Anwendung von Artikel 62.6 §3 definitiv eingestellten förderpädagogischen Schul- und Lernbegleiter finden die Artikel 62.6 §2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3 bis 5, Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 ebenfalls Anwendung.“

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

Art. 61 – Artikel 42 §1 Absatz 2 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird wie folgt abgeändert:

1. Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt ersetzt:
„1. von 50 bis 99 Schüler: zwei Viertelstellen;
2. von 100 bis 149 Schüler: drei Viertelstellen;
3. ab 150 Schülern: eine Vollzeitstelle.“
2. Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 62 – Artikel 53 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelsekundarschulwesen, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 53 – *Stellenanzahl*

Im Vorschulwesen erhält der Schulträger entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. Bis 19 Schüler: 1 Vollzeitstelle
2. 20-32 Schüler: 2 Vollzeitstellen
3. 33-55 Schüler: 3 Vollzeitstellen
4. 56-78 Schüler: 4 Vollzeitstellen
5. 79-100 Schüler: 5 Vollzeitstellen
6. 101-123 Schüler: 6 Vollzeitstellen
7. 124-145 Schüler: 7 Vollzeitstellen
8. Für jede weitere angefangene Gruppe von 20 Schülern: eine zusätzliche Stelle.

Zusätzlich zu den in den Absatz 1 angeführten Stellen erhält der Schulträger im Vorschulwesen entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stunden für den Einsatz von Fachlehrern für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten:

1. bis 19 Schüler: 1 Stunde
2. 20-32 Schüler: 2 Stunden
3. 33-55 Schüler: 3 Stunden
4. 56-78 Schüler: 4 Stunden
5. 79-100 Schüler: 5 Stunden
6. 101-123 Schüler: 6 Stunden
7. 124-145 Schüler: 7 Stunden
8. Für jede weitere angefangene Gruppe von 20 Schülern: eine zusätzliche Stunde.“

Art. 63 – Artikel 56 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender §1.1 wird eingefügt:
„§1.1 – Auf Antrag des Schulträgers erfolgt am fünften Schultag des Monats Januar eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die während des Monats Dezember und bis zum fünften Schultag des Monats Januar des laufenden Schuljahres an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren.“

2. In §2 Absätze 1 und 2 wird die Wortfolge „des Monats April“ jeweils durch die Wortfolge „nach den Osterferien“ ersetzt.

Art. 64 – Artikel 57 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §2 Absatz 1 wird die Angabe „53“ durch die Angabe „53 Absatz 1“ und das Wort „Halbzeitstelle“ durch das Wort „Stelle“ ersetzt;

2. In §2 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das gemäß Artikel 53 Absatz 2, 54 und 56 §1 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Stunde ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.“

3. In §2 wird in Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Angabe „Absatz 1“ jeweils durch die Angabe „Absatz 1 und 2“ ersetzt.

4. Folgender §2.1 wird eingefügt:

„§2.1 – Das gemäß Artikel 53 Absatz 1, 54 und 56 §1.1 ermittelte Stellenkapital steht vom sechsten Schultag des Monats Januar bis zum letzten Schultag zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Stelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.

Das gemäß Artikel 53 Absatz 2, 54 und 56 §1.1 ermittelte Stellenkapital steht vom sechsten Schultag des Monats Januar bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Stunde ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.“

5. In §3 wird die Angabe „53“ durch die Angabe „53 Absatz 1“, das Wort „Viertelstelle“ durch das Wort „Stelle“ und die Angabe „1. Oktober“ durch die Wortfolge „sechsten Tag des Monats Januar“ ersetzt.

6. In §3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Das gemäß Artikel 53 Absatz 2, 54 und 56 § 2 ermittelte Stellenkapital steht vom sechsten Schultag nach den Osterferien bis zum letzten Schultag zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Stunde mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am sechsten Tag des Monats Januar für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.“

Art. 65 – In Kapitel VI Abschnitt 3.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird folgender Artikel 64.1.1 eingefügt:

„Art. 64.1.1 – Der Schulträger kann bis zu 50 % des gemäß Artikel 64.1 ermittelten Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners, im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten, des Aufseher-Erziehers oder im Amt des Fachlehrers für Musik in der Grundschule organisieren.

Die Entscheidung des Schulträgers, Stellenkapital, das im Amt des Kindergartenassistenten gewährt wurde, in einem anderen Amt zu organisieren, darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.“

Art. 66 – Artikel 64.4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender §1.1 wird eingefügt:

„§1.1 – Auf Antrag des Schulträgers erfolgt am fünften Schultag des Monats Januar eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die während des Monats Dezember und bis zum fünften Schultag des Monats Januar des laufenden Schuljahres an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren.“

2. In §2 Absätze 1 und 2 wird die Wortfolge „des Monats April“ jeweils durch die Wortfolge „nach den Osterferien“ ersetzt.

Art. 67 – Artikel 64.5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender §2.1 wird eingefügt

„§2.1 – Das gemäß Artikel 64.1, 64.2 und 64.4 §1.1 ermittelte Stellenkapital steht vom sechsten Schultag des Monats Januar bis zum letzten Schultag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Halbzeitstelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober gewährt wurde.“

2. In §3 wird die Wortfolge „des Monats April“ durch die Wortfolge „nach den Osterferien“ ersetzt und die Angabe „1. Oktober“ durch die Wortfolge „sechsten Tag des Monats Januar“ ersetzt.

Art. 68 – In Artikel 84quater desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2018 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„Im Schuljahr 2023-2024 kann der Schulträger bis zu 25 % des gemäß Artikel 64.1 ermittelten Stellenkapitals im Amt des Kindergärtners, im Amt des Fachlehrers für fremdsprachliche Aktivitäten im Kindergarten oder im Amt des Fachlehrers für Musik in der Grundschule organisieren.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 2002 ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON FINANZIELLEN MITTELN FÜR PÄDAGOGISCHE ZWECKE IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 69 – Artikel 3 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. Verteilte Kopien, Tagebücher und die Diplomausstellung in einer Regelsekundar- oder Fördersekundarschule.“

Art. 70 – Artikel 4 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3 einleitender Satz wird das Wort „Fördergrundschulen“ durch das Wort „Förderschulen“ ersetzt.

2. In §1 Absatz 3 Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

3. In §1 Absatz 3 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. Sekundarschulwesen: 100 Euro pro Schüler.“

4. §5 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Als Basisindex gilt der Index des Monats September des Jahres 2002, mit Ausnahme der in §1 Absatz 3 angeführten Beträge. Für die in §1 Absatz 3 Nummer 1 und 2 angeführten Beträge gilt der Index des Monats September des Jahres 2014 als Basisindex. Für die in §1 Absatz 3 Nummer 3 angeführten Beträge gilt der Index des Monats September des Jahres 2023 als Basisindex. Für die Berechnung der Anpassung wird jeweils der Index des Monats September des laufenden Jahres berücksichtigt.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 6. JUNI 2005 ÜBER MAßNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2005

Art. 71 – In Artikel 23 Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe b) des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird die Wortfolge „am Tag des Ereignisses oder am darauffolgenden Tag“ durch die Wortfolge „am Tag des Ereignisses oder – wenn dieser Tag auf einen Sonntag, einen Feiertag oder einen arbeitsfreien Tag fällt – am Tag, der dem Tag des Ereignisses vorangeht oder folgt“ ersetzt.

KAPITEL 17 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 72 – Artikel 1.3 Nummer 18 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird wie folgt ersetzt:

„18. Vorbereitungsjahr: Jahr, das auf die Prüfung zur Erlangung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichtes vor dem Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht vorbereitet.“

Art. 73 – In Artikel 2.2 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften“ durch die Wortfolge „Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften“ ersetzt.

Art. 74 – Artikel 2.6 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 24. Oktober 2011 und vom 6. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften“ durch die Wortfolge „Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften“ ersetzt.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Zum Fachbereich Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften gehören die Studienbereich Krankenpflege und Soziale Arbeit. Die Erstausbildung im Studienbereich Krankenpflege wird mit dem Brevet oder Bachelor in Krankenpflege abgeschlossen. Die Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit wird mit dem Bachelor in Soziale Arbeit abgeschlossen. Absolventen des Studienbereichs Soziale Arbeit sind berechtigt, in Belgien den Titel „Sozialarbeiter“ zu tragen.“

Art. 75 – In den Titel II Untertitel 3 Kapitel 2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird folgender Artikel 2.7.1 eingefügt:

„Art. 2.7.1 – *Kompetenzen im Studienbereich Soziale Arbeit*

§1 – Die Erstausbildung wird in einer Weise organisiert, die es dem Studenten ermöglicht, mindestens nachfolgende Kompetenzen zu entwickeln:

1. die grundlegende Fähigkeit, mit anderen Menschen professionell zu interagieren, zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten;

2. ihre Persönlichkeit sowie ihr professionelles Selbstverständnis und Handeln unter Berücksichtigung berufsethischer und normativer Grundlagen zu entwickeln und zu reflektieren;

3. allgemeine, berufsorientierte und wissenschaftlich fundierte Kenntnisse in den Handlungsfeldern und Methoden Sozialer Arbeit zu erwerben und die Notwendigkeit zu erkennen, dieses Wissen stetig zu aktualisieren bzw. zu vertiefen;

4. sozio-ökonomische und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu analysieren und die entsprechenden Herausforderungen und Handlungsfelder für die Soziale Arbeit allgemein und spezifisch zu erörtern und in ihre Arbeit einzubeziehen;

5. auf Grundlage sozialarbeiterischer Theorie und Praxis sowie unter Beachtung unterschiedlicher Gegebenheiten und Interessen ziel- und wirkungsorientierte Handlungskonzepte Sozialer Arbeit zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren.

§2 – Die zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendigen Ausbildungsaktivitäten fußen im Rahmen der Erstausbildung mindestens auf nachfolgenden Bildungsbereichen:

1. Wissenschafts- und Forschungskompetenz;
2. Allgemeine Grundlagen Sozialer Arbeit;
3. Professionelles Selbstverständnis;
4. Handlungsfelder und Handlungskompetenzen Sozialer Arbeit;
5. Fachfranzösisch;
6. Praxisphasen.“

Art. 76 – Artikel 2.8 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Mai 2009, vom 28. Juni 2010 und vom 25. Juni 2012, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 2.8 - Kompetenzen im Studienbereich Lehramt

§1 – Die Erstausbildungen zum Kindergärtner und zum Primarschullehrer werden in einer Weise organisiert, die es dem Studenten ermöglicht, nachfolgende Kompetenzen zu entwickeln:

1. Kompetenzbereich 1 - Gestaltung und Begleitung von Lern- und Entwicklungsprozessen: Die Lehrperson kann Entwicklungs-, Lern- und Bildungsprozesse auf der Grundlage professionsspezifischen Fachwissens, allgemein- und fachdidaktischer sowie pädagogisch-psychologischer Ansätze durchführen. Dabei berücksichtigt sie den Aktivitäten- bzw. Rahmenplan sowie deren Leitideen. Die Lern- und Entwicklungsprozesse plant sie zielbezogen, adaptiv und evidenzorientiert und führt sie diesen Prinzipien zufolge durch. Sie gestaltet den Lernprozess als aktiven und kognitiv aktivierenden Erfahrungs- und Erkenntnisgewinn. Sie verfügt über ein vielfältiges Repertoire an Einsatzformen und Hilfsmitteln, sodass sie u.a. Methoden, Sozialformen, Medien und didaktisches Material fachkompetent, korrekt, situationsangemessen und adressatengerecht einsetzt und verschiedene Formen des gesteuerten sowie des individuellen und selbstständigen Lernens im Unterricht verwirklicht.

2. Kompetenzbereich 2 - Fachspezifisches Wissen und Können: Die Lehrperson verfügt über solides fachspezifisches Wissen, versteht die zentralen Konzepte, Forschungsinstrumente und Strukturen in den zu unterrichtenden Fächern. Sie kennt die aktuellen allgemein- und fachdidaktischen Schwerpunkte und kann daraus Konsequenzen für ihren Unterricht ableiten. Sie vermittelt die Inhalte fachgerecht, inhaltlich korrekt und setzt sie mit den Lebenswelten der Schüler in Beziehung.

3. Kompetenzbereich 3 - Pädagogisch-psychologisches Wissen und Können: Die Lehrperson hat ein tiefes Verständnis darüber, wie Schüler denken und sich entwickeln. Sie ist fähig, Lernen, Denken und Entwicklung zu aktivieren und systematisch zu fördern und dadurch die kognitive, soziale und persönliche Entwicklung der Schüler anzuregen und zu unterstützen.

4. Kompetenzbereich 4 - Umgang mit Diversität: Die Lehrperson erkennt die Verschiedenheit ihrer Schüler in Bezug auf soziale Herkunft, sozioökonomischem Status, Kultur, Sprache, Gender, Alter, Lebensbedingungen und Lernvoraussetzungen an. Sie berücksichtigt Heterogenität in ihrem Denken und Handeln im Schulleben und bei der Planung und Durchführung von Unterricht und schulbezogenen Aktivitäten. Sie fördert ein wirksames Lernen in heterogenen Lerngruppen.

5. Kompetenzbereich 5 - Lernstandsermittlung und individuelle Förderung: Die Lehrperson kann Schüler differenziert in ihrem Entwicklungs- und Lernstand erfassen. Sie wendet wissensbasiert verschiedene Verfahren an, um Lernvoraussetzungen, -prozesse und -

ergebnisse sowie die soziale und persönliche Entwicklung der Schüler objektiv zu beobachten und zu beschreiben. Sie setzt situationsgerecht und systematisch verschiedene Formen und Instrumente für formative, summative und prognostische Selbst- und Fremdeinschätzung ein und unterstützt die Schüler darin, ihren Lernprozess zu analysieren. Die Lehrperson dokumentiert die Entwicklungen der Schüler systematisch, um daraus Erkenntnisse und Ansatzpunkte bzw. Maßnahmen für die Förderung der Schüler abzuleiten. Sie kennt die Grenzen ihrer Kompetenzen und Zuständigkeiten und weiß, an welche externen Kooperationspartner sie sich gegebenenfalls wenden kann.

6. Kompetenzbereich 6 - Beziehungsgestaltung, Erziehung und Klassenführung: Die Lehrperson kann sich in die Sicht- und Erlebensweise der Kinder versetzen und eine professionelle Beziehung zu ihnen aufbauen. Durch ihre pädagogische Verantwortung, durch einen angemessenen Umgang mit Unterrichtsstörungen und Konflikten (Prävention und Intervention), durch die Anbahnung gruppendynamischer Prozesse und durch die Einbindung der Schüler in Entscheidungen und in die Gestaltung von Unterricht und Schule trägt die Lehrperson dazu bei, ein unterstützendes soziales Umfeld zu schaffen. Sie sorgt dafür, dass auf diese Weise ein von Vertrauen, gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägtes Arbeits-, Lern- und Klassenklima entstehen kann.

7. Kompetenzbereich 7 - Sprache und Kommunikation: Die Lehrperson kennt die grundlegenden Dynamiken der Kommunikation und des kommunikativen Handelns in sozialen Kontexten und trägt auf diese Weise zu einem unterstützenden sozialen Umfeld sowie zu einer von Wertschätzung geprägten Arbeits- und Lernkultur bei. Sie kann klar, korrekt und sachbezogen in Wort und Schrift kommunizieren und die Kommunikation situationsangemessen verschiedenen Akteuren (Schüler, Schulleitung, Eltern, externen Partnern, Behörden...) anpassen. Sie verwendet ihr Wissen über Sprache, Fachsprache und kommunikatives Handeln, um das Lernen, den gegenseitigen Austausch und die Kommunikationskompetenzen der Schüler aktiv und systematisch zu fördern. Neben den Kompetenzen in der deutschen Sprache werden auch Grundkenntnisse in Französisch erwartet.

8. Kompetenzbereich 8 - Selbstreflexion und professionelle Weiterentwicklung: Die Lehrperson reflektiert und evaluiert systematisch und kriterienbezogen ihr professionelles Handeln und dessen Wirkung auf Schüler und alle weiteren am Schulfeld Beteiligten und leitet daraus Maßnahmen ab. Sie gestaltet ihre professionelle Weiterentwicklung gezielt vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Lern- und Qualifizierungsangebote, der eigenen Berufsbiografie und der Schulentwicklung. In der Interaktion mit Drittpersonen nimmt sie deren Feedback an und nutzt dieses zur Selbstreflexion. Sie geht ihre berufliche und persönliche Weiterentwicklung in Form von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten gezielt an.

9. Kompetenzbereich 9 - Kooperation und Partizipation: Die Lehrperson kooperiert professionell mit ihrer Schulklasse, den Eltern, dem Kollegium, den externen Partnern, den vorgesetzten Instanzen und allen weiteren am Schulfeld Beteiligten. Sie partizipiert an der Bearbeitung schulbezogener Aufgaben. Sie gestaltet Schule als Ort des Lernens und Lebens mit, indem sie sich an Projekten zur Qualitätssicherung und -entwicklung beteiligt.

10. Kompetenzbereich 10 - Schule und Öffentlichkeit: Die Lehrperson nimmt adäquat ihre Rolle in der Öffentlichkeit wahr und weiß, dass das Gesamtsystem Schule in der Dynamik unterschiedlicher Realitäten, Erwartungen und Ansprüche steht. Sie handelt in diesem Kontext überlegt und rollenbewusst, unter Berücksichtigung ethischer und rechtlicher Normen sowie demokratischer Grundsätze.

11. Kompetenzbereich 11 - Beruf in der Lebensbalance: Die Lehrperson verfügt über Strategien (in Bezug auf Lernstrategien, Zeitmanagement, Energiemanagement), die Anforderungen des Berufes zu bewältigen und pflegt ihre physischen und psychischen Ressourcen, indem sie Erholungs- und Entspannungsphasen einplant und andere Maßnahmen zur Entlastung, zum Erhalt und zur Erweiterung der Ressourcen einsetzt.

§2 - Die zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendigen Ausbildungsaktivitäten fußen im Rahmen der Erstausbildung mindestens auf nachfolgenden Bildungsbereichen:

1. Erwerb von beruflichem Grundwissen: Erziehungswissenschaftliche Ausbildung;

2. Wissenschaftliche Forschungshaltung und Vorgehensweise;
3. Fachliche/überfachliche und didaktische Ausbildung;
4. Professionelle Identität: Ausbildung personaler, sozialer und methodischer Kompetenzen;
5. Unterrichtskompetenzen – reflektierende Verbindung Theorie und Praxis.“

Art. 77 – In Artikel 2.8.1 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird die Angabe „22. April 1999“ durch die Angabe „17. März 2019“ ersetzt.

Art. 78 – In Artikel 3.2.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Oktober 2011 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. Er weist einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag im jeweiligen Studienfach nach.“

Art. 79 – In den Titel II Untertitel 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 3.2.2 eingefügt:

„Art. 3.2.2 - Zulassung zur Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit

§1 - Zum ersten Jahr der Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit wird der Student zugelassen, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. Er ist Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder eines Hochschulnachweises oder eines auf Grundlage oder in Ausführung eines Gesetzes, eines Dekrets, einer Europäischen Richtlinie oder einer internationalen Konvention gleichgestellten Studiennachweises.
2. Er hat die in Artikel 3.8 festgelegte Einschreibgebühr entrichtet.
3. Er verfügt über einen in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister, der nicht älter als drei Monate ist und keinen Eintrag enthält.
4. Er weist die ausreichende Beherrschung der französischen Sprache nach. Als Nachweis gelten die in Artikel 26 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise sowie das Abschlusszeugnis der Unter- oder der Oberstufe des Sekundarunterrichts, ausgestellt von einer Sekundarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder dem Prüfungsausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Sekundarschulwesen.
5. Er hat einen Studienplatz gemäß §2 erhalten.

Zum zweiten Studienjahr der Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit wird der Student zugelassen, der eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

1. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des ersten Studienjahres der Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit der autonomen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde;
2. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines gleichwertigen ersten Studienjahres einer anderen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50 % der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde, und er erfüllt die in Absatz 1 Nummern 2 bis 4 angeführten Bedingungen.

Zum dritten Studienjahr der Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit wird der Student zugelassen, der eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

1. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss des zweiten Studienjahres der Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit der autonomen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde;

2. Er verfügt über eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines gleichwertigen zweiten Studienjahres einer anderen Hochschule, aus der hervorgeht, dass jedes Fach mit mindestens 50% der möglichen Gesamtpunktzahl bewertet wurde, und er erfüllt die in Absatz 1 Nummern 2 bis 4 angeführten Bedingungen.

Die Überprüfung der Gleichwertigkeit der Studiennachweise durch einen Abgleich der Inhalte und des Umfangs der Kurse und der Praktika des ersten und des zweiten Studienjahres der anderen Hochschule mit denen der autonomen Hochschule nehmen Dozenten der autonomen Hochschule vor.

§2 - Zum Erhalt eines Studienplatzes im Studienbereich Soziale Arbeit reicht der Studienbewerber bei der Einschreibung ein Motivationsschreiben ein, aus dem neben der Motivation für das Studium und die Ausübung des angestrebten Berufs auch das bisherige soziale Engagement und die Beziehung zur Deutschsprachigen Gemeinschaft hervorgehen. Der Leiter des Fachbereichs Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften entscheidet über die Vergabe der Studienplätze. Pro Studienjahr stehen 25 Studienplätze zur Verfügung.“

Art. 80 – In Artikel 3.3 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 kann der Leiter des Fachbereichs Bildungswissenschaften auf schriftlichen Antrag des Studenten entscheiden, dass ein zum zweiten oder dritten Studienjahr der Erstausbildung zum Primarschullehrer im Studienbereich Bildungswissenschaften eingeschriebener Student zur Zusatzausbildung Französisch zugelassen wird. Das Diplom der Zusatzausbildung kann erst verliehen werden, wenn der Student die Erstausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.“

Art. 81 – In Titel II Untertitel 2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 3.13.1 eingefügt:

„Art. 3.13.1 – Ausschluss von Amts wegen

Der Student, der die in Artikel 3.2.1 Nummer 3 angeführte Bedingung im Laufe des akademischen Jahres nicht mehr erfüllt, verfügt über eine Frist von sechs Wochen nach Verlust des Ausbildungs- oder Arbeitsvertrages, um einen neuen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag abzuschließen. Weist der Student nach Ablauf dieser Frist keinen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag im betreffenden Studiengang nach, wird er von Amts wegen aus dem betreffenden Studiengang ausgeschlossen.“

Art. 82 – In Artikel 3.15 Nummer 2 desselben Dekrets wird das Wort „Unterrichtsbefreiung“ durch die Wortfolge „Unterrichts- und/oder Prüfungsbefreiung“ ersetzt.

Art. 83 – Artikel 3.18 §1 Absätze 2 und 3, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, werden aufgehoben.

Art. 84 – Artikel 3.30 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Unterrichtsbefreiungen“ durch die Wortfolge „Unterrichts- und/oder Prüfungsbefreiungen“ ersetzt.

2. In §2 Absatz 1 wird die Wortfolge „zum Zeitpunkt der Einschreibung“ durch die Wortfolge „bis zum von der Hochschule in der Studienordnung angegebenen Zeitpunkt“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Unterrichtsbefreiung“ durch die Wortfolge „Unterrichts- und/oder Prüfungsbefreiung“ ersetzt und die Wortfolge „in denen die Person bereits eine Prüfung abgelegt hat, die sie mit mindestens 60% der Punkte bestanden hat“ wird durch die Wortfolge „die die Person bestanden hat“ ersetzt.

Art. 85 – Artikel 3.33 §2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Prüfungen“ durch die Wortfolge „Prüfungen und Praktika“ ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort „Prüfung“ durch die Wortfolge „Prüfung und in jedem Praktikum bzw. im Studienbereich Bildungswissenschaften in der Gesamtnote der Praxis“ ersetzt und am Ende des Satzes die Wortfolge „, insofern die Praxis bestanden wurde“ eingefügt.

Art. 86 – In Artikel 3.37 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „deutscher, englischer und französischer Sprache“ durch die Wortfolge „deutscher und auf Anfrage des Studenten in englischer und französischer Sprache“ ersetzt.

Art. 87 – Titel IV desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird wie folgt ersetzt:

„TITEL IV – QUALITÄTSKONTROLLE, BESCHWERDENMANAGEMENT UND DATENSCHUTZ“

Art. 88 – In den Titel IV desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgender Untertitel 3, der die Artikel 4.8 bis 4.14 umfasst, eingefügt:

„UNTERTITEL 3 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ“

Art. 89 – In den Titel IV Untertitel 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 4.8 eingefügt:

„Art. 4.8 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind der Verwaltungsrat und jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 90 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.9 eingefügt:

„Art. 4.9 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 4.10 ist der Verwaltungsrat für die Verarbeitung der in Artikel 4.11 angeführten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Der Verwaltungsrat gilt für ihre Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Der Verwaltungsrat erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung seiner gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben insbesondere was die in Titel II angeführten Aufgaben der Hochschule betreffen. Er darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung seiner gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.“

Art. 91 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.10 eingefügt:

„Art. 4.10 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit, die die körperliche Tauglichkeit der betroffenen Studenten betreffen sowie in Bezug auf Studenten mit besonderem Bedarf findet unter der Verantwortung des Direktors der Hochschule statt.“

Art. 92 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.11 eingefügt:

„Art. 4.11 - Datenkategorien

Der Verwaltungsrat sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, können alle gemäß Artikel 4.9 Absatz 2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. folgende Daten in Bezug auf den Studenten:
 - a) Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben des Studenten;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Identität und Kontaktangaben der Erziehungsberechtigten;
 - d) Daten zum Schulbesuch und zur schulischen Laufbahn des Studenten;
 - e) Daten zur Familiensituation des Studenten;
 - f) Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Studenten in Verbindung mit Abhilfemaßnahmen im Bildungsbereich;
 - g) Daten zur Inanspruchnahme von Prämien oder Beihilfen im Rahmen der Schulbildung;
 - h) gerichtliche Daten in Bezug auf den Studenten;
2. folgende Daten in Bezug auf die Personalmitglieder der Hochschule und ihrer Dienstleister:
 - a) Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben der Personalmitglieder der Hochschule und ihrer Dienstleister;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur beruflichen Situation, zur beruflichen Qualifikation, zu pädagogischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Personalmitglieder der Hochschule und ihrer Dienstleister;
 - d) Daten zur Familiensituation der Personalmitglieder;
 - e) gerichtliche Daten in Bezug auf Personalmitglieder der Hochschule und ihrer Dienstleister.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 angeführten Datenkategorien.“

Art. 93 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.12 eingefügt:

„Art. 4.12 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Hochschule greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung ihrer Aufgaben auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 angeführten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt die Hochschule in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 angeführten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 94 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.13 eingefügt:

„Art. 4.13 - Verpflichtung zur Zusammenarbeit

§1 – Die Hochschule arbeitet mit öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen zusammen, die im Interesse der Bildung oder Weiterbildung, der sozialen Absicherung, der gesunden Entwicklung und der beruflichen Eingliederung Dienstleistungen für Studenten anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann die Hochschule mit dem Einverständnis des Studenten Informationen austauschen, die den Studenten oder die in Anspruch genommenen oder empfohlenen Dienstleistungen betreffen.

§2 – Zur Ausübung ihrer in Titel II angeführten Aufgaben arbeitet die Hochschule mit Arbeitgebern und Dienstleistern zusammen, die Ausbildungen, Weiterbildungen oder Praktika anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann die Hochschule mit dem Einverständnis des Studenten Informationen austauschen.

§3 – Die Hochschule teilt einer Verwaltung oder einer öffentlichen Einrichtung der sozialen Absicherung personenbezogene Daten mit, insofern dies im Interesse der Beschäftigten angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig ist.

§4 – Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde:
1. die Personengruppen, mit denen Informationen ausgetauscht werden können;
2. die Datenkategorien, die mit dem Einverständnis des Studenten ausgetauscht werden können.“

Art. 95 – In denselben Untertitel wird folgender Artikel 4.14 eingefügt:

„Art. 4.14 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten werden nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die Dauer der Datenverarbeitung.“

Art. 96 – In Artikel 6.3 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 6. Mai 2019 und vom 28. Juni 2021, wird die Angabe „12“ durch die Angabe „12,5“ ersetzt.

Art. 97 – Artikel 6.7 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch die Dekrete vom 6. Mai 2019 und vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift des Artikels wird die Wortfolge „Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften“ durch die Wortfolge „Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften“ ersetzt.

2. In §2 einleitender Satz wird die Angabe „19,75“ durch die Angabe „27,25“ ersetzt.

3. In §2 einleitender Satz und Nummern 1 bis 3 wird die Wortfolge „Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften“ durch die Wortfolge „Gesundheits-, Krankenpflege- und Sozialwissenschaften“ ersetzt.

KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 98 – Artikel 104 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „Inhaber eines Masters“ durch die Wortfolge „Inhaber eines von einer anerkannten Hochschule oder Universität ausgestellten Hochschulgrads eines Masters“ ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge „Inhaber eines Bachelors“ durch die Wortfolge „Inhaber eines von einer anerkannten Hochschule oder Universität ausgestellten Hochschulgrads eines Bachelors“ ersetzt.

KAPITEL 19 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 99 – In den Titel XI Kapitel II Abschnitt 1 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird folgender Artikel 58.1 eingefügt:

„Art. 58.1 – Für den Aufbau einer Notenbibliothek erhält eine anerkannte Kunstakademie, die am 30. September eines Schuljahres mindestens 600 Schüler zählt, eine pauschale Subvention in Höhe von 2.000 Euro. Die Subvention wird durch den Leiter der Kunstakademie verwaltet.

Der in Absatz 1 festgelegte Betrag wird jedes Jahr im Monat September der Entwicklung des Verbraucherpreisindex (vollständiger Index) angepasst.

Als Basisindex gilt dabei der Index des Monats September 2023, als neuer Index gilt der Index des Monats September des Jahres der Anpassung.“

KAPITEL 20 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 100 – Artikel 1 §2 Nummer 3 Buchstabe k) des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen, aufgehoben durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt wieder eingeführt:

„k) Fachlehrer für Leibeserziehung im Grundschulwesen;“

KAPITEL 21 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION, DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION

Art. 101 – In Artikel 4 Absatz 4 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird die Wortfolge „wird eine Vollzeitstelle für den Referenten“ durch die Wortfolge „werden zwei Vollzeitstellen für Referenten“ ersetzt.

KAPITEL 22 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 102 – In Artikel 3.4 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird die Wortfolge „und beruflichen“ gestrichen.

Art. 103 – In Artikel 4.1 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets wird die Angabe „zwei“ jeweils durch die Angabe „vier“ ersetzt.

Art. 104 – In Artikel 7.5 §1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird die Zahl „47“ durch die Zahl „49“ ersetzt.

KAPITEL 23 – INKRAFTTRETEN

Art. 105 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2023 in Kraft mit Ausnahme:

1. der Artikel 22 bis 26, die am 1. Oktober 2022 in Kraft treten.
2. der Artikel 11, 21, 27, 28, 29, 30, 31 bis 39 und 49, die am 1. Juli 2023 in Kraft treten.
3. des Artikels 10 und 12, der am 1. Januar 2024 in Kraft tritt.
4. des Artikels 41 Nummer 1, der am 1. September 2024 in Kraft tritt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

Lydia

Klinkenberg

Digital
unterschrieben von
Lydia Klinkenberg

Datum: 2023.03.10
10:59:16 +01'00'

L. KLINKENBERG

02/03/2023

Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement,

Après délibération,

Arrête :

La Ministre compétente en matière d'Enseignement est chargée de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2023

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.

Il contient entre autres les modifications suivantes :

- la création d'un cadre juridique pour les travaux à domicile;
- des adaptations dans le domaine de l'orientation professionnelle;
- une adaptation des normes concernant la dispense d'activités d'enseignement pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental;
- la réduction des frais de scolarité dans l'enseignement secondaire;
- l'introduction d'un cursus de bachelor en travail social;
- une adaptation du capital emplois en section maternelle.

TABLE DES MATIÈRES

Page	
Exposé	des
tifs.....	mo- 4
Exposés	Expli- 4
Avant-pro-	
jet	34

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1 Création d'un cadre juridique pour les travaux à domicile (art. 41, 2°, et art. 45 à 48)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Les travaux à domicile constituent des tâches que l'enseignant attribue aux élèves et que ceux-ci doivent effectuer en dehors des heures de cours à l'école ou à la maison. Les enseignants peuvent ainsi, dans une mesure raisonnable, donner des travaux à domicile à des fins d'approfondissement des compétences acquises en classe et de préparation aux tests et aux examens. Le fait de rapporter différents supports ayant un lien direct avec le cours dispensé peut également être demandé dans le cadre d'un travail à domicile. Les personnes chargées de l'éducation peuvent, de cette façon, avoir un aperçu du quotidien scolaire. En outre, les enseignants mettent ainsi à disposition un instrument supplémentaire permettant d'encourager les élèves à l'apprentissage responsabilisé et de les inciter, par le biais de tâches diverses, à se pencher de manière autonome sur les compétences acquises en classe. Le processus d'apprentissage se produisant au sein de l'école peut être approfondi dans le cadre de travaux à domicile et être soutenu au moyen d'un retour d'informations formatif des enseignants.

Étant donné que l'organisation des travaux à domicile est traitée différemment selon les écoles, le Gouvernement propose, dans le respect de la liberté pédagogique, un cadre au sein duquel les écoles de la Communauté germanophone peuvent agir, afin d'éviter que les élèves ne se retrouvent inutilement sous pression en raison de travaux à domicile trop nombreux.

Pour favoriser le développement sain des enfants et des jeunes et compte tenu du fait que les élèves sont à l'école une grande partie de la journée, il est très important que le temps consacré aux travaux à domicile soit adapté à l'année d'études. La durée fixée pour réaliser les travaux à domicile augmente progressivement du premier au dernier degré de l'école primaire : dans les degrés inférieur, moyen et supérieur, elle s'élève ainsi respectivement à 15 minutes au plus, 20 minutes au plus et 30 minutes au plus. À partir de la première année du secondaire, aucune durée n'est prévue pour les travaux à domicile; toutefois, des accords internes à l'école sont nécessaires, afin de mettre en place des pratiques cohérentes en matière de travaux à domicile dans les différentes écoles.

L'article 41, 2°, introduit la définition de travaux à domicile dans le décret du 31 août 1998 (décret organique).

L'article 45 modifie la numérotation de l'article 75*bis* en article 75.1, de manière que la numérotation des articles suivants puisse être poursuivie en chiffres arabes, ce qui facilite la lecture du décret organique.

L'article 46 introduit une nouvelle section concernant les travaux à domicile dans le chapitre VIII du décret organique relatif au contenu des cours, à l'évaluation et aux certificats.

L'article 47 introduit l'article 75.2 dans le décret organique, qui instaure les principes généraux en matière de travaux à domicile applicables à l'ensemble des écoles primaires et secondaires.

L'article 48 introduit l'article 75.3 dans le décret organique, qui fixe les règles relatives aux travaux à domicile pour les différentes années d'études dans l'enseignement primaire et secondaire.

2 Adaptations dans le domaine de l'orientation professionnelle (art. 42)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Au cours de la dernière période de législature 2014-2019, des premières mesures en matière d'orientation professionnelle ont déjà été lancées et doivent désormais être mises en œuvre jusqu'en 2025 dans le cadre du Concept de développement régional (CDR) en cours dans lequel s'inscrit le projet « Préparation à la vie réelle », en collaboration avec les ministres Weykmans et Klinkenberg. Le point central est l'élaboration d'un travail continu de préparation au choix d'une profession et d'orientation professionnelle dans le cadre de la formation scolaire et de la formation dans les classes moyennes. Les élèves sont au cœur de cette démarche. Ils doivent bénéficier du meilleur aperçu possible pour ce qui est de leurs possibilités professionnelles et doivent pouvoir découvrir et développer leurs talents et intérêts au cours de leur scolarité; ils pourront ainsi faire un choix positif – et non par défaut – quant à leur évolution professionnelle.

Différents organismes ont mené, au cours des dernières années, des enquêtes concernant l'orientation professionnelle en Communauté germanophone. Ces enquêtes montrent que les élèves ne se sentent pas suffisamment accompagnés et informés. Il ressort également de celles-ci que, même si elle est effectivement abordée, l'orientation professionnelle est mise en œuvre plus ou moins intensément et est susceptible d'être davantage développée dans toutes les écoles. L'ensemble des enquêtes menées ces dernières années à ce sujet indique également un grand manque d'homogénéité dans la perception des offres extrascolaires d'accompagnement ou d'orientation en matière de carrière et dans le recours à celles-ci. Les écoles, élèves ainsi que les parents, en particulier, se sentaient souvent dépassés face à cette multiplicité des offres et des interlocuteurs.

Les études menées par l'OCDE et la société de conseil VDI dans le cadre du projet intitulé « Vision d'ensemble : façonner une éducation tournée vers l'avenir », lequel figure dans le CDR, confirment également qu'il est nécessaire de favoriser la qualité de l'orientation professionnelle au moyen d'un travail d'orientation professionnelle renforcé et adapté à l'âge du public cible, de concevoir l'introduction de stages pour toutes les formes d'enseignement, et de développer le réseau d'information sur les professions scolaire et extrascolaire. Il y a lieu de mettre encore davantage l'accent sur la participation de partenaires externes, le renforcement des compétences des élèves dans le domaine de l'orientation professionnelle ainsi que sur les mesures visant à augmenter l'attractivité de la formation dans les classes moyennes.

Sur la base de l'analyse des enquêtes émanant de la Communauté germanophone, des recommandations de l'OCDE et de la société de conseil VDI, ainsi que de l'examen de concepts en matière d'orientation professionnelle provenant de six entités territoriales étrangères, il a été possible de tirer les deux conclusions suivantes : la nécessité d'une stratégie générale relative à l'orientation professionnelle et la mise en œuvre de stages professionnels obligatoires pour les élèves du secondaire, toutes formes d'enseignement et orientations d'études confondues.

L'objectif visant à élaborer une stratégie globale axée sur l'orientation professionnelle nécessite des changements structurels en ce qui concerne l'offre d'accompagnement et d'orientation sur le plan

professionnel. Les offres existantes doivent être plus visibles, davantage regroupées et s'inscrire dans une stratégie concertée.

À cette fin, un groupe de réflexion a été mis sur pied au printemps 2021 sous la forme d'un comité de suivi étendu, qui regroupe des représentants de tous les organismes concernés, tels que l'Office de l'emploi, Kaleido, les réseaux scolaires, le Conseil de la jeunesse d'expression allemande (*Rat der deutschsprachigen Jugend*), l'Information Jeunesse (*Jugendinfo*), les partenaires sociaux et les départements concernés du Ministère. Le comité de suivi a eu pour mission, pendant dix mois et au cours de six réunions de travail, de suivre d'un œil critique la mise en œuvre des différents modules de travail en lien avec la stratégie élaborée et d'y apporter une valeur ajoutée au moyen d'initiatives, d'idées et de solutions. Les cinq modules de travail principaux comprennent la réflexion personnelle accompagnée, la découverte des métiers et de l'entreprise, le stage d'observation et le stage pratique, le portfolio de l'élève, ainsi que le développement d'un concept interne à l'école visant à développer les compétences des élèves dans le domaine de l'orientation professionnelle. Le résultat de ce travail est une base innovante et avant tout participative destinée à mettre en réseau, mettre en commun et à compléter à titre complémentaire toutes les actions dans le domaine de l'orientation professionnelle.

Par la suite, les acteurs concrètement concernés ont été contactés aux fins d'un échange. Les premières suggestions concernant les cinq modules de travail précités ont été collectées en mai 2022 à l'occasion d'un atelier auquel ont participé des chefs d'établissement d'enseignement secondaire et cadres intermédiaires de l'enseignement libre subventionné et communautaire. Les écoles fondamentales n'étant concernées que par la découverte des métiers, laquelle est de toute façon déjà organisée par de nombreuses écoles, seules les écoles secondaires ont été consultées dans le cadre de l'atelier. En juin 2022, un atelier s'est tenu avec les partenaires externes qui proposent aux écoles des offres à la carte dans le domaine de l'orientation professionnelle, afin de pouvoir élaborer ces offres d'une manière qui soit la plus adaptée possible aux écoles. Ces résultats seront pris en compte lors du prochain travail conceptuel, tant de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone que du Ministère.

Outre le travail conceptuel, il existe une structure prédéfinie par le Gouvernement sous forme de référentiel de compétences. En 2010, le référentiel de compétences « Préparation au choix d'une profession et orientation professionnelle en milieu scolaire » a été adopté pour toutes les écoles, dans lequel sont fixés les objectifs formatifs contraignants que celles-ci sont tenues d'atteindre. Pour ce qui concerne la compétence relative au choix de métier, il s'agit d'une compétence transversale. Cette compétence doit par conséquent être appliquée et intégrée sur le plan pluridisciplinaire. L'une des étapes de travail ancrées dans le CDR III est la mise à jour du référentiel de compétences actuel « Préparation au choix d'une profession et orientation professionnelle en milieu scolaire ». Le référentiel de compétences, sur la base du travail conceptuel explicité et avec le concours d'une experte scientifique et d'acteurs du domaine de l'éducation, a été adapté et doit être appliqué dans les écoles à partir du mois de septembre 2023 après son adoption par le Parlement de la Communauté germanophone.

La nouvelle stratégie en matière d'orientation professionnelle prévoit, à partir de la cinquième année primaire et pour tous les degrés, des activités à mettre en œuvre par l'école : de la découverte des métiers dans le degré supérieur du primaire jusqu'à un stage de trois jours au minimum en quatrième année de l'enseignement secondaire et une réflexion personnelle accompagnée dans le troisième degré de l'enseignement secondaire, en passant par un stage d'observation d'une journée dans le premier degré de l'enseignement secondaire et la découverte de l'entreprise dans le deuxième degré de l'enseignement secondaire. Ces activités sont complétées par un portfolio numérique de l'élève concernant son orientation professionnelle, qui accompagne chaque élève tout au long de son parcours scolaire dans l'enseignement secondaire.

Une mise en œuvre complète doit avoir lieu dans les écoles primaires dès l'année scolaire 2023-2024. Dans ce contexte, l'offre actuelle de Kaleido dans le domaine de l'orientation professionnelle est

maintenue, au cours de la période de transition, pour les écoles primaires jusqu'à la fin de l'année scolaire 2022-2023. L'Office de l'emploi de la Communauté germanophone prend entièrement le relais à partir de l'année scolaire en cours pour les écoles secondaires, puis, à partir de l'année scolaire 2023-2024, prend en charge la fonction de coordination pour toutes les écoles, y compris les écoles primaires.

L'article 42 dispose que les écoles, dans le cadre de l'orientation professionnelle obligatoire de leurs élèves, sont désormais accompagnées par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone, et non plus par Kaleido. Il précise également les activités relatives à l'orientation professionnelle que les écoles et élèves doivent au minimum mettre en œuvre, du degré supérieur de l'enseignement primaire au troisième degré de l'enseignement secondaire.

3 Kaleido - Transfert de la compétence en matière d'orientation professionnelle à l'Office de l'emploi (art. 2 et 102)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Dans le cadre de la réforme de l'orientation professionnelle en Communauté germanophone et du projet « Préparation à la vie réelle » s'inscrivant dans le CDR, le Gouvernement a décidé que les écoles, dans le cadre de l'orientation professionnelle obligatoire de leurs élèves, seraient désormais accompagnées par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone, et non plus par Kaleido.

Dans le cadre de l'Office de l'emploi, l'orientation professionnelle à partir de l'enseignement secondaire et pour tous les jeunes et adultes est et était organisée de manière structurée. L'Office de l'emploi a collecté, structuré, préparé et présenté sous forme numérique les offres (profils de métiers, offres externes, etc.). Dès lors, l'Office de l'emploi dispose déjà de l'infrastructure et de l'expérience requises et effectue le travail préparatoire pour la plupart des groupes cibles, et les offres en matière d'orientation professionnelle ont déjà été conçues en collaboration avec des partenaires externes.

En raison de sa mission fixée par décret, Kaleido proposait ses offres en matière d'orientation professionnelle en priorité à la catégorie d'élèves plus jeunes des enseignements primaire et secondaire.

Dans le cadre d'un regroupement thématique, il a par conséquent été jugé naturel de confier le thème de l'orientation professionnelle au partenaire de plus grande envergure. C'est pourquoi le Gouvernement propose de transférer la compétence en matière d'orientation professionnelle des élèves de l'enseignement primaire à l'Office de l'emploi, en ce compris la mission relative à l'élaboration d'un concept plus large.

Cela permettra à Kaleido de disposer d'un plus grand potentiel pour développer sa compétence principale, à savoir l'accompagnement psycho-social des enfants et des jeunes.

L'offre actuelle de Kaleido est maintenue, au cours de la période de transition, pour les écoles primaires jusqu'à la fin de l'année scolaire 2022-2023. L'Office de l'emploi de la Communauté germanophone prend déjà entièrement le relais à partir de l'année scolaire 2022-2023 pour les écoles secondaires, puis, à partir de l'année scolaire 2023-2024, prend en charge la fonction de coordination pour toutes les écoles primaires et secondaires.

L'article 2 procède à cette modification dans l'arrêté royal du 13 août 1962 sur les centres psycho-médico-sociaux.

L'article 102 procède à cette modification dans le décret relatif à Kaleido.

4 Adaptation du congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales (art. 14)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales, dont un membre du personnel peut bénéficier pendant soixante mois au maximum au cours de sa carrière, peut commencer à n'importe quel moment de l'année scolaire. Il est toutefois toujours octroyé pour des périodes de douze mois chacune. Il est possible de mettre fin au congé de manière anticipée pour des raisons exceptionnelles, moyennant un préavis d'un mois et avec l'accord du Ministre compétent en matière d'Éducation.

Si le congé ne commence pas le 1^{er} septembre de l'année scolaire en cours, mais à une autre date, alors il prend fin dans le courant de l'année scolaire suivante, et non pas au 31 août de l'année scolaire en cours. Cela peut notamment être le cas lorsqu'un tel congé est pris à la suite d'un congé de maternité ou parental. Toutefois, les membres du personnel concernés expriment très souvent le souhait de recommencer à enseigner, parfois à temps plein, au début de l'année scolaire suivante ou, le cas échéant, de bénéficier d'un autre type de congé et demandent par conséquent une fin anticipée du congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales et familiale au 31 août de l'année scolaire en cours. Cette procédure de résiliation entraîne une certaine charge administrative pour les membres du personnel, les secrétariats des écoles et l'administration de l'enseignement. Afin de réduire cette charge, il est proposé de pouvoir octroyer ledit congé pour une période inférieure à douze mois, à la demande du membre du personnel, dans la mesure où le congé ne commence pas au 1^{er} septembre de l'année scolaire. Dans ce cas, le congé est approuvé jusqu'au 31 août de l'année scolaire en cours.

L'article 14 procède à cette adaptation dans l'arrêté royal du 15 janvier 1974.

5 Adaptation du statut de l'enseignement libre subventionné en ce qui concerne l'exercice d'une activité à titre accessoire (art. 51 à 53)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le statut de l'enseignement libre subventionné prévoit que le fait de fournir des prestations ou d'exercer un mandat dans une affaire privée à but lucratif, même à titre gratuit, est incompatible avec la qualité de membre du personnel d'un établissement d'enseignement libre subventionné ou d'un centre PMS libre subventionné. À la demande du pouvoir organisateur, cette disposition assez restrictive, qui n'existe pas dans le statut de l'enseignement communautaire ni dans celui de l'enseignement officiel subventionné, est abrogée dans le statut de l'enseignement libre subventionné. Il est par ailleurs prévu que les membres du personnel qui exercent une activité à but lucratif en dehors de l'enseignement informent par écrit leur pouvoir organisateur de la nature et du volume de ladite activité.

Les articles 51 à 53 procèdent à cette adaptation dans le décret du 14 décembre 1998.

6 Adaptation du statut pécuniaire (art. 1^{er})

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Dans la fonction de professeur de cours techniques et professionnels dans l'enseignement secondaire ordinaire ainsi que dans la fonction de professeur de cours techniques, de pratique professionnelle ou de cours techniques et de pratique professionnelle dans l'enseignement spécialisé, un horaire complet correspond à vingt-quatre heures. Par conséquent, ces professeurs sont rémunérés en 24èmes, pour autant qu'ils assurent un horaire complet. Toutefois, si un professeur occupé dans l'une des fonctions précitées n'assure pas un horaire complet, les heures sont alors rémunérées en 25èmes. Une telle rémunération pénalisante dans le cas d'un horaire incomplet n'étant appliquée dans aucune autre fonction de l'enseignement, il est proposé d'abroger cette règle, qui s'avère préjudiciable pour le membre du personnel. Il est également procédé à la mise à jour, dans le statut pécuniaire, de l'article correspondant qui régit la rémunération en cas d'horaire incomplet dans l'enseignement de jour. Les diviseurs devenus obsolètes (8, 16, 25 et 34) sont abrogés. En contrepartie, les diviseurs actuellement valables (22, 24, 28, 29 et 38) sont introduits.

L'article 1^{er} procède à l'adaptation dans l'article 41 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique.

7 Adaptation de l'interruption partielle de carrière (art. 40)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

L'interruption de carrière partielle d'un cinquième ou d'un quart d'un horaire complet est actuellement uniquement accessible à un membre du personnel nommé à titre définitif ou désigné à titre temporaire pour une durée indéterminée et présentant une ancienneté de service d'au moins dix ans. Il est proposé d'abroger cette exigence relative à l'ancienneté de service dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, de sorte que les membres du personnel qui ne justifient pas encore d'au moins dix ans d'ancienneté de service puissent, à l'avenir, également bénéficier d'une interruption de carrière partielle d'un cinquième ou d'un quart d'un horaire complet.

Il est procédé à cette adaptation notamment en raison d'une adaptation fédérale concernant la prise en compte de certains types de congé dans le cadre de la pension. Cette règle fédérale, qui porte préjudice aux membres du personnel temporaire de l'enseignement, prévoit que certains types de congé pour prestations réduites (congé pour prestations réduites justifié par des raisons sociales ou familiales, congé pour prestations réduites accordé aux membres du personnel qui ont atteint l'âge de 50 ans ou qui ont au moins deux enfants à charge n'ayant pas dépassé l'âge de 14 ans) ne sont plus pris en compte pour les membres du personnel temporaire dans le calcul de leur pension. Seuls les membres du personnel nommés à titre définitif peuvent encore faire valoir les types de congé concernés dans le cadre de leur crédit-temps pour leur pension. Pour contrebalancer cette inégalité de traitement, il est proposé de rendre l'interruption de carrière partielle, qui peut aussi être prise en compte pour la pension des membres du personnel temporaire dans certaines conditions, accessible à l'avenir aux membres du personnel ayant une ancienneté de service moins élevée, afin que ceux-ci – tant qu'ils ont un statut temporaire – puissent avoir recours en priorité à ce type de congé, lorsqu'ils souhaitent exercer leur emploi à temps partiel.

L'article 40 procède à l'adaptation dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

8 Adaptation concernant la répartition des postes au sein de la fonction de responsable informatique (art. 16)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Depuis l'année scolaire 2021-2022, chaque école secondaire ordinaire bénéficie d'un emploi dans la fonction de responsable informatique. Cet emploi peut être réparti entre deux personnes au maximum, chacune d'elles occupant alors un demi-emploi dans ladite fonction. À la demande de certains chefs d'établissement et pour des raisons organisationnelles, il est proposé de pouvoir, à l'avenir, également scinder cet emploi en un trois quarts d'emploi et un quart d'emploi et de le répartir en conséquence entre deux membres du personnel.

L'article 16 procède à cette adaptation dans l'arrêté royal du 15 avril 1977.

9 Adaptation de la prestation d'enseignement hebdomadaire dans la fonction de professeur de pratique professionnelle (art. 13, 17, 18 et 19)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le Gouvernement propose d'adapter le nombre d'heures de cours hebdomadaires à prêter dans la fonction de professeur de pratique professionnelle dans les deuxième et troisième degrés de l'enseignement secondaire ordinaire. Jusqu'à présent, ce nombre est de trente heures de cours au minimum et de trente-trois heures de cours au maximum à prêter par semaine dans ladite fonction dans le cas d'un emploi à temps plein. Étant donné que les professeurs de l'enseignement professionnel notamment sont parfois amenés à donner des cours à des élèves particulièrement « difficiles », qui nécessitent souvent un accompagnement soutenu et donc un engagement accru supplémentaire du professeur, il est proposé de réduire le nombre d'heures de cours hebdomadaires à prêter dans cette fonction et de le faire passer dorénavant à vingt-neuf heures au minimum et à trente et une heures au maximum.

À la suite de cette modification, il est nécessaire de prévoir, dans le cas d'une reprise à mi-temps, d'une retraite anticipée à mi-temps ainsi que du temps partiel de fin de carrière, l'arrondissement du nombre d'heures si la fraction de la réduction du nombre d'heures ne donne pas un chiffre rond.

L'article 13 procède à cette modification en ce qui concerne la reprise à mi-temps.

L'article 17 fixe les heures de cours à prêter à vingt-neuf au minimum et à trente et une au maximum dans la fonction de professeur de pratique professionnelle dans les deuxième et troisième degrés de l'enseignement secondaire ordinaire.

L'article 18 procède à la modification en ce qui concerne la retraite anticipée à mi-temps.

L'article 19 procède à la modification en ce qui concerne le temps partiel de fin de carrière.

10 Adaptation du congé de circonstances en cas de première communion d'un enfant (art. 71)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Tout membre du personnel temporaire et définitif de l'enseignement a droit à un jour de congé de circonstances en cas de première communion de son enfant, de l'enfant de son conjoint ou de la

personne avec laquelle il vit maritalement ou, selon le cas, en cas de fête religieuse ou laïque équivalente à laquelle l'enfant participe. Ce jour de congé doit être pris, en application de la législation en vigueur dans l'enseignement, le jour de l'événement ou le jour suivant celui-ci.

Or, il arrive parfois que la première communion ait lieu un samedi dans certaines localités. Cela conduit à la situation où les membres du personnel concernés ne peuvent pas, de facto, bénéficier d'un jour de congé supplémentaire. Il est par conséquent proposé d'adapter la législation actuelle de sorte que le jour de congé puisse être pris, à l'avenir, le jour de la première communion ou – si ce jour tombe un dimanche, un jour férié ou un jour habituellement non travaillé – la veille ou le lendemain du jour de la première communion.

La même règle est déjà appliquée pour les personnes occupées comme travailleurs contractuels subventionnés et le personnel d'entretien contractuel, étant donné que ces deux catégories de personnes sont engagées en application de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail et sont, par conséquent, soumises au régime de congé dans ce domaine fixé au niveau fédéral.

L'article 71 procède à l'adaptation correspondante dans le décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005.

11 Adaptation du statut concernant les bénéficiaires de passerelles dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental (art. 100)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

À l'heure actuelle, les bénéficiaires de passerelles dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental non porteurs d'un des titres requis ou jugés suffisants n'ont pas la possibilité de se mettre en ordre au niveau du statut. Ainsi, les personnes concernées ne peuvent être engagées qu'en cas de pénurie d'enseignants pour une durée déterminée. Étant donné qu'elles ne remplissent pas les conditions de désignation pour la fonction concernée, elles n'accumulent pas de jours de service et n'ont pas droit à une désignation à durée indéterminée ou à une nomination à titre définitif.

Afin de pouvoir offrir à ces personnes, en particulier eu égard à la grave pénurie d'enseignants, une perspective en matière de statut, le Gouvernement propose la possibilité, à l'avenir, pour les bénéficiaires de passerelles dans la fonction de maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental de se mettre en ordre au niveau du statut, en passant par la procédure en matière de dérogations prévue par le statut (à savoir, avoir bénéficié de trois dérogations de quinze semaines au minimum au cours de cinq années scolaires consécutives) et en obtenant un titre pédagogique d'au moins trente points ECTS. Ce titre pédagogique correspond concrètement à l'agrégation ou au certificat d'aptitude pédagogique plus (CAP+) proposé par la haute école autonome. En outre, ils doivent, dans le cadre du signalement qui a lieu au cours de la troisième dérogation, obtenir au minimum la mention « satisfaisant » pour satisfaire finalement aux conditions de désignation pour la fonction de maître spécial d'éducation physique.

L'article 100 procède à l'adaptation correspondante dans le décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement.

12 Adaptation des normes concernant la dispense d'activités d'enseignement pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental (art. 61)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Un emploi de chef d'établissement est organisé ou subventionné par école fondamentale. Toutefois, suivant le nombre d'élèves, le chef d'établissement n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement. Le décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire prévoit en effet que le pouvoir organisateur obtient, pour l'école fondamentale concernée et en fonction du nombre d'élèves, le nombre d'emplois suivant :

- de 50 à 99 élèves : un quart d'emploi (autrement dit, le chef d'établissement doit donner des cours à raison de trois quarts d'horaire);
- de 100 à 149 élèves : deux quarts d'emploi (autrement dit, le chef d'établissement doit donner des cours à raison d'un demi-horaire);
- de 150 à 179 élèves : trois quarts d'emploi (autrement dit, le chef d'établissement doit donner des cours à raison d'un quart d'horaire);
- à partir de 180 élèves : un emploi à temps plein (autrement dit, le chef d'établissement est libéré de toute activité d'enseignement).

Un chef d'établissement est également entièrement libéré de ses activités d'enseignement si l'école compte au moins 125 élèves et regroupe au moins trois implantations. Dans ce cas, le pouvoir organisateur obtient aussi un emploi à temps plein.

Étant donné que les exigences relatives aux activités du chef d'établissement n'ont fait qu'augmenter ces dernières années, il est proposé dans le présent chapitre d'adapter les normes précitées concernant la dispense d'activités d'enseignement pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental, afin de soulager ces derniers et de leur permettre de se concentrer en priorité sur les tâches liées à la direction de l'école fondamentale. Dans ce contexte, il est prévu qu'un pouvoir organisateur obtienne à l'avenir, pour l'école fondamentale concernée et en fonction du nombre d'élèves, le nombre d'emplois suivant :

- de 50 à 99 élèves : deux quarts d'emploi (autrement dit, le chef d'établissement doit donner des cours à raison d'un demi-horaire);
- de 100 à 149 élèves : trois quarts d'emploi (autrement dit, le chef d'établissement doit donner des cours à raison d'un quart d'horaire);
- à partir de 150 élèves : un emploi à temps plein (autrement dit, le chef d'établissement est libéré de toute activité d'enseignement).

La réglementation prévoit également qu'un chef d'établissement est entièrement libéré de ses activités d'enseignement et que le pouvoir organisateur concerné obtient un emploi à temps plein pour l'école fondamentale si l'école compte au moins 125 élèves et regroupe au moins trois implantations.

L'article 61 procède aux adaptations correspondantes dans le décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

13 Adaptation des conditions d'accès à la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique (art. 10)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2024

Le Gouvernement propose d'adapter les conditions en matière de titres pour la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique dans l'enseignement fondamental, de sorte que l'accès à ladite fonction soit également possible pour les personnes porteuses du diplôme d'instituteur maternel. Les instituteurs maternels sont donc désormais considérés comme titulaires du titre pour la

fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique, lorsqu'ils ont réussi la formation complémentaire requise en « allemand langue seconde » ou en « français langue seconde » et possèdent un certificat attestant qu'ils satisfont au niveau de compétence C1 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne la langue concernée ou sont titulaires d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur, d'un diplôme de l'enseignement supérieur de plein exercice de type court ou de type long ou d'un diplôme universitaire établi dans la langue concernée. Cette adaptation intervient dans un contexte où il s'avère difficile de pourvoir les emplois dans la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique par des porteurs du titre et où, à l'heure actuelle, il est fait appel de plus en plus souvent à des instituteurs maternels formés. Afin d'offrir à ces personnes une perspective de carrière, une adaptation de la législation en matière de titres est proposée, une régularisation dans cette fonction par d'autres moyens n'étant pas possible pour les instituteurs maternels.

L'article 10 procède aux adaptations correspondantes dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

14 Adaptation de la mission des assistants en maternelle et assistants en école fondamentale spécialisée (art. 49, 1°, 2°, 4° et 5°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le Gouvernement propose d'élargir la mission des assistants en maternelle ainsi que celle des assistants en école fondamentale spécialisée, et de prévoir que les assistants en maternelle et assistants en école fondamentale spécialisée puissent être chargés par le chef d'établissement d'assurer des surveillances durant le temps de midi à l'école fondamentale. Cette adaptation intervient dans le contexte où de nombreux chefs d'établissement éprouvent toujours plus de difficultés à organiser une surveillance adéquate du temps de midi en raison du manque de personnel disponible à cette fin.

L'article 49, 1°, 2°, 4° et 5°, procède aux adaptations correspondantes dans le décret organique du 31 août 1998.

15 Précisions apportées au texte concernant les niveaux de diplôme (art. 98)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, qui définit entre autres les niveaux de diplôme sur lesquels est basée la rémunération dans les fonctions de recrutement, il est prévu de préciser qu'un diplôme de master ou, selon le cas, un diplôme de bachelor ne peut être classé dans le niveau de diplôme I ou, selon le cas, II+ que si le diplôme de master ou, selon le cas, diplôme de bachelor a été délivré par une haute école ou université reconnue. Cette précision est effectuée en raison du fait que des hautes écoles ou universités non reconnues délivrent également des diplômes portant le titre de « bachelor » ou de « master ». Ces diplômes ne correspondent toutefois pas au titre d'enseignement supérieur de bachelor ou de master, de sorte qu'ils ne peuvent pas être classés dans le niveau de diplôme I ou, selon le cas, II+.

L'article 98 procède à l'adaptation dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

16 Précisions apportées au texte concernant le statut (art. 6 à 9 et 57 à 60)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le Gouvernement propose de corriger certaines erreurs de renvoi dans le statut de l'enseignement communautaire et de l'enseignement libre subventionné en ce qui concerne les fonctions de conseiller en pédagogie de soutien dans l'enseignement fondamental et secondaire spécialisé, de secrétaire de direction, de gestionnaire financier et immobilier, et d'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien. Les renvois concernent avant tout les références aux articles qui définissent les différentes possibilités en matière de cessation de la désignation ou de la nomination.

Les **articles 6 à 9** corrigent les renvois dans le statut de l'enseignement communautaire.

Les **articles 57 à 60** corrigent les renvois dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

17 Adaptation de la définition du terme « élève primo-arrivant » (art. 41, 1°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2024

Dans le contexte de l'abaissement de l'âge d'entrée en section maternelle à deux ans et demi, qui entrera en vigueur le 1^{er} septembre 2024, la condition d'âge qu'un enfant ou un jeune doit remplir pour être considéré comme élève primo-arrivant devrait également être modifiée, passant de « entre 3 et 18 ans » à « entre 2,5 et 18 ans ». Le Gouvernement propose par conséquent ladite modification.

L'**article 41, 1°**, modifie la condition d'âge dans la définition du terme « élève primo-arrivant » figurant dans le décret organique en raison de l'abaissement de l'âge d'entrée en section maternelle de trois ans à deux ans et demi.

18 Organisation des emplois dans la fonction de cadre intermédiaire (art. 3, 4, 5, 15, 53, 54 et 55)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Les emplois dans la fonction de cadre intermédiaire dans l'enseignement secondaire ordinaire sont organisés actuellement en tant qu'emplois à mi-temps uniquement. Afin d'augmenter leur horaire, les cadres intermédiaires peuvent en outre dispenser des heures de cours.

La mesure proposée doit permettre aux écoles secondaires ordinaires d'organiser, à l'avenir, les emplois dont elles disposent dans la fonction de cadre intermédiaire sous la forme également de trois quarts d'emploi. Cette mesure se base sur la demande de la direction d'un établissement, laquelle indique qu'il est difficile de pourvoir les demi-emplois et que certains membres du personnel seraient prêts en revanche à exercer l'activité de cadre intermédiaire pour plus d'un mi-temps. Le Gouvernement propose par conséquent ladite modification.

Étant donné que les emplois dans la fonction de cadre intermédiaire pourront dorénavant être occupés non plus uniquement à mi-temps, mais aussi à raison de trois quarts d'horaire, il est procédé dans le statut aux adaptations du texte correspondantes. D'une part, il est prévu que la prime mensuelle pour un trois quarts d'emploi s'élève à 375 euros bruts (non indexés). D'autre part, il est prévu

que le temps de travail hebdomadaire pour un trois quarts d'emploi s'élève en moyenne à 28,5 heures de 60 minutes.

Les articles 3, 4 et 5 procèdent aux adaptations correspondantes dans le statut de l'enseignement communautaire (arrêté royal du 22 mars 1969).

L'article 15 dispose que les emplois en tant que cadre intermédiaire pourront désormais être organisés ou subventionnés non seulement à raison d'un mi-temps, mais aussi sous la forme de trois quarts d'emploi.

Les articles 53, 54 et 55 procèdent à l'adaptation correspondante dans le statut de l'enseignement libre subventionné (décret du 14 décembre 1998).

19 Réduction des frais de scolarité dans l'enseignement secondaire (art. 43, 69 et 70)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

La réduction des frais de scolarité supportés par les personnes chargées de l'éducation constitue un objectif important depuis de nombreuses années. Chaque enfant dispose d'un droit à l'éducation et à l'égalité des chances, ce qui représente toutefois un enjeu financier considérable pour les personnes chargées de l'éducation. Il ressort notamment d'une étude portant sur les frais de scolarité en Belgique de l'Est, menée par l'Union des familles (*Bund der Familien*) au cours de l'année scolaire 2016-2017, que des actions supplémentaires sont nécessaires à ce sujet dans l'enseignement secondaire.

Une enquête de suivi réalisée de novembre 2020 à février 2021 a examiné l'ampleur des besoins d'action et a mis en évidence des détails édifiants sur les frais que les écoles répercutent sur les personnes chargées de l'éducation. Sur la base de ces informations, les principaux facteurs de coûts ont été déterminés, au nombre desquels figurent les frais administratifs, qui se sont révélés être un facteur particulièrement coûteux, indépendamment de l'année d'études et de l'orientation d'études.

Ces frais administratifs comprennent les frais liés aux copies distribuées aux élèves, les frais relatifs au journal de classe et ceux résultant de la délivrance des diplômes.

Ces éléments se rapportent aux aspects clés de la vie quotidienne scolaire de chaque élève. Étant donné que les copies distribuées aux élèves, en particulier, continuent de représenter des outils importants du quotidien scolaire malgré la numérisation croissante dans l'enseignement et que les frais de copie y afférents entraînent des dépenses élevées pour les personnes chargées de l'éducation, ces frais s'avèrent particulièrement adaptés pour être couverts par la mesure proposée.

Afin d'éviter qu'à l'avenir de tels frais ne soient répercutés par les écoles sur les personnes chargées de l'éducation et en vue d'améliorer les chances d'éducation de tous les élèves de l'enseignement secondaire, le Gouvernement propose d'interdire toute participation financière. Il est prévu d'interdire aux écoles secondaires de facturer aux personnes chargées de l'éducation les frais liés aux copies distribuées, au journal de classe et à la délivrance des diplômes. Pour que les écoles ne soient pas pénalisées sur le plan financier par cette mesure, une subvention indexée annuellement s'élevant à 100 euros par élève devrait être octroyée aux écoles secondaires.

Cette mesure permet de réduire la pression financière exercée sur les personnes chargées de l'éducation et d'alléger le budget des familles, indépendamment de leur situation socio-économique.

Ce faisant, ladite mesure permet aussi de répondre à l'objectif d'égalité des chances puisqu'aucune école, année d'études ou orientation d'études n'est privilégiée. En outre, les mêmes frais sont ainsi générés pour tous les élèves en ce qui concerne les copies, le journal de classe et la délivrance des diplômes.

Enfin, le choix de ces éléments permet de contribuer à la protection du climat, en ce qu'il limite le nombre de copies aux documents importants et indispensables. La numérisation croissante s'en trouve également favorisée et l'utilisation des copies ainsi limitée.

L'article 43 ajoute un paragraphe à l'article 32 du décret du 31 août 1998. Ledit paragraphe interdit aux écoles secondaires ordinaires et spécialisées de facturer aux personnes chargées de l'éducation les frais liés aux copies distribuées, aux journaux de classe et à la délivrance des diplômes.

L'article 69 complète l'article 3, alinéa 1^{er}, du décret du 16 décembre 2002, lequel précise les finalités pour lesquelles les moyens financiers octroyés en vertu de ce décret peuvent être utilisés.

L'article 70 complète l'article 4, alinéa 3, du même décret du 16 décembre 2002, en ajoutant les écoles secondaires ordinaires et spécialisées et en fixant les moyens financiers supplémentaires à hauteur de 100 euros par élève pour les écoles secondaires ordinaires et spécialisées, et adapte le § 5, alinéa 2, en fixant l'indice de base pour les moyens supplémentaires.

20 Introduction d'une subvention pour la bibliothèque de partitions dans l'enseignement artistique à horaire réduit (art. 99)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

L'ajout d'un article 58.1 au décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit doit permettre aux académies des arts de se voir attribuer une subvention forfaitaire d'un montant de 2 000 euros destinée à la mise en place et à l'entretien d'une bibliothèque de partitions. Le directeur de l'académie des arts concernée gère la subvention.

Le montant fixé est indexé chaque année. L'indice de base est l'indice du mois de septembre 2023. Une adaptation est effectuée chaque année au mois de septembre sur la base de l'indice à cette date.

Les partitions peuvent être acquises au moyen de la subvention de manière centralisée et être ainsi mises à la disposition de tous les enseignants de l'académie des arts. Cette mesure permet dès lors de réduire les coûts liés à l'achat de partitions, qui était jusqu'à présent effectué de manière individuelle par les membres du personnel.

L'article 99 introduit l'article 58.1, qui précise le montant et les conditions concernant le subventionnement d'une bibliothèque de partitions d'une académie des arts.

21 Adaptation des conditions d'admission en cinquième année de l'enseignement secondaire professionnel (art. 20)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Une inscription en cinquième année de l'enseignement secondaire professionnel est possible, conformément à l'article 15, 3°, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement

secondaire, si un élève a terminé avec fruit la quatrième année de l'enseignement secondaire ou s'il est porteur du certificat d'enseignement secondaire inférieur, pour autant que celui-ci ait été obtenu devant le jury d'examen extrascolaire. Afin d'éviter toute inégalité de traitement entre les élèves ayant obtenu le certificat de degré inférieur dans une école secondaire et ceux ayant obtenu le même certificat devant le jury d'examen extrascolaire, le Gouvernement propose d'adapter ledit article de sorte que le certificat de degré inférieur donne accès à la cinquième année de l'enseignement secondaire professionnel, quel que soit l'établissement qui l'a délivré. Il est également ajouté que, dans ce cas, les élèves doivent être âgés d'au moins seize ans.

L'article 20 prévoit que le certificat d'enseignement secondaire inférieur donne accès à la cinquième année de l'enseignement secondaire professionnel.

22 Inscription annuelle des élèves majeurs dans l'enseignement secondaire (art. 44)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

S'inspirant des décrets en la matière en Communauté française, le Gouvernement propose d'obliger les élèves majeurs qui continuent de fréquenter l'école à se réinscrire chaque année scolaire dans une école secondaire. L'inscription des élèves majeurs est actuellement valable jusqu'à leur désinscription. Ils exercent de ce fait une influence sur le capital emplois et les subventions, alors que certains d'entre eux n'assistent aux cours que de manière irrégulière. La mesure doit permettre aux chefs d'établissement de refuser les inscriptions d'élèves majeurs.

Afin d'éviter tout refus d'inscription injustifié, les chefs d'établissement sont tenus de motiver un tel refus par écrit. La motivation doit être communiquée aux élèves majeurs par recommandé.

L'article 44 régit l'inscription annuelle des élèves et oblige les élèves ou les personnes chargées de l'éducation à accepter de manière formelle le règlement d'ordre intérieur de l'école, le projet éducatif et le projet d'établissement. En outre, les élèves majeurs doivent désormais se réinscrire chaque année dans une école, s'ils souhaitent continuer à suivre les cours; ils ne sont plus considérés comme étant automatiquement inscrits, contrairement aux élèves mineurs.

23 Élargissement ponctuel de la mission des assistants en maternelle (art. 50, 3°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

À la suite de la demande d'une direction d'école fondamentale quant à l'élargissement éventuel des activités pouvant être prises en charge par un assistant en maternelle sans la présence d'un instituteur maternel, les avantages et inconvénients d'un tel élargissement ponctuel de la mission des assistants en maternelle ont fait l'objet d'un débat dans le cadre d'une réunion de chefs d'établissement. Les chefs d'établissement ont indiqué que des assistants en maternelle avaient déjà eu l'occasion ces derniers mois, en l'absence d'instituteurs maternels, de prendre en charge l'accueil de petits groupes pour une durée limitée, lorsqu'aucune autre solution au sein de l'école n'était possible. D'une manière générale, les chefs d'établissement étaient favorables à l'idée d'introduire au niveau décentralisé la possibilité pour les assistants en maternelle d'accueillir ponctuellement de petits groupes sans la présence d'un instituteur maternel. Les chefs d'établissement considèrent important le fait que les assistants en maternelle continuent cependant de travailler sous la responsabilité et sur instruction des instituteurs maternels.

Les chefs d'établissement ont en outre souligné l'importance de définir clairement les tâches que les assistants en maternelle devraient pouvoir exécuter à l'avenir pour une durée limitée sans la présence d'un instituteur maternel. Il s'agit des tâches ci-après énumérées à l'article 98, § 5, du décret du 31 août 1998 : jouer avec les enfants; peindre, bricoler et travailler avec les enfants; faire de la musique avec les enfants; faire de la gymnastique, nager et se promener avec les enfants.

Il est décidé au sein de l'école si et dans quelle mesure un assistant en maternelle peut effectuer ces tâches de manière ponctuelle. Pour cette raison, l'élargissement de la mission des assistants en maternelle, à la demande des chefs d'établissement, a été formulé en tant que disposition potestative. L'instituteur maternel continue par conséquent à avoir autorité sur les assistants en maternelle.

L'article 50, 3°, élargit la mission des assistants en maternelle et prévoit que l'assistant en maternelle peut assumer ponctuellement les tâches mentionnées à l'article 98, § 5, 2° à 4°, du décret du 31 août 1998 sans la présence d'un instituteur maternel.

24 Adaptation des conditions d'accès à la fonction d'évaluateur externe (art. 11)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2023

Le Gouvernement propose d'adapter les conditions en matière de titres pour la fonction d'évaluateur externe. La législation prévoit, jusqu'à présent, que la fonction d'évaluateur externe est accessible aux personnes porteuses au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré et justifiant d'une expérience professionnelle d'au moins dix ans dans une fonction à prestations complètes dans l'enseignement fondamental ou secondaire. Étant donné qu'il s'avère difficile de pourvoir les emplois dans le domaine de l'évaluation externe, ce qui est dû notamment au fait que les candidats ne sont parfois pas en mesure de justifier de l'expérience professionnelle requise dans une fonction enseignante, et qu'un engagement dans cette fonction de sélection par l'intermédiaire d'une dérogation n'est pas autorisé, il est proposé d'adapter la législation relative aux titres, de sorte qu'outre l'exigence en matière de diplôme, une expérience professionnelle pertinente d'au moins cinq ans dans une fonction à prestations complètes dans l'enseignement fondamental ou secondaire soit suffisante. Les services à temps partiel sont à cet égard pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein.

L'article 11 procède aux adaptations correspondantes dans l'arrêté royal du 22 avril 1969.

25 Création d'une base décrétable pour le traitement et l'échange de données dans le cadre de la formation dans les classes moyennes (art. 21, 27 et 31 à 38)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2023

Selon l'Autorité de protection des données (voir son avis n° 07/2022 du 21 janvier 2022 concernant l'avant-projet d'arrêté du Gouvernement relatif à la compensation des désavantages et à la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes), l'article 7, § 7, 6°, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME ne constitue pas une base suffisante pour le traitement de données concernant des apprenants nécessitant un soutien spécifique.

Les dispositions proposées créent non seulement une base explicite pour la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes, mais aussi une base complète pour toutes les données traitées par l'IAWM ou le ZAWM.

L'article 21 introduit les définitions d'inspection scolaire et de Commission de soutien dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 27 introduit la définition d'apprenants nécessitant un soutien spécifique dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 31 insère un chapitre concernant la confidentialité et la protection des données dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 32 introduit un article concernant la confidentialité dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 33 introduit un article concernant le traitement des données à caractère personnel dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 34 introduit un article concernant le traitement de données relatives à la santé dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 35 introduit un article concernant les catégories de données dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 36 introduit un article concernant l'utilisation de données aux fins de l'établissement d'analyses et de statistiques dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 37 introduit un article concernant l'obligation de coopérer dans le décret du 16 décembre 1991.

L'article 38 introduit un article concernant la durée du traitement des données dans le décret du 16 décembre 1991.

26 Adaptation de la composition de la Commission de soutien pour les réclamations en lien avec la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes (art. 49)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2023

Dans le cadre de la mesure précédente, il était proposé de créer une base pour la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes.

Si les personnes chargées de l'éducation ou l'apprenti majeur ne sont pas d'accord avec une décision y afférente, ils peuvent, par analogie avec la façon de procéder dans l'enseignement secondaire, introduire un recours auprès du président de la Commission de soutien dans les huit jours calendrier suivant la réception de ladite décision.

Conformément à l'article 93.24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, la Commission de soutien se compose d'un président, d'un secrétaire, d'un représentant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, d'une personne disposant d'une expérience ou qualification spécifique dans le domaine de la pédagogie de soutien et d'un représentant du département « Pédagogie » du Ministère. En outre, le décret organique prévoit que le pouvoir organisateur de l'école ordinaire que

l'élève fréquente ou fréquentera conformément au souhait des parents détache une personne qui n'appartient pas au personnel de l'école ordinaire concernée au sein de la Commission de soutien.

Les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME ne sont pas considérés comme des écoles ordinaires au sens du même décret du 31 août 1998. Par conséquent, la disposition prévoyant que le pouvoir organisateur de l'école ordinaire désigne un représentant pour la Commission de soutien ne s'applique pas à la formation dans les classes moyennes. Pour qu'il y ait tout de même un représentant du pouvoir organisateur de formation pour les réclamations en lien avec la compensation des désavantages et la protection des notes dans le cadre de la formation dans les classes moyennes, le Gouvernement propose dans ces cas de détacher au sein de la Commission de soutien un représentant de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME à la place du représentant de l'enseignement ordinaire.

L'article 49 dispose que, par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4°, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, une personne proposée par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME est présente aux réunions au cours desquelles la Commission de soutien délibère sur les décisions concernant la compensation des désavantages ou la protection des notes d'un apprenant nécessitant un soutien spécifique.

27 Augmentation du capital emplois de Kaleido (art. 104)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Afin de conférer davantage de stabilité et d'assurer en outre un soutien nécessaire en matière de contenu, chacun des trois coordinateurs de Kaleido sera assisté d'un adjoint. Cet adjoint constitue une ressource précieuse pour le développement et la gestion des vastes domaines de coordination et peut en outre remplacer le coordinateur en cas d'absence de celui-ci ou assurer la continuité en cas de départ du coordinateur.

L'un des trois emplois d'adjoint requis a déjà pu être pourvu dans le cadre du contingent d'emplois de Kaleido. Dès lors, le Gouvernement propose d'augmenter le capital emplois de deux emplois. Ces deux emplois d'adjoint sont des régularisations d'emplois de travailleurs contractuels subventionnés, qui ont déjà été accordés il y a quelque temps.

L'article 104 procède à cette modification dans le décret relatif à Kaleido.

28 Prorogation du délai de destruction des dossiers intégrés de suivi (art. 103)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Kaleido établit un dossier intégré de suivi pour chaque enfant et jeune qu'il accompagne. Kaleido reçoit régulièrement des demandes de parents et de jeunes adultes en ce qui concerne leur situation médicale et psychosociale. Kaleido souhaite s'acquitter de son service auprès des citoyens et demande par conséquent la prorogation du délai prévu pour la destruction des dossiers afin qu'il passe de deux à quatre ans suivant la fin de l'accompagnement ou l'atteinte de la majorité.

À titre d'exemple, lors des adaptations des allocations familiales, en particulier pour les élèves suivant un parcours scolaire dans l'enseignement spécialisé, des tests de QI sont souvent nécessaires pour

d'autres démarches administratives, comme des dossiers auprès de l'Office pour une vie autodéterminée. En cas de destruction après deux ans, des tests approfondis doivent être effectués à nouveau.

En outre, Kaleido procède depuis 2013 à la saisie, dans la base de données E-Vax, des données de vaccination concernant les vaccins administrés en son sein ainsi que les vaccinations réalisées chez les médecins traitants et pédiatres qui n'ont pas procédé à la saisie eux-mêmes. La base de données n'est pas encore complète, étant donné que les enfants dont les données figurent dans ladite base depuis la naissance n'entreront en secondaire qu'en 2025. En 2031, les données de vaccination des premiers jeunes seront consultables dans leur intégralité dans la base de données E-Vax. À l'heure actuelle, Kaleido reçoit chaque semaine des demandes relatives à des données de vaccination. Grâce à une prorogation du délai de conservation des dossiers, il serait possible de satisfaire à la plupart des demandes.

Kaleido étant également un correspondant de la haute école autonome et les élèves qui y étudient provenant le plus souvent des écoles secondaires de la Communauté germanophone, une continuité peut être assurée.

Le Gouvernement propose par conséquent d'augmenter le délai prévu pour la destruction des dossiers en le faisant passer de deux à quatre ans suivant la fin de l'accompagnement ou l'atteinte de la majorité.

L'article 103 prévoit que le dossier intégré de suivi du jeune ne doit être détruit à l'avenir que quatre ans, en lieu et place de deux ans jusqu'à présent, suivant l'atteinte de la majorité ou la fin du suivi, selon le cas, dans la mesure où le suivi se poursuit au-delà de la majorité.

29 Introduction d'un cursus de bachelor en travail social (art. 73, 74, 75, 79, 96 et 97)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

En Belgique de l'Est, le domaine professionnel du travail social est touché par une importante pénurie de main-d'œuvre qualifiée. Cette situation a été confirmée par une enquête menée à la mi-2019 par le Ministère dans le secteur en question. Outre une première vue globale de la situation en matière d'emploi de la main-d'œuvre qualifiée concernée, ladite enquête a permis de donner un aperçu des besoins et des attentes des employeurs en ce qui concerne les compétences de cette main-d'œuvre. Par la suite, une comparaison des cursus existants en Belgique et dans les régions transfrontalières a été établie.

Bien qu'une proportion constante d'étudiants en provenance de Belgique de l'Est soit représentée dans les hautes écoles avoisinantes en région francophone et en Allemagne et obtienne un diplôme de bachelor, les emplois dans le domaine du travail social en Belgique de l'Est peinent à être pourvus dans une mesure suffisante. Les raisons sous-jacentes sont très diverses, deux d'entre elles se détachant cependant, comme cela est ressorti d'une table ronde ayant rassemblé de nombreux acteurs et employeurs du secteur social de Belgique de l'Est :

d'une part, les conditions d'admission aux hautes écoles allemandes – en particulier en ce qui concerne la réalisation d'un stage de trois mois avant le début des études – peuvent difficilement être remplies par les diplômés de l'enseignement secondaire belges. D'autre part, le travail social en Belgique de l'Est exige des contenus spécifiques à la région et des compétences particulières qui ne sont pas ancrés dans les curricula des hautes écoles en Allemagne et en Communauté française.

Le 16 mai 2019, le Gouvernement a pris une décision de principe concernant l'élaboration en matière de contenu d'un cursus de bachelor axé sur la pratique intitulé « Travail social », qui devrait être proposé au sein de la haute école autonome. Le cursus de bachelor doit se distinguer des cursus existants dans les hautes écoles en Communauté française et en Rhénanie-du-Nord-Westphalie par le fait

qu'il doit consister en des études généralistes dans le domaine du travail social – à la différence des études d'assistant social et d'éducateur –, comprendre une part importante de stages et aborder des contenus d'études en lien avec la Communauté germanophone ainsi que le droit belge. En outre, la transmission de connaissances suffisantes en français liées à la discipline concernée est mise en avant. Les compétences transmises doivent permettre d'agir professionnellement de manière autonome dans tous les champs d'action et domaines du travail social et, partant, d'exercer une profession axée sur le travail social et sociopédagogique.

L'article 73 prévoit le changement du nom du département « sciences sanitaires et infirmières » en département « sciences sanitaires, infirmières et sociales ». Cette dénomination est modifiée dans tous les articles concernés.

L'article 74 dispose que la section « travail social » fera désormais également partie du département « sciences sanitaires, infirmières et sociales », formation qui sera sanctionnée par le bachelor en travail social. Les diplômés de la section « travail social » sont autorisés à porter le titre de travailleur social en Belgique.

L'article 75 précise les compétences que les étudiants doivent acquérir dans la section « travail social », ainsi que les domaines de formation des activités de formation.

L'article 79 régit les conditions d'admission pour la section « travail social » : outre le diplôme d'aptitude à accéder à l'enseignement supérieur et le paiement des droits d'inscription, un certificat de bonnes vie et mœurs est exigé. Le travail social comprend toujours un travail relationnel, souvent avec des personnes ou groupes de personnes vulnérables qui se trouvent dans des situations difficiles. C'est pourquoi la relation de confiance entre le travailleur social et ses clients est fondamentale pour une activité exercée dans le domaine du travail social. Des thèmes tels que le travail relationnel, la relation de confiance ainsi que l'image de soi professionnelle y liée sont par conséquent des éléments importants du cursus en travail social. Au-delà du travail de réflexion sur leur personne et leur rôle, il importe que les candidats aux études jouissent déjà d'une réputation irréprochable – comme condition préalable aux études –, c'est-à-dire qu'ils n'aient pas d'inscription dans le casier judiciaire. En outre, dès la première année d'études, le cursus doit être fortement axé sur la pratique, les phases pratiques devant représenter un volume probable de 47 points ECTS au total (1 175 heures ou 147 jours). En règle générale, les institutions sociales dans lesquelles les stages auront lieu exigent également un certificat de bonnes vie et mœurs lors du recrutement de leurs collaborateurs.

Le candidat aux études doit aussi justifier d'une connaissance suffisante du français. Cette connaissance est réputée prouvée par la présentation d'un certificat d'enseignement secondaire inférieur ou supérieur obtenu en Communauté germanophone, de certificats d'enseignement secondaire inférieur ou supérieur délivrés en langue française ainsi que de titres d'une haute école ou d'une université en langue française ainsi que de certificats obtenus dans le cadre du programme DELF-DALF, pour autant que le candidat aux études ait obtenu au moins 60 % dans chacune des épreuves en ce qui concerne le niveau de compétences B1 du cadre européen commun de référence pour les langues.

Cet article prévoit aussi que les places comme étudiants dans la section « travail social » sont limitées à 25 par année d'études. Les candidats aux études soumettent une lettre de motivation, dans laquelle ils détaillent, non seulement les raisons de leur motivation pour ces études et l'exercice de la profession visée, mais aussi leurs expériences antérieures en matière d'engagement social et leurs liens avec la Communauté germanophone. Le chef de département statue sur l'attribution des places.

Les personnes admises en deuxième et troisième année sont celles qui ont terminé avec fruit la première ou deuxième année d'études à la haute école autonome ou qui ont terminé avec fruit une année d'études équivalente dans une autre haute école. Tout comme pour l'admission aux études, une connaissance suffisante du français doit être prouvée et un certificat de bonnes vie et mœurs

présenté. Une lettre de motivation n'est pas nécessaire, étant donné que la réussite d'années d'études précédentes peut déjà être considérée comme une preuve de motivation pour les études visées.

L'article 96 prévoit une augmentation du capital emplois pour le personnel de soutien de la haute école autonome, passant de 12,00 à 12,50 emplois. Sur la base de l'expérience acquise dans les autres cursus de la haute école autonome, la gestion générale du nouveau cursus nécessite 0,5 ETP supplémentaire.

L'article 97 prévoit une augmentation du capital emplois du département « sciences sanitaires, infirmières et sociales » de 7,5 ETP, c'est-à-dire passant de 19,75 à 27,25 emplois. Les 7,5 ETP supplémentaires sont nécessaires pour engager les chargés de cours requis pour dispenser les cours. Les cours de toutes les sections proposées par la haute école étant spécifiques à une discipline, le potentiel de synergie entre les différentes sections est faible.

Dans le projet de modèle pour le bachelor « Travail social », c'est-à-dire dans le cadre de la décision de principe susmentionnée du Gouvernement de la Communauté germanophone du 16 mai 2019, un capital emplois aux fins de la création du nouveau cursus de bachelor avait été fixé entre 8 et 10 emplois à temps plein. Une remarque figurait également dans le projet de modèle selon laquelle une éventuelle réduction à 8 ou 9 emplois était envisageable si des synergies pouvaient être exploitées au sein de la haute école, c'est-à-dire en cas de possibilité d'organisation conjointe de cours pour plusieurs cursus.

À la suite d'un calcul détaillé du capital emplois sur la base d'un nombre de 25 étudiants au maximum par année d'études – soit un nombre total d'étudiants de 75 au maximum pour le cursus « Travail social », les besoins suivants ont pu être recensés en détail : 5,5 ETP pour le personnel enseignant (chargés de cours), 0,5 ETP pour l'accompagnant de la promotion, 0,3 ETP pour l'accompagnement des phases pratiques, 0,2 ETP pour l'accompagnement des travaux de bachelor et 1 ETP pour la coordination et la formation des maîtres de stage.

30 Protection des données et confidentialité dans le décret relatif à la haute école autonome (art. 87 à 95)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Un extrait du casier judiciaire étant exigé lors de l'inscription dans la section « travail social », des dispositions relatives à la protection des données sont nécessaires. Le Gouvernement propose dès lors d'introduire une base générale en matière de protection des données dans le décret relatif à la haute école autonome du 27 juin 2005, laquelle concerne aussi bien les étudiants que les membres du personnel et les prestataires, tels que les chargés de cours invités.

L'article 87 remplace l'intitulé du titre IV du décret du 27 juin 2005 et introduit la protection des données.

L'article 88 introduit un sous-titre concernant la confidentialité et la protection des données dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 89 introduit un article concernant la confidentialité dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 90 introduit un article concernant le traitement des données à caractère personnel dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 91 introduit un article concernant le traitement de données relatives à la santé dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 92 introduit un article concernant les catégories de données dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 93 introduit un article concernant l'utilisation de données aux fins de l'établissement d'analyses et de statistiques dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 94 introduit un article concernant l'obligation de coopérer dans le décret du 27 juin 2005.

L'article 95 introduit un article concernant la durée du traitement des données dans le décret du 27 juin 2005.

31 Adaptation de la définition d'année préparatoire (art. 72)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Depuis 1964, il existe une préparation au brevet en soins infirmiers en Communauté germanophone. Depuis 1988, l'année préparatoire a été étendue à l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur professionnel dans l'orientation d'études « animateur de groupes d'enfants » devant le jury d'examen extrascolaire de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire. Toutefois, au cours de la dernière décennie, très peu de participants ont obtenu le certificat dans ce contexte; de même, les candidats au brevet en soins infirmiers n'ont été guère plus nombreux.

Le programme de l'année préparatoire proposé par la haute école a été entièrement remanié pour l'année scolaire 2018-2019, notamment pour intégrer dans le cours préparatoire l'enseignement du français requis par le décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, et pour adapter le programme, d'une manière générale, sur les plans du contenu et de la structure aux normes juridiques, objectifs formatifs et directives actuels de la Communauté germanophone. Le programme précédent était fortement centré sur le contenu et trop peu sur l'acquisition de compétences et le soutien individuel et différencié.

Le programme actuel correspond à la préparation aux examens présentés devant le jury d'examen extrascolaire de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire aux fins de l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur professionnel dans l'orientation d'études « animateur de groupes d'enfants ».

L'examen préalable à l'admission dans l'enseignement professionnel secondaire complémentaire, section soins infirmiers (brevet), a été abrogé par l'arrêté du Gouvernement du 8 octobre 2020.

L'article 72 remplace la définition du terme « année préparatoire » dans l'article 1.3 du décret du 27 juin 2005.

32 Adaptation des compétences dans la section « fonction enseignante » (art. 76)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Sur la base des exigences et défis auxquels les enseignants des sections maternelles et écoles primaires sont confrontés à l'heure actuelle et le seront dans l'avenir, il est possible de déterminer les compétences d'action professionnelles nécessaires. En 2017 déjà, le département « sciences pédagogiques » de la haute école autonome a commencé à mettre à jour les compétences à acquérir dans un document prospectif. À la suite d'échanges approfondis avec les acteurs de l'enseignement, ces compétences ont été affinées et ancrées dans un profil de compétences, lequel a été mis en œuvre lors de l'année d'études 2021-2022. Afin d'assurer la cohérence entre la réalité concrète des études au sein de la haute école autonome et la base décrétole, les domaines de compétences du profil de compétences sont inscrits dans le décret.

Par ailleurs, les domaines de formation sont également adaptés. Cette nouvelle formulation permet une plus grande flexibilité dans la conception d'un enseignement de haute école centré sur les compétences et transdisciplinaire, de sorte que certaines structures de disciplines soient encouragées, aujourd'hui et à l'avenir, au profit de l'élaboration de domaines de compétences d'un point de vue pluridisciplinaire.

L'article 76 fixe les compétences transmises dans le cadre des formations initiales d'instituteur maternel et d'instituteur primaire ainsi que les activités de formation qui conduisent à l'acquisition des dites compétences.

33 Introduction de dispenses d'examens (art. 82 et 84)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome prévoit, jusqu'à présent, que les personnes qui ont obtenu des crédits reconnus par la haute école peuvent se voir accorder des dispenses de cours. Le Gouvernement propose que la haute école puisse dispenser un étudiant non seulement d'assister à certains cours, mais aussi de passer certains examens. Des résultats obtenus lors d'études antérieures ne doivent par conséquent pas faire l'objet de nouveaux examens dans le cadre de la haute école. La haute école dispose ainsi d'une marge de manœuvre élargie lui permettant d'accorder, outre des dispenses de cours, des dispenses d'examens.

La demande concernant notamment une réduction de la durée des études en raison d'acquis à reconnaître est, dans la pratique, déjà introduite avant même l'inscription aux études. Afin de garantir une sécurité de planification, il est proposé que la haute école fixe un délai pour l'introduction de la demande écrite.

Au sens des lignes directrices relatives aux crédits ECTS, une matière est considérée comme validée lorsqu'une évaluation appropriée montre que les résultats d'apprentissage définis et le niveau adéquat ont été atteints. Dans ce cas, les crédits ECTS indiqués sont attribués. Le décret prévoit jusqu'à présent qu'une dispense de cours est accordée lorsqu'au moins 60 % ont été atteints. Selon les lignes directrices ECTS, une telle façon de procéder n'est pas cohérente et est partiellement inapplicable lorsqu'il n'y a pas de note ou de pourcentage disponible pour des matières validées. Le Gouvernement propose par conséquent d'adapter la formulation de sorte que seule la réussite d'un cours donné doive être prouvée.

L'article 82 précise que les étudiants peuvent obtenir non seulement des dispenses de cours, mais aussi des dispenses de cours et/ou d'examens, lorsqu'ils ont déjà validé des matières comparables et qu'ils introduisent une demande en ce sens avant une date fixée par la haute école dans son règlement des études.

L'article 84 dispose que les modalités sur la base desquelles une dispense de cours et/ou d'examens peut être éventuellement accordée sont fixées dans le règlement des études.

34 Adaptation des conditions d'admission à une formation complémentaire (art. 80 et 83)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Depuis la création de la Haute école autonome en 2005, il était possible de suivre, en plus des cours obligatoires de français (5 points ECTS), d'initiation à la pédagogie de soutien (3 points ECTS) et de philosophie et religion (4 points ECTS), dans le cadre des trois années d'études du bachelors « fonction enseignante », l'un des cours dits « cours à option » en deuxième ou troisième année d'études de la section « fonction enseignante dans le primaire » : il s'agissait des cours de français et didactique (6 points ECTS), de pédagogie spécialisée (4 points ECTS), de religion catholique et didactique (6 points ECTS) ou d'enseignement de la morale et didactique (6 points ECTS).

Toutefois, le programme de formation de la formation initiale du département « sciences pédagogiques » ne prévoit plus de cours à option depuis quelques années. Le Gouvernement propose dès lors de les abroger dans le décret.

La suppression de la possibilité de suivre des cours à option dans le cadre de la formation initiale du département « sciences pédagogiques » a ouvert la possibilité de suivre une formation complémentaire.

Différentes raisons ont conduit à ces changements. Premièrement, avec l'adoption du décret relatif à la pédagogie de soutien en 2009 et l'introduction des pédagogues de soutien dans les écoles fondamentales ordinaires en 2015, une formation complémentaire en pédagogie de soutien (d'abord 10 points ECTS, puis 15 points ECTS) ainsi qu'une expérience professionnelle de deux ans dans l'enseignement se sont progressivement imposées en tant que conditions de désignation pour les enseignants dans la fonction de pédagogue de soutien.

Deuxièmement, il y avait une pénurie de main-d'œuvre qualifiée chez les enseignants des disciplines philosophiques « éthique » et « religion catholique », de sorte qu'une formation complémentaire de 10 ou 15 points ECTS pour les enseignants diplômés a été proposée.

L'extension de toutes les formations complémentaires à 15 points ECTS, survenue au mois de juin 2016, devait répondre à l'ambition d'une formation plus complète sur le plan qualitatif, dans le but de préparer au mieux les participants à leurs tâches professionnelles spécifiques. Les cours à option ne pouvaient pas être intégrés, dans ce volume, dans le programme d'études régulier.

Dans le cadre de la formation initiale, lors de l'organisation des formations complémentaires et après examen des cursus de bachelors en Belgique et à l'étranger, il a été décidé d'augmenter en conséquence la part consacrée à la pratique. En outre, un cours supplémentaire dans le domaine de la pédagogie de soutien intitulé « Initiation à la CFI » (classification internationale du fonctionnement, du handicap et de la santé) (1 point ECTS) fait partie du programme de formation de la première année d'études depuis l'année d'études 2011-2012.

Seule la formation complémentaire « français » peut déjà être suivie lors de la formation initiale d'instituteur primaire. Les conditions pour pouvoir suivre la formation complémentaire « français » sont la maîtrise d'un niveau B1 en français avec 60 % dans chaque compétence ainsi que l'inscription en deuxième année d'études dans la section « fonction enseignante dans le primaire ».

L'article 80 prévoit que le directeur de département peut admettre un étudiant dans la formation complémentaire « français » avant qu'il achève la formation initiale en sciences pédagogiques; toutefois, le diplôme de la formation complémentaire ne peut être délivré qu'une fois la formation initiale réussie.

L'article 83 supprime les cours à option dans le cadre de la formation initiale en sciences pédagogiques.

35 Prise en considération des stages dans les décisions de la haute école autonome relatives au passage dans l'année supérieure (art. 85)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Les stages constituent les activités centrales des études professionnalisantes. Ils permettent en premier lieu d'évaluer l'aptitude à exercer une profession. En second lieu, ils servent au développement des compétences professionnelles en situation réelle, afin de pouvoir faire preuve de capacités décisionnelles et d'action lors de situations exigeantes dans le futur domaine professionnel. Dans le cadre de l'accompagnement pratique, l'utilisation de ces compétences peut être observée et jugée, le développement et l'acquisition des compétences requises pouvant être évalués du point de vue de la pratique professionnelle sur la base d'une année d'études donnée. Les stages jouent par conséquent un rôle essentiel dans les décisions relatives au passage dans l'année supérieure. Afin d'écarter toute ambiguïté à cet égard, le Gouvernement propose de mettre sur un pied d'égalité les examens et stages dans le décret.

L'article 85 dispose que, outre les examens, les stages – ou, selon le cas, la phase de stage en sciences pédagogiques – doivent également être réussis pour qu'un étudiant puisse passer dans l'année supérieure.

36 Adaptation des dispositions relatives au complément de diplôme (art. 86)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le complément de diplôme est établi par les établissements d'enseignement supérieur conformément aux normes convenues par la Commission européenne, le Conseil de l'Europe et l'Organisation des Nations unies pour l'éducation, la science et la culture (Unesco). Le complément de diplôme est pensé comme une aide à la promotion de la reconnaissance des qualifications académiques. Le complément de diplôme est un instrument important de l'espace européen de l'enseignement supérieur pour les diplômés, qui garantit la reconnaissance de leurs diplômes par des établissements d'enseignement supérieur, des autorités et des employeurs dans leur pays d'origine et à l'étranger. Toutefois, il ne remplace pas le diplôme original.

Dans la pratique, les étudiants de la haute école autonome n'ont besoin que de la version allemande du complément de diplôme. Afin de réduire la charge administrative, le Gouvernement propose de délivrer le complément de diplôme en anglais et/ou français sur demande uniquement.

L'article 86 dispose que le complément de diplôme est délivré en anglais et français uniquement à la demande de l'étudiant. La haute école délivre le complément de diplôme en allemand pour tous les étudiants.

37 Adaptation des compétences dans la section « comptabilité » (art. 77)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

La base légale pour les professions comptables et fiscales réglementées a été modifiée en 2019, de sorte que le renvoi y afférent dans le décret relatif à la haute école autonome doit être modifié.

L'article 77 adapte le renvoi à la loi sur les professions comptables et fiscales dans le contexte d'une adaptation de cette base légale.

38 Adaptation des conditions d'admission à la formation initiale du département « finances » (art. 78 et 81)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

L'existence d'un contrat de formation ou de travail dans le domaine concerné fait partie des conditions inhérentes à un cursus en alternance, afin de pouvoir valider la partie en entreprise de la formation à hauteur de 20 points ECTS sur 60 par année de formation. La perte de la place de formation ou de l'emploi dans la discipline d'études conduit automatiquement à l'exclusion des études, pour autant qu'un nouveau contrat de formation ou de travail dans la discipline d'études ne puisse pas être présenté dans les six semaines. Dès que l'étudiant remplit à nouveau cette condition d'admission, il peut reprendre ou poursuivre ses études.

L'article 78 dispose qu'à des fins d'admission à la formation initiale en alternance dans les sections « comptabilité », « banque », « assurances » et « sciences administratives et gestion publique », outre le diplôme d'aptitude à accéder à l'enseignement supérieur et le paiement des droits d'inscription, un contrat de formation ou de travail dans la discipline d'études concernée doit être présenté.

L'article 81 prévoit que la perte de la place de formation ou de l'emploi conduit d'office à l'exclusion des études, pour autant qu'un nouveau contrat de formation ou de travail dans la discipline d'études concernée ne puisse pas être présenté dans les six semaines.

39 Adaptation du capital emplois en section maternelle (art. 62 à 68)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le Gouvernement propose d'adapter le capital emplois en section maternelle sur quatre plans.

Premièrement, un enjeu central est ressorti de nombreuses discussions menées avec les pouvoirs organisateurs, les chefs d'établissement et les instituteurs maternels, à savoir le fait que des quarts d'emploi, demi-emplois et trois quarts d'emploi ne sont pas d'une grande aide pour les sections maternelles, étant donné que ces emplois à temps partiel ne permettent pas de mettre en place de nouveaux groupes-classes. De manière ponctuelle, des classes peuvent certes faire l'objet d'un enseignement par deux enseignants, toutefois la taille des classes reste importante. Il est par conséquent proposé d'adapter les normes, de sorte que seuls des emplois à temps plein soient accordés à l'avenir, et ce, dès que la norme à partir de laquelle un quart d'emploi ou demi-emploi supplémentaire était auparavant accordé est atteinte. Les nouvelles normes correspondent en conséquence à de plus grandes

fourchettes d'élèves, mais un emploi à temps plein supplémentaire est créé beaucoup plus tôt que ce n'était le cas jusqu'à présent. Pour l'année scolaire 2022-2023 en cours, 28 implantations de sections maternelles auraient ainsi bénéficié d'un plus grand capital emplois; 14 emplois supplémentaires dans la fonction d'instituteur maternel auraient été créés. Cette proposition n'a de répercussions négatives pour aucune section maternelle.

Deuxièmement, il est proposé d'introduire un jour de référence supplémentaire pour recalculer le capital emplois, afin de mieux prendre en compte les augmentations du nombre d'élèves au cours de l'année scolaire. Jusqu'à présent, un nouveau calcul du capital emplois intervient le 30 septembre et le cinquième jour d'école du mois d'avril. À partir du 1^{er} septembre 2024, les enfants ayant atteint l'âge de deux ans et demi ne seront admis en section maternelle qu'après les vacances suivantes. Il est par conséquent proposé de procéder au nouveau calcul non pas le cinquième jour d'école du mois d'avril, mais le cinquième jour d'école après les vacances de Pâques. En outre, un nouveau calcul devrait intervenir à l'avenir le cinquième jour d'école du mois de janvier.

Troisièmement, le calcul du capital emplois dans la fonction de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle se base sur le nombre d'emplois à temps plein dont dispose une section maternelle dans la fonction d'instituteur maternel. Si les normes sont modifiées dans la fonction d'instituteur maternel, alors elles devraient l'être aussi pour les activités en langue étrangère en section maternelle, de sorte qu'une heure pour les activités en langue étrangère continue d'être accordée par équivalent temps plein dans la fonction d'instituteur maternel. Pour l'année scolaire 2022-2023, cette adaptation aurait donné lieu à 26 heures en plus.

Il est également proposé de préciser la règle concernant le nouveau calcul de ce capital emplois dans le courant de l'année scolaire, cela n'ayant pas été fait dans le cadre du décret du 27 juin 2022. En outre, le nouveau calcul de ce capital emplois devrait également, de manière supplémentaire, intervenir le cinquième jour d'école du mois de janvier.

Quatrièmement, afin d'offrir plus de flexibilité aux pouvoirs organisateurs et de leur permettre de mieux faire face aux réalités diverses des différentes implantations dont ils sont responsables, il est proposé de donner aux pouvoirs organisateurs la possibilité d'organiser à l'avenir 50 % du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle dans une autre fonction. Ils peuvent à cet égard choisir s'ils organisent le capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle, d'instituteur maternel, de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle ou de maître spécial de musique en école fondamentale.

Étant donné que pour l'année scolaire 2023-2024, seuls 75 % du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle seront accordés, une disposition transitoire devrait être fixée selon laquelle seuls 25 % de ce capital emplois pourront être organisés dans une autre fonction pour cette année scolaire.

L'article 62 fixe les nouvelles normes en ce qui concerne l'attribution du capital emplois dans la fonction d'instituteur maternel. Les nouvelles normes ne prévoient plus de quart d'emploi, demi-emploi ou trois quarts d'emploi, mais seulement des emplois entiers. Les sections maternelles obtiennent désormais immédiatement l'emploi à temps plein suivant à partir du moment où elles obtenaient jusqu'à présent un quart d'emploi ou demi-emploi supplémentaire.

Étant donné que le capital emplois dans la fonction de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle, qui a été introduite par le décret du 27 juin 2022 relatif à la promotion des compétences en langues étrangères dans l'enseignement, se base sur les normes applicables pour les emplois des instituteurs maternels, les normes concernées sont également adaptées, de sorte qu'une section maternelle continue d'obtenir une heure dans la fonction de maître spécial d'activités en langue étrangère par équivalent temps plein dans la fonction d'instituteur maternel.

L'article 63 adapte la date de nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'instituteur maternel, qui était fixée au mois d'avril jusqu'à présent. En outre, il introduit un jour de référence supplémentaire pour le nouveau calcul et le fixe au cinquième jour d'école du mois de janvier.

L'article 64 adapte les règles concernant le nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'instituteur maternel et celle de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle. D'une part, il fixe les règles relatives au nouveau calcul du capital emplois dans la fonction de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle, étant donné que cela n'a pas été fait dans le décret du 27 juin 2022 relatif à la promotion des compétences en langues étrangères dans l'enseignement. D'autre part, il adapte les modalités concernant le nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'instituteur maternel au cours de l'année scolaire dans le contexte de l'introduction d'un jour de référence supplémentaire pour le nouveau calcul au mois de janvier.

L'article 65 prévoit que le pouvoir organisateur peut organiser 50 % du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle dans celle d'instituteur maternel, de surveillant-éducateur, de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle ou de maître spécial de musique en école fondamentale, pour autant que cette conversion n'entraîne pas de mise en disponibilité par défaut d'emploi.

L'article 66, par analogie avec le nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'instituteur maternel, introduit un jour de référence supplémentaire au mois de janvier pour le nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle.

L'article 67 adapte les modalités concernant le nouveau calcul du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle au cours de l'année scolaire dans le contexte de l'introduction d'un jour de référence supplémentaire pour le nouveau calcul au mois de janvier.

L'article 68 fixe une disposition transitoire pour l'année scolaire 2023-2024 pour ce qui concerne la possibilité d'organiser le capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle dans une autre fonction. Étant donné que pour l'année scolaire 2023-2024, seuls 75 % du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle seront accordés, jusqu'à 25 % seulement du capital emplois dans la fonction d'assistant en maternelle pourront être organisés dans une autre fonction pour cette année scolaire.

40 Adaptation des conditions en matière de titres pour la fonction de surveillant-éducateur (art. 12)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2024

Compte tenu du large éventail de tâches incombant aux surveillants-éducateurs, le Gouvernement propose d'ajouter le diplôme de bachelor en travail social comme titre pour la fonction de surveillant-éducateur.

L'article 12 ajoute le diplôme de bachelor en travail social comme titre pour la fonction de surveillant-éducateur.

41 Création d'un emploi supplémentaire comme adjoint pour l'inclusion et l'intégration (art. 101)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Le Gouvernement propose d'adapter l'article 4 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

Le Gouvernement entend de cette manière inscrire de manière structurelle un emploi supplémentaire d'adjoint dans le domaine de la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

Le volume des tâches dans ce domaine ne cesse d'augmenter ces derniers temps. Le traitement des tâches est également devenu plus complexe dans sa nature.

Des ressources supplémentaires sont nécessaires afin de continuer à garantir la mise en œuvre de la mission fixée par décret en matière de guidance pour l'inclusion et l'intégration et de poursuivre l'élaboration des contenus au niveau de la pédagogie de soutien.

À la lumière de ce qui précède, il y a lieu de créer un emploi à temps plein supplémentaire d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration.

L'article 101 procède à cette modification dans le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

42 Institutionnalisation de la formation élémentaire (art. 22 à 26)

Entrée en vigueur : 1^{er} octobre 2022

À la suite de l'achèvement des projets pilotes FSE réussis d'intégration professionnelle par l'accompagnement dans le cadre de la formation en alternance (BIDA) I, II et II+, il est procédé à l'institutionnalisation de la formation élémentaire.

La formation élémentaire, comme préparation possible à l'apprentissage pour les apprenants qui rencontrent des obstacles au placement, que ce soit sur le plan scolaire ou sur le plan personnel et social, est institutionnalisée. Le besoin de préparation se situe au niveau du renforcement des compétences aussi bien professionnelles que personnelles, méthodologiques et sociales. Grâce à un accompagnement individuel, les apprenants doivent se voir offrir une chance de suivre une formation classique d'apprenti, même s'ils ne remplissent pas au départ les conditions requises pour commencer un apprentissage.

43 Évaluation interne et externe dans les ZAWM (art. 28, 29 et 30)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2023

Article 28

En raison du fait que la formulation actuelle, en particulier pour ce qui concerne le thème du développement pédagogique des activités des centres, ne détaille pas assez les mesures qui peuvent être prises, il apparaît pertinent d'apporter de nouvelles précisions. Étant donné que les centres jouent un rôle fondamental dans la formation de la future main-d'œuvre qualifiée en Belgique de l'Est et que

l'IAWM a pour mission de « promouvoir les cours et activités de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME, de les coordonner et de garantir leur surveillance pédagogique, administrative et financière », il convient de préciser ici de quelle manière cela est réalisable, à savoir par l'intermédiaire d'une évaluation interne et externe, d'entretiens de définition d'objectifs avec les différents membres de la direction des centres, et en cas de constatations de certains manquements, d'un plan de développement à présenter par les ZAWM et, si besoin est, de prescriptions de l'IAWM visant à combler les lacunes sur le plan de la qualité. Afin que l'IAWM puisse assurer sa mission en tant qu'autorité de surveillance, il doit également disposer de moyens appropriés pour mener à bien cette mission, et ce, notamment en ce qui concerne les points 2 et 3, sur la base de ce qui se fait déjà dans l'enseignement depuis quelques années dans le cadre de l'évaluation et de l'accompagnement des écoles (voir art. 68 et suivants du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées).

Article 29

Il s'agit ici d'accorder encore une fois une importance toute particulière au thème de la gestion de la qualité et de rappeler explicitement au conseil d'administration qu'outre la surveillance financière, le thème de la qualité joue aussi un rôle essentiel, la direction nécessitant à cet égard le soutien du conseil d'administration, et que ce thème occupe également une place importante dans le cadre du travail quotidien de l'IAWM.

Article 30

Étant donné que le texte du décret date de 1991, le travail pédagogique et la gestion de la qualité des centres n'ont jusqu'à présent pas été mis en avant de façon appropriée dans le décret et il n'a pas non plus été explicité en quoi ces deux thèmes consistent. C'est pourquoi le thème de la gestion de la qualité devrait ici aussi revêtir une importance toute particulière et être explicité. En outre, il est difficile de comprendre pourquoi, alors que toutes les écoles ont évolué dans ce domaine et que des critères à remplir ont également été définis dans le décret de 1998, le thème en question n'est aucunement évoqué actuellement dans le texte du décret en ce qui concerne la formation en alternance, alors que, là aussi, de nombreuses choses sont déjà entreprises et mises en œuvre sur le terrain, mais souffrent d'une visibilité et valorisation insuffisantes. Il semble par conséquent grand temps de fixer également dans le cadre de la formation en alternance des critères qui mettent l'accent sur le travail pédagogique et la gestion de la qualité des centres, avec une attention particulière portée au développement pédagogique.

44 Augmentation du pourcentage concernant la réclamation des subventions de fonctionnement accordées et leur réallocation entre les écoles d'un même pouvoir organisateur (art. 39)

Entrée en vigueur : 1^{er} juillet 2023

Depuis le 1^{er} septembre 2021, le pouvoir organisateur peut exiger de ses écoles 10 % des subventions de fonctionnement qui leur sont accordées et les allouer aux écoles de son ressort qui ont des besoins financiers plus importants. Cette mesure avait pour but de garantir la solidarité entre les écoles du pouvoir organisateur et d'offrir à tous les élèves un enseignement de haute qualité dans les conditions les plus favorables possibles.

Les offres de formation et les frais courants des écoles – par exemple en ce qui concerne les bâtiments – n'ont toutefois pas nécessairement de lien avec les subventions de fonctionnement, lesquelles sont fixées en fonction du nombre d'élèves. Afin que le pouvoir organisateur puisse répondre à ces enjeux ainsi qu'aux défis imprévisibles de manière plus flexible, il est proposé, à la demande du pouvoir

organisateur de l'enseignement libre subventionné, d'élargir la possibilité de solidarité entre les écoles relevant d'un même pouvoir organisateur. Un pouvoir organisateur doit pouvoir à l'avenir exiger de ses écoles jusqu'à 30 % des subventions de fonctionnement qui leur sont accordées et les allouer à d'autres écoles de son ressort. Lors de la répartition des subventions de fonctionnement, il continue d'incomber au pouvoir organisateur de veiller à l'égalité de traitement de ses écoles et des élèves qui les fréquentent.

L'article 39 dispose que le pouvoir organisateur peut désormais exiger de ses écoles 30 %, et non plus 10 %, des subventions de fonctionnement qui leur sont accordées, afin de les allouer aux écoles de son ressort qui présentent les besoins financiers les plus importants.

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET DE DÉCRET

Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement – 2023

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique

Article 1^{er} – Dans l'article 41, § 2, alinéa 2, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, le tableau est remplacé par ce qui suit :

« Nombre minimum d'heures de cours	Nombre diviseur
20	20
22	22
24	24
28	28
29	29
30	30
32	32
36	36
38	38 ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal organique du 13 août 1962 des centres psycho-médico-sociaux

Art. 2 – Dans l'article 3, § 1^{er}, 2°, de l'arrêté royal organique du 13 août 1962 des centres psycho-médico-sociaux, les mots « et professionnelles » sont abrogés.

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 3 – Dans l'article 91*sexiesdecies*, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, les mots « le demi-emploi » sont remplacés par les mots « le demi-emploi ou trois quarts d'emploi ».

Art. 4 – Dans l'article 91*duodevicies*, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par les décrets des 18 juin 2018 et 28 juin 2021, les mots « 250 euros » sont remplacés par les mots « 250 euros, s'il s'agit d'un demi-emploi, ou, selon le cas, de 375 euros, s'il s'agit d'un trois quarts d'emploi ».

Art. 5 – Dans l'article 91*undevicies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, les mots « cadre temporaire est de 19 heures de 60 minutes par semaine en moyenne » sont remplacés par les mots « cadre intermédiaire est, dans le cas d'un demi-emploi, de 19 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Dans le cas d'un trois quarts d'emploi, le temps de travail est de 28,5 heures de 60 minutes par semaine en moyenne ».

Art. 6 – À l'article 91*viciester* du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par les décrets des 26 juin 2017 et 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, alinéa 1^{er} » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 91*septies*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 169, 2° à 4°, s'appliquent également au conseiller nommé à titre définitif en application de l'article 91*duodetrices*. »

Art. 7 – À l'article 91*undequadagries* du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 91*septies*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 169, 2° à 4°, s'appliquent également au secrétaire de direction nommé à titre définitif en application de l'article 91*septies*, § 3. »

Art. 8 – À l'article 91*quadragessexies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 91*septies*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 169, 2° à 4°, s'appliquent également au gestionnaire financier et immobilier nommé à titre définitif en application de l'article 91*septies*, § 3. »

Art. 9 – À l'article 91*quintagiessemel* du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 91*septies*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 169, 2° à 4°, s'appliquent également à l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien nommé à titre définitif en application de l'article 91*septies*, § 3. »

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

Art. 10 – Dans l'article 7, 9.1.1°, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, inséré par le décret du 26 juin 2017, le mot « ou » est remplacé par les mots « ou d'instituteur maternel ou ».

Art. 11 – Dans l'article 10, 18*sexies*°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 octobre 2010, le mot « dix » est remplacé par le mot « cinq ».

Art. 12 – L'article 14, 1°, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 1^{er} avril 1977 et l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2000, est complété par un k) rédigé comme suit :

« k) le diplôme de bachelor en travail social; »

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 13 – L'article 19 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 25 juin 1996, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pendant le congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité, le membre du personnel preste la moitié d'un horaire complet. Si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l'unité supérieure pour ce qui concerne les membres du personnel relevant de la catégorie du personnel enseignant, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé auprès de la haute école autonome. »

Art. 14 – L'article 24 du même arrêté royal, modifié par le décret du 26 juin 2006, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le congé ne commence pas le 1^{er} septembre de l'année scolaire en cours, mais à une autre date, alors il peut être accordé, par dérogation à l'alinéa 1^{er}, jusqu'au 31 août de l'année scolaire en cours à la demande du membre du personnel. »

Chapitre 6 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

Art. 15 – Dans l'article 3, § 1.2, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par les décrets des 18 juin 2018 et 27 juin 2022, il est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les emplois dans la fonction de cadre intermédiaire peuvent être organisés ou subventionnés sous la forme d'emploi à mi-temps ou de trois quarts d'emploi. »

Art. 16 – L'article 7 du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté royal n° 61 du 20 juillet 1982, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'emploi de responsable informatique peut également être scindé en un quart d'emploi et un trois quarts d'emploi et être réparti en conséquence entre deux membres du personnel. »

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 17 – L'article 2 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, modifié par la loi du 31 juillet 1984 et l'arrêté royal n° 453 du 29 août 1986, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Dans les deuxième et troisième degrés de l'enseignement secondaire ordinaire, le nombre d'heures de cours à prester par semaine dans la fonction de professeur de pratique professionnelle, dans le cas d'une occupation à temps plein, s'élève à vingt-neuf heures au minimum et à trente et une heures au maximum. »

Art. 18 – L'article 10, § 1^{er}, alinéa 5, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 25 juin 1996, est complété par la phrase suivante :

« Si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l'unité supérieure pour ce qui concerne les membres du personnel relevant de la catégorie du personnel enseignant, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé auprès de la haute école autonome. »

Art. 19 – L'article 10*bis*, § 2, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 juin 2005, est complété par la phrase suivante :

« Si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l'unité supérieure, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé auprès de la haute école autonome. »

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire

Art. 20 – L'article 15, 3°, b), de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 22 juin 1989, est remplacé par ce qui suit :

« b) les élèves porteurs du certificat de l'enseignement secondaire inférieur ou d'un certificat y assimilé et qui sont âgés d'au moins seize ans; le choix de l'orientation d'études est toutefois soumis à l'avis positif du conseil d'admission. »

Chapitre 9 – Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME

Art. 21 – L'article 1^{er} du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, modifié par le décret du 28 juin 2021, est complété par les 4°, 5° et 6° rédigés comme suit :

« 4° inspection scolaire : le service institué par le décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, qui assure les missions qui lui sont confiées par le même décret;

5° Commission de soutien : la Commission de soutien mentionnée à l'article 93.24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées;

6° règlement général sur la protection des données : le règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE. »

Art. 22 – Dans l'article 5, alinéa 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, le mot « deux » est remplacé par le mot « trois »;

2° il est inséré un 1° rédigé comme suit :

« 1° la formation élémentaire, en tant que préparation individuelle à l'apprentissage destinée aux personnes qui, en raison de compétences scolaires ou sociales insuffisantes, ont besoin d'un soutien ciblé avant l'apprentissage; »

3° les 1° et 2° actuels deviennent les 2° et 3°.

Art. 23 – Dans l'article 6 du même décret, les mots « d'une formation élémentaire, » sont insérés entre les mots « faire l'objet » et les mots « d'un apprentissage ».

Art. 24 – Dans le chapitre II, section 1, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré une sous-section 1, comportant l'article 6.2, intitulée comme suit :

« Sous-section 1 - La formation élémentaire »

Art. 25 – Dans le chapitre II, section 1, sous-section 1, du même décret, il est inséré un article 6.2 rédigé comme suit :

« Art. 6.2 - § 1^{er} - La formation élémentaire comprend une formation pratique dans une entreprise formatrice agréée par l'Institut, formation complétée par des cours préparatoires à l'apprentissage.

Par "entreprise formatrice", il faut entendre une entreprise économique ou un établissement comparable relevant soit d'une profession libérale soit des services publics.

§ 2 - La formation élémentaire suppose la conclusion d'un contrat d'apprentissage, pour la durée de cette formation, par l'intermédiaire d'un secrétaire d'apprentissage.

§ 3 - Par le contrat d'apprentissage :

1° un chef d'entreprise s'engage à donner ou à faire donner à un apprenant une formation générale, technique et pratique de base, préparatoire à l'apprentissage;

2° un apprenant s'engage à apprendre la pratique de la profession sous la direction et la surveillance du chef d'entreprise et/ou du formateur ainsi qu'à participer aux cours, tests et examens nécessaires à sa formation.

§ 4 - La participation aux cours, tests et examens mentionnés au § 3 ainsi que l'intervention du secrétaire d'apprentissage mentionnée aux §§ 2 et 3 sont gratuites pour l'apprenti et/ou les parents ou le tuteur de l'apprenti.

§ 5 - Sur avis de l'Institut, le Gouvernement fixe :

1° les conditions d'admission à la formation élémentaire;

2° les conditions que les entreprises doivent remplir pour dispenser une formation pratique dans le cadre du contrat d'apprentissage ainsi que les conditions auxquelles une entreprise peut se voir retirer l'autorisation de former des apprentis;

3° la durée de la formation élémentaire;

4° la période pour la conclusion des contrats d'apprentissage;

5° les dispositions relatives au contenu, à la forme, à l'approbation et au retrait du contrat d'apprentissage;

6° les conditions d'organisation des cours, tests et examens;

7° les conditions dans lesquelles des attestations de fréquentation peuvent être délivrées lorsque la formation a été partiellement suivie. »

Art. 26 – L'actuel chapitre II, section 1, sous-section 1, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, devient le chapitre II, section 1, sous-section 1.1.

Art. 27 – Dans l'article 7, § 7, du même décret, modifié par le décret du 17 mai 2004, il est inséré un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° les conditions dans lesquelles les apprenants nécessitant un soutien spécifique peuvent être davantage soutenus; par "apprenants nécessitant un soutien spécifique", il faut entendre :

a) les apprenants souffrant de troubles sensoriels ou de la perception;

b) les apprenants souffrant de troubles de performance partiels;

c) les apprenants souffrant de troubles moteurs ou d'un déficit fonctionnel temporaire. »

Art. 28 – À l'article 16 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« promouvoir les cours et activités de formation et de formation continue dans les Classes moyennes et les PME, les coordonner et garantir leur surveillance pédagogique, administrative et financière; à cet effet, des entretiens de définition d'objectifs ont lieu sur une base semestrielle entre la direction de l'Institut et la direction des centres, dans le cadre desquels des objectifs concrets sont convenus et, le cas échéant, des objectifs en matière de garantie de la qualité peuvent être prescrits par la direction de l'IAWM; »

2° l'article est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Aux fins de l'exercice des missions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°, l'Institut peut recourir à des procédures d'évaluation interne et externe ayant pour but :

1° de vérifier avec quel degré de qualité les centres respectent la mission qui leur a été confiée par le présent décret;

2° de déterminer, si et dans quelle mesure, les structures organisationnelles ainsi que les méthodes et résultats du travail pédagogique des centres permettent d'atteindre les objectifs du projet pédagogique;

3° d'apporter une base scientifique aux fins du développement futur des centres. »;

3° l'article est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Aux fins de l'exercice des missions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°, l'Institut peut, dans des cas motivés, ordonner et initier des mesures en matière de garantie et de développement de la qualité et contrôler les résultats y afférents. S'il ressort de l'évaluation que la qualité des activités des centres est insuffisante, l'Institut donne pour instruction de combler les lacunes constatées en matière de qualité dans un délai déterminé. À cette fin, les centres soumettent un plan de développement devant être approuvé par l'Institut, plan qui définit les mesures concrètes, fixe le calendrier y afférent et décrit leur mise en œuvre. Dans le cadre d'une évaluation a posteriori fixée dans le temps par l'Institut, l'efficacité desdites mesures sera ensuite à nouveau contrôlée. »

Art. 29 – L'article 21 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le conseil d'administration soutient la direction dans le développement de la gestion de la qualité dans les centres agréés ainsi que dans la réalisation des objectifs fixés lors des entretiens semestriels de définition d'objectifs mentionnés à l'article 16, alinéa 1^{er}, 1°, tenus avec les membres de la direction des centres. »

Art. 30 – Dans le chapitre IV, section 2, du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 28.1 rédigé comme suit :

« Art. 28.1 - Afin d'assurer la durabilité de la garantie et du développement de la qualité et de rester agréés, les centres soumettent chaque année à l'Institut un projet pédagogique pour le 31 mai au plus tard, qui doit être approuvé par le conseil d'administration de l'Institut. Ce projet pédagogique comprend au moins les éléments suivants :

1° la situation de départ des centres, c'est-à-dire leur niveau de développement actuel en tenant compte des données extra- et intrascolaires;

2° le schéma d'orientation pédagogique des centres, reprenant l'attitude fondamentale et les valeurs d'après lesquelles les centres s'orientent dans toutes leurs activités;

3° le programme d'exécution, comprenant les mesures de mise en œuvre du concept pédagogique global et déterminant la mise en œuvre des points forts de développement choisis au sein du centre. En font partie :

a) la fixation des objectifs de développement;

b) le plan de développement, assorti des mesures de mise en œuvre;

c) le contrôle concret du degré de réalisation des objectifs dans le cadre d'une procédure d'évaluation interne définie;

d) la fixation de points forts de développement nouveaux ou complémentaires, ou l'adaptation de ceux-ci;

4° un concept en matière de détermination et d'évaluation des performances centrées sur les compétences;

5° le curriculum du centre, qui se compose de curriculums disciplinaires et de curriculums partiels portant sur les points forts de développement du centre;

6° un concept en matière de gestion des réclamations et un rapport annuel sur les résultats. »

Art. 31 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IV.1, comportant les articles 34.1 à 34.7, intitulé comme suit :

« Chapitre IV.1 – Confidentialité et protection des données ».

Art. 32 – Dans le chapitre IV.1 du même décret, il est inséré un article 34.1 rédigé comme suit :

« Art. 34.1 - *Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'Institut, les centres agréés ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leurs missions. »

Art. 33 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.2 rédigé comme suit :

« Art. 34.2 – *Traitement des données à caractère personnel*

Sans préjudice de l'article 34.3, l'Institut et les centres agréés, dans le respect de la répartition des compétences et missions de chacun, sont responsables du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 34.4 au sens du règlement général sur la protection des données. L'Institut et les centres agréés sont réputés responsables du traitement au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

L'Institut et les centres agréés collectent et traitent des données à caractère personnel en vue de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions de l'Institut et les objectifs des centres agréés mentionnés au chapitre IV. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales. »

Art. 34 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.3 rédigé comme suit :

« Art. 34.3 – *Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé en ce qui concerne l'aptitude physique des apprenants concernés à exercer le métier convenu s'effectue sous la responsabilité du directeur de l'Institut. Le directeur de l'Institut informe à cet égard le secrétaire d'apprentissage concerné de ses devoirs en matière de sécurité de l'information et de protection des données.

Le traitement de données relatives à la santé en ce qui concerne les apprenants nécessitant un soutien spécifique s'effectue sous la responsabilité du directeur du centre agréé concerné, de l'inspection scolaire, du service compétent du centre de pédagogie de soutien, du secrétaire d'apprentissage concerné et de la Commission de soutien. »

Art. 35 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.4 rédigé comme suit :

« Art. 34.4 - *Catégories de données*

L'Institut et les centres ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution peuvent collecter et traiter toutes les données à

caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées conformément à l'article 34.2, alinéa 2, relevant des catégories de données suivantes :

1° les données ci-après concernant l'apprenant :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact de l'apprenant;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données relatives à l'identité et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;
- d) les données concernant la fréquentation scolaire ou la formation de l'apprenant;
- e) les données concernant la situation familiale de l'apprenant;
- f) les données concernant la santé et le développement de l'apprenant en lien avec les mesures correctives prises dans le domaine de formation concerné;
- g) les données concernant le recours aux primes dans le cadre de systèmes de formation en alternance;

2° les données ci-après concernant les centres agréés, leurs prestataires et leurs membres du personnel respectifs :

- a) les données relatives à l'identité des membres du personnel du centre et de ses prestataires;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données concernant la situation et la qualification professionnelles des membres du personnel du centre et de ses prestataires;
- d) les données judiciaires concernant les membres du personnel du centre et de ses prestataires;

3° les données ci-après concernant les chefs d'entreprise, formateurs et tuteurs en entreprise agréés :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact des chefs d'entreprise, formateurs et tuteurs en entreprise agréés;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données concernant la formation ou l'expérience professionnelle des chefs d'entreprise, formateurs et tuteurs en entreprise agréés;
- d) les données concernant les capacités et aptitudes pédagogiques des chefs d'entreprise, formateurs et tuteurs en entreprise agréés;
- e) les données concernant le recours aux primes dans le cadre de systèmes de formation en alternance;
- f) les données judiciaires concernant les chefs d'entreprise, formateurs et tuteurs en entreprise agréés.

Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 36 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.5 rédigé comme suit :

« Art. 34.5 - *Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, l'Institut recourt de préférence à des données anonymes pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de ses missions mentionnées à l'article 16.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, l'Institut mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 37 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.6 rédigé comme suit :

« *Art. 34.6 - Obligation de coopérer*

§ 1^{er} – Les personnes occupées auprès de l'Institut et des centres collaborent avec des organismes publics et d'utilité publique qui proposent des prestations dans l'intérêt de la formation ou de la formation continue, de la couverture sociale, du développement sain et de l'insertion professionnelle de l'apprenant.

Dans le cadre de cette collaboration, l'Institut peut, avec l'accord de l'apprenant, échanger des informations concernant l'apprenant ou les formations ou formations continues suivies ou recommandées.

La collaboration exige le respect de la répartition des compétences et missions de chacun.

§ 2 – Pour remplir ses missions énumérées dans le chapitre IV, l'Institut travaille en collaboration avec des employeurs et des prestataires qui proposent des formations ou formations continues.

Dans le cadre de cette collaboration, l'Institut peut, avec l'accord de l'apprenant, échanger des informations concernant l'apprenant ou les qualifications.

§ 3 – Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise :

1° les groupes de personnes avec lesquels des informations peuvent être échangées;

2° les catégories de données qui peuvent être échangées avec l'accord de l'apprenant. »

Art. 38 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 34.7 rédigé comme suit :

« *Art. 34.7 - Durée du traitement des données*

Les données ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire pour réaliser les objectifs pour lesquels elles sont traitées sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise la durée du traitement des données. »

Chapitre 10 – Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné

Art. 39 – Dans l'article 2^{quiquies}, alinéa 1^{er}, du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, inséré par le décret du 28 juin 2021, le mot « 10 % » est remplacé par le mot « 30 % ».

Chapitre 11 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 40 – Dans l'article 3^{bis}, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001, l'alinéa 2 est abrogé.

Chapitre 12 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 41 – À l'article 4 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 37°, a), le nombre « 3 » est remplacé par le nombre « 2,5 »;

2° l'article est complété par un 44° rédigé comme suit :

« 44° travaux à domicile : les tâches que l'enseignant attribue aux élèves à des fins d'approfondissement des compétences acquises en classe et de préparation aux tests et aux examens et que les élèves effectuent en dehors des heures de cours à l'école ou à la maison. »

Art. 42 – À l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « les centres P.M.S. ou » sont remplacés par les mots « l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone et »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Afin de remplir la mission mentionnée à l'alinéa 1^{er}, les écoles ordinaires mettent en œuvre au minimum les activités décrites ci-après qui sont préparées et suivies en classe :

1° Afin que les élèves du degré supérieur puissent se forger une idée concrète du monde du travail, les écoles primaires organisent à leur intention une découverte des métiers. Cette découverte d'un domaine professionnel sur place intervient en tant qu'outil collectif au sein d'une classe.

2° L'école secondaire veille à ce que chaque élève crée un portfolio numérique concernant son orientation professionnelle, qui l'accompagne tout au long de son parcours scolaire dans l'enseignement secondaire, et que ce portfolio soit enrichi en continu.

3° Afin de découvrir les différents champs d'activités d'un domaine professionnel choisi individuellement et de confronter son choix de profession à la réalité, l'élève effectue au cours du premier degré de l'enseignement secondaire un stage d'observation d'une journée au minimum qu'il organise lui-même. L'école soutient l'élève si nécessaire.

4° Afin que les élèves en troisième année de l'enseignement secondaire bénéficient d'un aperçu général de la structure, des fonctions possibles, des divers processus opérationnels et des différents départements d'une entreprise, les écoles secondaires organisent une découverte de l'entreprise à leur intention. Cette découverte de l'entreprise intervient en tant qu'outil collectif au sein d'une classe.

5° En quatrième année de l'enseignement secondaire, les élèves âgés d'au moins quinze ans effectuent un stage de trois jours au minimum, qui a lieu pendant les heures de cours et est organisé par l'élève lui-même. L'école soutient l'élève si nécessaire. Les élèves en quatrième année de l'enseignement secondaire qui n'ont pas atteint l'âge de quinze ans effectuent un stage d'observation.

6° Pour permettre à l'élève de prendre conscience de ses points forts, aptitudes et intérêts particuliers, l'école secondaire organise dans le troisième degré une réflexion personnelle accompagnée en tant qu'offre collective. Sur la base de cette première réflexion personnelle menée en groupe, l'élève peut ensuite, sur une base volontaire, bénéficier d'offres individuelles garanties par l'école en collaboration avec des experts externes. »

Art. 43 – L'article 32 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 5 mai 2014, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Une école secondaire ordinaire ou spécialisée ne peut exiger des personnes chargées de l'éducation une participation aux frais pour :

1° les copies distribuées;

2° les journaux de classe;

3° les frais de fonctionnement de l'école;

4° les frais liés à la délivrance des diplômes. »

Art. 44 – Dans le chapitre IV, section 4, du même décret, il est inséré un article 33.1 rédigé comme suit :

« Art. 33.1 – *Obligation d'inscription*

L'inscription dans une école suppose l'acceptation par les personnes chargées de l'éducation, dans le cas des élèves mineurs, ou par les élèves majeurs du règlement d'ordre intérieur de l'école, du projet éducatif et du projet d'établissement.

Sans préjudice des articles 25, 26, 27, 33, 35, 36 et 37, l'élève mineur est considéré comme inscrit dans la même école d'une année à l'autre, tant que les personnes chargées de son éducation n'informent pas l'école par écrit de sa désinscription.

Un élève majeur est tenu de se réinscrire chaque année s'il souhaite poursuivre sa formation scolaire au sein de la même école. Si l'inscription est refusée, le motif doit en être communiqué par recommandé à l'élève majeur. »

Art. 45 – L'article 75*bis* du même décret, inséré par le décret du 16 juin 2008 et modifié par les décrets des 25 mai 2009 et 25 juin 2012, devient l'article 75.1.

Art. 46 – Dans le chapitre VIII du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré une section 1.1, comportant les articles 75.2 et 75.3, intitulée comme suit :

« Section 1.1 – Travaux à domicile ».

Art. 47 – Dans le chapitre VIII, section 1.1, du même décret, il est inséré un article 75.2 rédigé comme suit :

« Art. 75.2 - Principes généraux concernant les travaux à domicile

Dans toutes les écoles primaires et secondaires, les travaux à domicile sont adaptés au niveau d'enseignement des élèves.

Les enseignants donnent des travaux à domicile de façon que les élèves puissent réaliser ceux-ci sur le plan du contenu sans l'aide d'un tiers.

L'école met à disposition, à titre gratuit, les documents nécessaires à la réalisation des travaux à domicile. Si besoin est, l'école permet en outre aux élèves d'accéder à la médiathèque scolaire et d'utiliser des équipements numériques au sein de l'école. »

Art. 48 – Dans la même section, il est inséré un article 75.3 rédigé comme suit :

« Art. 75.3. - *Les travaux à domicile dans l'enseignement fondamental et secondaire*

§ 1^{er} - Aucun travail à domicile n'est donné en section maternelle.

§ 2 - Au cours des deux premières années d'études de l'enseignement primaire, seuls des travaux à domicile destinés à développer les compétences essentielles dans les disciplines "langue de l'enseignement", "mathématiques" et "première langue étrangère" peuvent être donnés. La durée des travaux à domicile par jour ouvrable ne peut dépasser 15 minutes. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme jours ouvrables dans le cas présent. Chaque travail à domicile donne lieu à une évaluation, réalisée dans les meilleurs délais et à caractère formatif uniquement.

§ 3 - De la troisième à la sixième année d'études de l'enseignement primaire et de la première à la troisième année d'études de l'enseignement secondaire, le pouvoir organisateur veille à ce que chaque

école, par l'inscription des règles relatives aux travaux à domicile dans son règlement d'ordre intérieur et dans le respect de la responsabilité pédagogique de chaque enseignant ou de chaque établissement :

1° limite la durée consacrée aux travaux à domicile à 20 minutes au maximum par jour ouvrable pour les troisième et quatrième années d'études de l'enseignement primaire et à 30 minutes au maximum par jour ouvrable pour les cinquième et sixième années d'études de l'enseignement primaire. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme jours ouvrables dans le cas présent;

2° élabore des travaux à domicile en lien avec les processus d'apprentissage qui ont eu lieu ou auront lieu pendant les heures de cours. Les travaux à domicile ne peuvent en aucun cas concerner l'acquisition de prérequis essentiels pour accéder aux processus d'apprentissage organisés en classe;

3° tient compte du niveau de compétence et du rythme de chaque élève lors de la définition des contenus des travaux à domicile, conçus de manière individualisée par l'enseignant;

4° effectue, pour chaque travail à domicile, une évaluation ou un retour d'informations à caractère formatif uniquement, et ce, dans les meilleurs délais;

5° accorde à l'élève un temps approprié pour faire ses travaux à domicile, de sorte que ceux-ci contribuent à l'apprentissage de la gestion du temps et de l'autonomie.

§ 4 - De la quatrième à la septième année d'études de l'enseignement secondaire, le pouvoir organisateur veille à ce que chaque école, par l'inscription des règles relatives aux travaux à domicile dans son règlement d'ordre intérieur et dans le respect de la responsabilité pédagogique de chaque enseignant ou de chaque établissement, observe les dispositions mentionnées au § 3, 3° à 5°, l'évaluation du travail à domicile ayant avant tout un caractère formatif. »

Art. 49 – L'article 93.24, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 13 décembre 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 4°, une personne proposée par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME est présente lors des séances au cours desquelles la Commission de soutien délibère sur les décisions concernant les mesures de compensation des désavantages ou la protection des notes ou sur la prolongation de ces mesures dans le cas d'un apprenant nécessitant un soutien spécifique. »

Art. 50 – À l'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 5, alinéa 1^{er}, 10°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 5, l'alinéa 1^{er} est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° assurer des surveillances durant le temps de midi à l'école fondamentale. »;

3° le § 5 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, l'assistant en maternelle peut exécuter ponctuellement les missions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2° à 4°, sans la présence d'un instituteur maternel. »;

4° dans le § 7, alinéa 1^{er}, 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° dans le § 7, l'alinéa 1^{er} est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° assurer des surveillances durant le temps de midi à l'école fondamentale. »

Chapitre 13 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 51 – Dans le chapitre II, section 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, il est inséré un article 20.1 rédigé comme suit :

« Art. 20.1 - Les membres du personnel qui exercent ou exerceront une activité à but lucratif en dehors de l'enseignement informent par écrit le pouvoir organisateur de la nature et du volume de ladite activité. »

Art. 52 – L'article 23 du même décret est abrogé.

Art. 53 – À l'article 27, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « des articles 22 et 23 » sont remplacés par les mots « de l'article 22 ».

Art. 54 – Dans l'article 62.15, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, les mots « le demi-emploi » sont remplacés par les mots « le demi-emploi ou trois quarts d'emploi ».

Art. 55 – Dans l'article 62.17, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par les décrets des 18 juin 2018 et 28 juin 2021, les mots « 250 euros » sont remplacés par les mots « 250 euros, s'il s'agit d'un demi-emploi, ou, selon le cas, de 375 euros, s'il s'agit d'un trois quarts d'emploi ».

Art. 56 – Dans l'article 62.18 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 18 juin 2018, les mots « cadre intermédiaire est de 19 heures de 60 minutes par semaine en moyenne » sont remplacés par les mots « cadre intermédiaire est, dans le cas d'un demi-emploi, de 19 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Dans le cas d'un trois quarts d'emploi, le temps de travail est de 28,5 heures de 60 minutes par semaine en moyenne ».

Art. 57 – À l'article 62.21 du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par les décrets des 26 juin 2017 et 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, alinéa 1^{er} » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1°, s'appliquent également au conseiller engagé à titre définitif en application de l'article 62.26. »

Art. 58 – À l'article 62.37 du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par les décrets des 22 juin 2020 et 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1°, s'appliquent également au secrétaire de direction engagé à titre définitif en application de l'article 62.6, § 3. »

Art. 59 – À l'article 62.44 du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1°, s'appliquent également au gestionnaire financier et immobilier engagé à titre définitif en application de l'article 62.6, § 3. »

Art. 60 – À l'article 62.49 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « et § 2, » sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1°, s'appliquent également à l'auxiliaire d'intégration scolaire en pédagogie de soutien engagé à titre définitif en application de l'article 62.6, § 3. »

Chapitre 14 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 61 – À l'article 42, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les 1° à 3° sont remplacés par ce qui suit :
« 1° de 50 à 99 élèves : deux quarts d'emploi;
2° de 100 à 149 élèves : trois quarts d'emploi;
3° à partir de 150 élèves : un emploi à temps plein. »;
- 2° le 4° est abrogé.

Art. 62 – À l'article 53 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, modifié par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

« Art. 53 - *Nombre d'emplois*

D'après le nombre d'élèves, le pouvoir organisateur obtient, pour l'enseignement maternel, le nombre d'emplois suivants :

- 1° jusqu'à 19 élèves : 1 emploi à temps plein
- 2° de 20 à 32 élèves : 2 emplois à temps plein
- 3° de 33 à 55 élèves : 3 emplois à temps plein
- 4° de 56 à 78 élèves : 4 emplois à temps plein
- 5° de 79 à 100 élèves : 5 emplois à temps plein
- 6° de 101 à 123 élèves : 6 emplois à temps plein
- 7° de 124 à 145 élèves : 7 emplois à temps plein
- 8° pour tout nouveau groupe entamé de 20 élèves : un emploi supplémentaire.

En plus des emplois mentionnés à l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur dans l'enseignement maternel obtient, pour l'intervention de maîtres spéciaux d'activités en langue étrangère en section maternelle, en fonction du nombre d'élèves, le nombre de périodes suivantes :

- 1° jusqu'à 19 élèves : 1 période
- 2° de 20 à 32 élèves : 2 périodes
- 3° de 33 à 55 élèves : 3 périodes
- 4° de 56 à 78 élèves : 4 périodes
- 5° de 79 à 100 élèves : 5 périodes
- 6° de 101 à 123 élèves : 6 périodes
- 7° de 124 à 145 élèves : 7 périodes
- 8° pour tout autre groupe entamé de 20 élèves, une période supplémentaire. »

Art. 63 – À l'article 56 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 - À la demande du pouvoir organisateur, un nouveau calcul du capital emplois intervient le cinquième jour d'école du mois de janvier.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant le mois de décembre et jusqu'au cinquième jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire en cours, ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées. »;

2° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots « après les vacances de Pâques », et dans l'alinéa 2, les mots « du mois d'avril » sont remplacés par les mots « après les vacances de Pâques ».

Art. 64 – À l'article 57 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le mot « 53 » est remplacé par les mots « 53, alinéa 1^{er} », et les mots « emploi à mi-temps » sont remplacés par le mot « emploi »;

2° dans le § 2, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :
« Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, alinéa 2, 54 et 56, § 1^{er}, est disponible du 1^{er} octobre au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins une période de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « à l'alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « aux alinéas 1^{er} et 2 », et les mots « au premier alinéa » sont remplacés par les mots « aux alinéas 1^{er} et 2 »;

4° il est inséré un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, alinéa 1^{er}, 54 et 56, § 1.1, est disponible du sixième jour d'école du mois de janvier au dernier jour d'école si le calcul donne au moins un emploi de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur au 1^{er} octobre pour l'implantation concernée.

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, alinéa 2, 54 et 56, § 1.1, est disponible du sixième jour d'école du mois de janvier au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins une période de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée. »;

5° dans le § 3, le mot « 53 » est remplacé par les mots « 53, alinéa 1^{er} », les mots « à quart d'emploi » sont abrogés, et les mots « au 1^{er} octobre » sont remplacés par les mots « le sixième jour du mois de janvier »;

6° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, alinéa 2, 54 et 56, § 2, est disponible du sixième jour d'école après les vacances de Pâques au dernier jour d'école si le calcul donne au moins une période de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le sixième jour du mois de janvier pour l'implantation concernée. »

Art. 65 – Dans le chapitre VI, section 3.1, du même décret, insérée par le décret du 25 juin 2018, il est inséré un article 64.1.1 rédigé comme suit :

« Art. 64.1.1 - Le pouvoir organisateur peut organiser jusqu'à 50 % du capital emplois déterminé conformément à l'article 64.1 dans la fonction d'assistant en maternelle dans celle de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle, de surveillant-éducateur ou de maître spécial de musique en école fondamentale.

La décision du pouvoir organisateur d'organiser le capital emplois qui a été accordé dans la fonction d'assistant en maternelle dans une autre fonction ne peut avoir pour conséquence que des membres du personnel soient mis en disponibilité par défaut d'emploi. »

Art. 66 – À l'article 64.4 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 - À la demande du pouvoir organisateur, un nouveau calcul du capital emplois intervient le cinquième jour d'école du mois de janvier.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant le mois de décembre et jusqu'au cinquième jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire en cours, ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées. »;

2° dans le § 2, alinéas 1^{er} et 2, les mots « du mois d'avril » sont chaque fois remplacés par les mots « après les vacances de Pâques ».

Art. 67 – À l'article 64.5 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Le capital emplois déterminé conformément aux articles 64.1, 64.2 et 64.4, § 1.1, est disponible du sixième jour d'école du mois de janvier au dernier jour d'école de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins un emploi à mi-temps de plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le 1^{er} octobre. »;

2° dans le § 3, les mots « du mois d'avril » sont remplacés par les mots « après les vacances de Pâques », et les mots « le 1^{er} octobre » sont remplacés par les mots « le sixième jour du mois de janvier ».

Art. 68 – L'article 84^{quater} du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2018 et modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pour l'année scolaire 2023-2024, le pouvoir organisateur peut organiser jusqu'à 25 % du capital emplois déterminé conformément à l'article 64.1 dans la fonction d'assistant en maternelle dans celle de maître spécial d'activités en langue étrangère en section maternelle ou de maître spécial de musique en école fondamentale. »

Chapitre 15 – Modification du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement

Art. 69 – À l'article 3, alinéa 1^{er}, du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement, modifié par le décret du 5 mai 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° les copies distribuées, les journaux de classe et la délivrance des diplômes dans une école secondaire ordinaire ou spécialisée. »

Art. 70 – À l'article 4 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 3, les mots « écoles fondamentales ordinaires » sont remplacés par les mots « écoles ordinaires »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° dans le § 1^{er}, l'alinéa 3 est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° enseignement secondaire : 100 euros par élève. »;

4° dans le § 5, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« C'est l'indice du mois de septembre 2002 qui sert d'indice de base, sauf en ce qui concerne les montants mentionnés au § 1^{er}, alinéa 3. Pour les montants mentionnés au § 1^{er}, alinéa 3, 1° et 2°, c'est l'indice du mois de septembre 2014 qui sert d'indice de base. Pour les montants mentionnés au § 1^{er}, alinéa 3, 3°, c'est l'indice du mois de septembre 2023 qui sert d'indice de base. Pour calculer l'adaptation, l'on tient chaque fois compte de l'indice du mois de septembre de l'année en cours. »

Chapitre 16 – Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005

Art. 71 – Dans l'article 23, alinéa 1^{er}, 10°, b), du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement 2005, les mots « le jour de l'événement ou le lendemain » sont remplacés par les mots « le jour de l'événement ou – si ce jour tombe un dimanche, un jour férié ou un jour non travaillé – la veille ou le lendemain du jour de l'événement ».

Chapitre 17 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 72 – Dans l'article 1.3 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, le 18° est remplacé par ce qui suit :

« 18° année préparatoire : année durant laquelle est préparé l'examen en vue de l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur, présenté devant le jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire. »

Art. 73 – Dans l'article 2.2, alinéa 1^{er}, 1°, du même décret, les mots « sciences sanitaires et infirmières » sont remplacés par les mots « sciences sanitaires, infirmières et sociales ».

Art. 74 – À l'article 2.6 du même décret, modifié par les décrets des 24 octobre 2011 et 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « sciences sanitaires et infirmières » sont remplacés par les mots « sciences sanitaires, infirmières et sociales »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les sections "soins infirmiers" et "travail social" font partie du département "sciences sanitaires, infirmières et sociales". La formation initiale dans la section "soins infirmiers" est sanctionnée par le brevet ou bachelor en soins infirmiers. La formation initiale dans la section "travail social" est sanctionnée par le bachelor en travail social. Les diplômés de la section "travail social" sont autorisés à porter le titre de "travailleur social" en Belgique. »

Art. 75 – Dans le titre II, sous-titre 3, chapitre 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 juin 2020, il est inséré un article 2.7.1 rédigé comme suit :

« Art. 2.7.1 - *Compétences dans la section "travail social"*

§ 1^{er} – La formation initiale est organisée de façon à permettre à l'étudiant de développer au moins les compétences suivantes :

1° l'aptitude fondamentale à interagir, communiquer et à collaborer avec d'autres personnes de manière professionnelle;

2° développer et réfléchir à sa personnalité, à l'image de soi professionnelle et à son action professionnelle, en tenant compte des bases déontologiques et normatives;

3° acquérir des connaissances générales, axées sur la profession et scientifiquement fondées dans les champs d'action et les méthodes du travail social et reconnaître la nécessité d'actualiser ou d'approfondir en continu ce savoir;

4° analyser les contextes socio-économiques et socio-politiques et déterminer les enjeux et champs d'action correspondants pour le travail social d'une manière générale et spécifique, et intégrer ces aspects dans son travail;

5° développer, mettre en œuvre et évaluer des concepts d'action en matière de travail social axés sur les objectifs et les résultats, en se basant sur une théorie et une pratique du travail social et en prenant en compte la diversité des situations et intérêts.

§ 2 – Les activités de formation nécessaires à l'acquisition de ces compétences reposent, dans le cadre de la formation initiale, sur les domaines de formation suivants :

- 1° compétences scientifiques et en matière de recherche;
- 2° bases générales du travail social;
- 3° image de soi professionnelle;
- 4° champs d'action et compétences d'action en matière de travail social;
- 5° français spécialisé;
- 6° phases pratiques. »

Art. 76 – L'article 2.8 du même décret, modifié par les décrets des 25 mai 2009, 28 juin 2010 et 25 juin 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 2.8 - *Compétences dans la section "fonction enseignante"* »

§ 1^{er} - Les formations initiales d'instituteur maternel et d'instituteur primaire sont organisées de façon à permettre à l'étudiant de développer les compétences suivantes :

1° domaine de compétences n° 1 - Conception et accompagnement des processus d'apprentissage et de développement : l'enseignant est en mesure de mettre en œuvre des processus de développement, d'apprentissage et d'éducation sur la base de connaissances techniques spécifiques à la profession et d'approches didactiques générales et spécialisées ainsi que d'approches psychopédagogiques. Il tient compte à cet égard du plan d'activités ou, selon le cas, du référentiel de compétences ainsi que de ses idées directrices. Il planifie les processus d'apprentissage et de développement sur la base d'objectifs définis, de manière adaptative et en s'appuyant sur des données probantes, et les met en œuvre conformément à ces principes. Il conçoit le processus d'apprentissage comme un processus actif et cognitivement activant d'acquisition d'expériences et de connaissances. Il dispose d'un répertoire varié de formes d'intervention et de ressources, de sorte qu'il utilise entre autres des méthodes, formes sociales, médias et du matériel didactique d'une manière compétente, correcte, adaptée à la situation et au destinataire et qu'il applique de manière concrète en classe différentes formes d'apprentissage dirigé ainsi que d'apprentissage individuel et autonome.

2° domaine de compétences n° 2 - Savoir et savoir-faire propres à une discipline : l'enseignant dispose de connaissances solides spécifiques à une discipline et il comprend les concepts principaux, les outils de recherche et les structures dans les disciplines à enseigner. Il connaît les points forts actuels en matière de didactique générale et spécialisée et peut en tirer des conséquences pour ses cours. Il transmet les contenus de manière professionnelle et correcte sur le fond, et les met en relation avec la vie quotidienne des élèves.

3° domaine de compétences n° 3 - Savoir et savoir-faire psychopédagogiques : l'enseignant a une compréhension approfondie de la manière dont les élèves pensent et évoluent. Il est en mesure d'activer et d'encourager systématiquement l'apprentissage, la réflexion et le développement et, ce faisant, de stimuler et soutenir le développement cognitif, social et personnel des élèves.

4° domaine de compétences n° 4 - Prise en compte de la diversité : l'enseignant reconnaît la diversité de ses élèves en ce qui concerne l'origine sociale, le statut socio-économique, la culture, la langue, le genre, l'âge, les conditions de vie et les aptitudes d'apprentissage. Il tient compte de cette hétérogénéité dans sa réflexion et son action dans le cadre du quotidien scolaire et lors de la planification et de la mise en œuvre des cours et des activités liées à l'école. Il favorise un apprentissage efficace au sein de groupes d'apprentissage hétérogènes.

5° domaine de compétences n° 5 - Détermination du niveau d'apprentissage et soutien individuel : l'enseignant peut analyser ses élèves de manière différenciée en fonction de leur niveau de développement et d'apprentissage. Il applique différentes procédures basées sur les connaissances, afin d'observer et de décrire de manière objective les aptitudes, processus et résultats d'apprentissage ainsi que le développement social et personnel des élèves. Il utilise, systématiquement et en fonction de la situation, divers outils et formes à des fins d'autoévaluation et d'évaluation externe formative, sommative et pronostique, et aide les élèves à analyser leur processus d'apprentissage. L'enseignant documente de façon systématique les évolutions des élèves, afin d'en tirer des conclusions et des points de repère ou, selon le cas, des mesures aux fins du soutien des élèves. Il connaît les limites de ses compétences et de ses responsabilités et sait à quels partenaires de coopération externes il peut s'adresser le cas échéant.

6° domaine de compétences n° 6 - Création de liens, éducation et conduite d'une classe : l'enseignant est en mesure de se mettre à la place des élèves pour ce qui concerne leur façon de voir et d'expérimenter et d'établir une relation professionnelle avec eux. L'enseignant contribue à créer un environnement social de soutien, et ce, par sa responsabilité pédagogique, grâce à sa gestion appropriée des perturbations en classe et des conflits (prévention et intervention), par la mise en place de processus de dynamique de groupe et par le fait de faire participer les élèves aux décisions et à l'organisation de l'enseignement et de l'école. Il veille à ce qu'un climat de travail, d'apprentissage et de classe basé sur la confiance, le respect mutuel et l'estime puisse ainsi s'instaurer.

7° domaine de compétences n° 7 - Langue et communication : l'enseignant connaît les dynamiques de base de la communication et de l'action communicative dans des contextes sociaux et favorise ainsi un environnement social de soutien ainsi qu'une culture du travail et de l'apprentissage fondée sur l'estime. Il est en mesure de communiquer, à l'oral comme à l'écrit, de manière claire, correcte et pertinente et d'adapter sa communication en fonction de la situation et des différents acteurs (élèves, direction de l'école, parents, partenaires externes, autorités, etc.) Il utilise ses connaissances concernant la langue, la langue spécialisée et l'action communicative, afin d'encourager l'apprentissage, l'échange réciproque et les compétences en matière de communication des élèves, et ce, de manière active et systématique. Outre les compétences en langue allemande, des connaissances de base en français sont également attendues.

8° domaine de compétences n°8 - Réflexion sur soi et développement professionnel : l'enseignant mène systématiquement, sur la base de critères, une réflexion et une évaluation en ce qui concerne son action professionnelle et ses conséquences sur les élèves et sur tous les autres acteurs de l'environnement scolaire et décide de mesures en conséquence. Il organise son développement professionnel de manière ciblée en tenant compte d'offres scientifiques d'apprentissage et de qualification, de son propre parcours professionnel et du développement de l'école. Lors de ses interactions avec des tiers, il accepte leur retour d'informations et s'appuie sur celui-ci à des fins de réflexion sur soi. Il aborde de manière ciblée son développement professionnel et personnel par le biais d'offres de conseil et de formation continue.

9° domaine de compétences n° 9 - Coopération et participation : l'enseignant coopère de manière professionnelle avec sa classe, les parents, le collège, les partenaires externes, les instances supérieures et tous les autres acteurs de l'environnement scolaire. Il participe au traitement des tâches liées à l'école. Il contribue à faire de l'école un lieu d'apprentissage et de vie, en participant à des projets relatifs à la garantie et au développement de la qualité.

10° domaine de compétences n° 10 - École et sphère publique : l'enseignant assume de manière adéquate son rôle en public et est conscient du fait que le système scolaire dans son ensemble se trouve au cœur d'une dynamique de réalités, d'attentes et d'exigences diverses. Il agit dans ce contexte de façon réfléchie, conscient de son rôle, en tenant compte des normes éthiques et juridiques ainsi que des principes démocratiques.

11° domaine de compétences n° 11 - Place du métier dans la vie quotidienne : l'enseignant dispose de stratégies (en lien avec les stratégies d'apprentissage, la gestion du temps et la gestion de l'énergie) lui permettant de faire face aux exigences du métier et prend soin de ses ressources physiques et psychologiques en prévoyant des périodes de repos et de détente et en appliquant d'autres mesures destinées à soulager, préserver et augmenter lesdites ressources.

§ 2 - Les activités de formation nécessaires à l'acquisition de ces compétences reposent, dans le cadre de la formation initiale, au moins sur les domaines de formation suivants :

- 1° acquisition de connaissances professionnelles de base : formation en sciences de l'éducation;
- 2° attitude de recherche scientifique et procédés scientifiques;
- 3° formation disciplinaire/interdisciplinaire et didactique;
- 4° identité professionnelle : formation en matière de compétences personnelles, sociales et méthodologiques;
- 5° compétences pédagogiques - réflexion sur l'articulation théorie-pratique. »

Art. 77 – Dans l'article 2.8.1, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du

24 octobre 2011, la date du « 22 avril 1999 » est remplacée par celle du « 17 mars 2019 ».

Art. 78 – L'article 3.2.1 du même décret, inséré par le décret du 24 octobre 2011 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° être en mesure de présenter un contrat de formation ou de travail dans la discipline d'études concernée. »

Art. 79 – Dans le titre II, sous-titre 1, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 3.2.2 rédigé comme suit :

« Article 3.2.2 - Admission à la formation initiale dans la section "travail social" »

§ 1^{er} - Est admis en première année de la formation initiale de la section "travail social" l'étudiant qui remplit les conditions suivantes :

1° être porteur d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur, d'un certificat de l'enseignement supérieur ou d'un titre d'études assimilé par ou en vertu d'une loi, d'un décret, d'une directive européenne ou d'une convention internationale;

2° avoir acquitté les droits d'inscription fixés à l'article 3.8;

3° disposer d'un extrait du casier judiciaire, tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code de procédure pénale, datant de moins de trois mois et ne comportant aucune inscription;

4° justifier d'une maîtrise suffisante de la langue française. Les titres énumérés à l'article 26 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement en constituent la preuve, tout comme le certificat d'enseignement secondaire inférieur ou supérieur, délivré par une école secondaire de la Communauté germanophone ou par le jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire;

5° avoir obtenu une place d'études conformément au § 2.

Est admis en deuxième année d'études de la formation initiale de la section "travail social" l'étudiant qui remplit l'une des conditions suivantes :

1° il dispose d'un certificat attestant la réussite de la première année d'études de la formation initiale de la section "travail social" de la haute école autonome dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible;

2° il dispose d'un certificat attestant la réussite d'une première année d'études équivalente effectuée dans une autre haute école dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible, et il remplit les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2° à 4°.

Est admis en troisième année d'études de la formation initiale de la section "travail social" l'étudiant qui remplit l'une des conditions suivantes :

1° il dispose d'un certificat attestant la réussite de la deuxième année d'études de la formation initiale de la section "travail social" de la haute école autonome dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible;

2° il dispose d'un certificat attestant la réussite d'une deuxième année d'études équivalente effectuée dans une autre haute école dont il ressort qu'il a obtenu dans chaque matière au moins 50 % du total des points possible, et il remplit les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2° à 4°.

Les chargés de cours de la haute école autonome vérifient l'équivalence des titres d'études en comparant les contenus et le volume des cours et des stages des première et deuxième années d'études d'une autre haute école et ceux de la haute école autonome.

§ 2 - Pour obtenir une place d'études dans la section "travail social", le candidat aux études soumet, lors de son inscription, une lettre de motivation, dans laquelle sont mis en avant, outre les raisons de sa motivation pour ces études et l'exercice de la profession visée, ses expériences antérieures en matière d'engagement social ainsi que ses liens avec la Communauté germanophone. Le chef du

département “sciences sanitaires, infirmières et sociales” statue sur l’attribution des places d’études. 25 places sont disponibles par année d’études. »

Art. 80 – L’article 3.3 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l’alinéa 1^{er}, le directeur du département “sciences pédagogiques” peut décider, sur demande écrite de l’étudiant, qu’un étudiant inscrit en deuxième ou troisième année d’études de la formation initiale d’instituteur primaire du département “sciences pédagogiques” est admis à suivre la formation complémentaire “français”. Le diplôme sanctionnant la formation complémentaire ne peut être délivré que si l’étudiant a suivi avec fruit la formation initiale. »

Art. 81 – Dans le titre II, sous-titre 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 3.13.1 rédigé comme suit :

« Art. 3.13.1 – *Exclusion d’office*

L’étudiant qui ne remplit plus la condition mentionnée à l’article 3.2.1, 3°, au cours de l’année académique dispose d’un délai de six semaines suivant la perte du contrat de formation ou de travail pour conclure un nouveau contrat de formation ou de travail. Si, au terme dudit délai, l’étudiant n’est pas en mesure de présenter un tel contrat de formation ou de travail dans le cursus concerné, il est exclu d’office de celui-ci. »

Art. 82 – Dans l’article 3.15, 2°, du même décret, le mot « dispense » est remplacé par les mots « dispense de cours et/ou d’examens ».

Art. 83 – Dans l’article 3.18, § 1^{er}, les alinéas 2 et 3, insérés par le décret du 25 mai 2009, sont abrogés.

Art. 84 – À l’article 3.30 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le mot « dispenses » est remplacé par les mots « dispenses de cours et/ou d’examens »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « au moment de l’inscription » sont remplacés par les mots « jusqu’à la date fixée par la haute école dans son règlement des études »;

3° dans le § 2, alinéa 2, le mot « dispense » est remplacé par les mots « dispense de cours et/ou d’examens », et les mots « et dans lesquelles la personne a déjà présenté un examen pour lequel elle a obtenu au moins 60% des points attribués » sont remplacés par les mots « et que la personne a réussies avec fruit ».

Art. 85 – À l’article 3.33, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l’alinéa 1^{er}, les mots « présenté tous les examens » sont remplacés par les mots « présenté et effectué tous les examens et stages », et les mots « exception faite des examens » sont remplacés par les mots « exception faite des examens et stages »;

2° dans l’alinéa 2, les mots « points attribués à chaque examen » sont remplacés par les mots « points à attribuer pour chaque examen et chaque stage ou, selon le cas, pour la note globale en matière de pratique en sciences pédagogiques », et la phrase est complétée par les mots « , pour autant que la pratique ait été réussie avec fruit ».

Art. 86 – Dans l’article 3.37, alinéa 2, du même décret, les mots « est rédigé en allemand, en anglais et en français, » sont remplacés par les mots « est rédigé en allemand et, à la demande de l’étudiant, en anglais et en français, ».

Art. 87 – Le titre IV du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Titre IV – Contrôle de qualité, gestion des plaintes et protection des données ».

Art. 88 – Dans le titre IV du même décret, modifié par le décret du 25 juin 2012, il est inséré un sous-titre 3, comportant les articles 4.8 à 4.14, intitulé comme suit :

« Sous-titre 3 - Confidentialité et protection des données ».

Art. 89 – Dans le titre IV, sous-titre 3, du même décret, il est inséré un article 4.8 rédigé comme suit :

« *Art. 4.8 - Confidentialité*

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le conseil d'administration ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leurs missions. »

Art. 90 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.9 rédigé comme suit :

« *Art. 4.9 - Traitement des données à caractère personnel*

Sans préjudice de l'article 4.10, le conseil d'administration est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 4.11 au sens du règlement général sur la protection des données. Le conseil d'administration est réputé responsable du traitement au sens de l'article 4, 7), du règlement 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Le conseil d'administration collecte et traite des données à caractère personnel en vue de l'exercice de ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions de la haute école mentionnées au titre II. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données. »

Art. 91 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.10 rédigé comme suit :

« *Art. 4.10 - Traitement de données relatives à la santé*

Le traitement de données relatives à la santé en ce qui concerne l'aptitude physique des étudiants concernés ainsi que les étudiants présentant des besoins spécifiques s'effectue sous la responsabilité du directeur de la haute école. »

Art. 92 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.11 rédigé comme suit :

« *Art. 4.11 – Catégories de données*

Le conseil d'administration ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution peuvent collecter et traiter toutes les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées conformément à l'article 4.9, alinéa 2, relevant des catégories de données suivantes :

1° les données ci-après concernant l'étudiant :

a) les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact de l'étudiant;

b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;

c) les données relatives à l'identité et les données de contact des personnes chargées de l'éducation;

- d) les données concernant la fréquentation scolaire et le parcours scolaire de l'étudiant;
 - e) les données concernant la situation familiale de l'étudiant;
 - f) les données concernant la santé et le développement de l'étudiant en lien avec les mesures correctives prises dans le domaine de formation concerné;
 - g) les données concernant le recours aux primes ou allocations dans le cadre de la formation scolaire;
 - h) les données judiciaires concernant l'étudiant;
- 2° les données ci-après concernant les membres du personnel de la haute école et de ses prestataires :
- a) les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact des membres du personnel de la haute école et de ses prestataires;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données concernant la situation et la qualification professionnelles ainsi que les capacités et aptitudes pédagogiques des membres du personnel de la haute école et de ses prestataires;
 - d) les données concernant la situation familiale des membres du personnel;
 - e) les données judiciaires concernant les membres du personnel de la haute école et de ses prestataires.

Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 93 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.12 rédigé comme suit :

« *Art. 4.12 – Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques*

En principe, la haute école recourt à des données anonymes pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de ses missions.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, la haute école mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 94 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.13 rédigé comme suit :

« *Art. 4.13 - Obligation de coopérer*

§ 1^{er} – La haute école collabore avec des organismes publics et d'utilité publique qui proposent des prestations pour les étudiants dans l'intérêt de leur formation ou formation continue, de leur couverture sociale, de leur développement sain et de leur insertion professionnelle.

Dans le cadre de cette collaboration, la haute école peut, avec l'accord de l'étudiant, échanger des informations concernant l'étudiant ou les prestations utilisées ou recommandées.

§ 2 – Pour remplir ses missions énumérées dans le titre II, la haute école travaille en collaboration avec des employeurs et des prestataires qui proposent des formations, des formations continues ou des stages.

Dans le cadre de cette collaboration, la haute école peut, avec l'accord de l'étudiant, échanger des informations.

§ 3 – La haute école communique à une administration ou à un organisme public de sécurité sociale des données à caractère personnel pour autant que cela soit approprié, utile et proportionné dans l'intérêt des personnes occupées.

§ 4 – Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise :

- 1° les groupes de personnes avec lesquels des informations peuvent être échangées;
- 2° les catégories de données qui peuvent être échangées avec l'accord de l'étudiant. »

Art. 95 – Dans le même sous-titre, il est inséré un article 4.14 rédigé comme suit :

« *Art. 4.14 – Durée du traitement des données*

Les données ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire pour réaliser les objectifs pour lesquels elles sont traitées sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise la durée du traitement des données. »

Art. 96 – Dans l'article 6.3, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 6 mai 2019 et 28 juin 2021, les mots « 12 emplois » sont remplacés par les mots « douze emplois et demi ».

Art. 97 – À l'article 6.7 du même décret, remplacé par le décret du 18 juin 2018 et modifié par les décrets des 6 mai 2019 et 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'intitulé de l'article, les mots « sciences sanitaires et infirmières et sciences pédagogiques » sont remplacés par les mots « “sciences sanitaires, infirmières et sociales” et “sciences pédagogiques” »;
- 2° dans la phrase introductive du § 2, les mots « 19,75 emplois » sont remplacés par les mots « 27,25 emplois »;
- 3° dans la phrase introductive du § 2 et dans le § 2, 1° à 3°, les mots « sciences sanitaires et infirmières » sont remplacés par les mots « “sciences sanitaires, infirmières et sociales” ».

Chapitre 18 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 98 – À l'article 104 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, modifié par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « porteur d'un master » sont remplacés par les mots « porteur d'un titre d'enseignement supérieur de master délivré par une haute école ou université reconnue »;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « porteur d'un baccalauréat » sont remplacés par les mots « porteur d'un titre d'enseignement supérieur de bachelor délivré par une haute école ou université reconnue ».

Chapitre 19 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

Art. 99 – Dans le titre XI, chapitre II, section 1^{re}, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, il est inséré un article 58.1 rédigé comme suit :

« *Art. 58.1* – Aux fins de la mise en place d'une bibliothèque de partitions, une académie des arts reconnue qui compte au moins 600 élèves au 30 septembre d'une année scolaire donnée reçoit une subvention forfaitaire d'un montant de 2 000 euros. La subvention est gérée par le directeur de l'académie des arts concernée.

Le montant mentionné à l'alinéa 1^{er} est adapté annuellement en septembre à l'évolution de l'indice

des prix à la consommation (indice complet).

L'indice de base est celui du mois de septembre 2023, le nouvel indice étant celui du mois de septembre de l'année d'adaptation. »

Chapitre 20 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Art. 100 - L'article 1^{er}, § 2, 3°, k), du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, abrogé par le décret du 20 juin 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« k) maître spécial d'éducation physique dans l'enseignement fondamental; ».

Chapitre 21 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration

Art. 101 – L'article 4, alinéa 4, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, inséré par le décret du 6 mai 2019, est remplacé par ce qui suit : « Deux emplois à temps plein sont créés pour les adjoints pour l'inclusion et l'intégration, ci-après dénommés "adjoints". »

Chapitre 22 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 102 – Dans l'article 3.4, alinéa 1^{er}, 5°, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots « et professionnelle » sont abrogés.

Art. 103 – Dans l'article 4.1, alinéas 2 et 3, du même décret, les mots « deux ans » sont chaque fois remplacés par les mots « quatre ans ».

Art. 104 – Dans l'article 7.5, § 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, le mot « 47 » est remplacé par le mot « Quarante-neuf ».

Chapitre 23 – Entrée en vigueur

Art. 105 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2023, à l'exception :

1° des articles 22 à 26, qui entrent en vigueur le 1^{er} octobre 2022;

2° des articles 11, 21, 27, 28, 29, 30, 31 à 39 et 49, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2023;

3° des articles 10 et 12, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2024;

4° de l'article 41, 1°, qui entre en vigueur le 1^{er} septembre 2024.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG